DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

146 13. JAHRGANG November '96 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

TAUSCHRINGE

Landauf, landab entsteht eine neue Wirtschaftskultur für die Dinge, die nicht für Geld sondern für Zeit zu bekommen sind. Der Austausch von Lebenszeit ist im übrigen von Hause aus inflationsfrei. Mittlerweile ist die Zahl der Tauschringe in der BRD auf fast 150 angewachsen. In dieser Ausgabe stellen wir einige von ihnen vor. Seite 5/6

CASTOR-STOP

In diesem Jahr sind wohl doch keine Castor-Transporte mehr zu erwarten. Zu teuer wurde der Begleitschutz und das Land Niedersachsen will die kommenden Transporte im Frühjahr 1997 rationeller abwikkeln. Der militante Widerstand gegen die Deutsche Bahn AG als Castor-Transportunternehmen nimmt zu. CONTRASTE dokumentiert in dieser Ausgabe Teile aus einem »Kommunique autonomer Gruppen« vom 8.10.96 auf Seite 10.

»WIDER DAS VERGESSEN«

So nannte sich ein dreitägiger Kongreß in Saarbrükken, der sich mit der offenen Verfolgung von Homosexuellen im »Dritten Reich« und den subtileren Formen in der Bundesrepublik Deutschland von heute beschäftigte. Ein Bericht von Roland Röder auf Seite 11.

SCHWARZ-GRÜN AUF PROBE

Seit mehr als einem Jahr war im Kreistag Merzig/Wadern (Saarland) Schwarz-Grün auf Probe angesagt. Die Zusammenarbeit führte sogar zu einer Streichung der Mittel einer örtlichen Dritte-Welt-Gruppe, der »Aktion 3.Welt Saar«. Der lange währende Streit wurde jetzt beigelegt. Näheres auf Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

Die Car Sharing Deutschland e.G. mit Hauptsitz in Frankfurt/Main wurde am 10. November fünf Jahre alt. Das Umweltunternehmen ist eines von 20 Pionierbetrieben, deren Erfahrungen im Vorfeld der vom Netz organisierten Tagung »Ökologie und Partizipation« als Fallstudie aufgearbeitet werden. Die Tagung findet am 22./23.11.96 im Ökohaus in Frankfurt statt. Burghard Flieger stellt die Genossenschaft vor. Seite 13

GARTENBAU

»Hochstämme wachsen gut auf Unterlagen wie M 11, A 2 oder Sämling«. Noch Fragen? Götz Paschen war zu Besuch im Garten des Dipl.-Biologen Michael Ruhnau und ging diesen Fragen Apfelkernpulend nach. »Dreschflegel« bietet ökologisches Saatgut für den Gemüsegarten an und will mit seiner Arbeit die Sorten- und Artenvielfalt erhalten und vergrößern. Seite 12

LOKALE AGENDA 21:

Im Konsens zur lokalen Nachhaltigkeit?

Was haben deutsche Städte wie Hamburg, München, Wuppertal oder Dresden mit Rio de Janeiro in Brasilien und Aalborg in Dänemark zu tun? Was bringt Kommunalverwaltungen dazu, plötzlich fieberhaft verschiedenste Formen der BürgerInnenbeteiligung anzuregen? Wieso finden auf einmal Ideen, Forderungen und Methoden international Anerkennung, die sonst der mühsamen Alltagsarbeit von Initiativen aus den ökosozialen Bewegungen überlassen schienen? CONTRASTE widmet den Schwerpunkt dieser Ausgabe der »Lokalen Agenda 21«, dem Zauberwort der lokalen umwelt- und enwicklungspolitischen Arbeit dieses Jahres – und mit ziemlicher Sicherheit auch das der kommenden.

Von Rasmus Grobe, Redaktion JugendUmwelt ● Rio de Janeiro 1992: am Ende der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung wird ein Dokument verabschiedet, in dem »im Geist der Konferenz« nicht mehr und nicht weniger versucht wird, ein internationales Aktionsprogramm zur Nachhaltigen Entwicklung für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Wenngleich das Dokument in der Zwischenzeit von den *meisten der Teilnehmerstaaten unterzeichnet* wurde, ist es jedoch nicht mehr als eine Absichtserklärung und besitzt keine völkerrechtliche Verbindlichkeit.

Die *Agenda 21 ist* umstritten, und dies durchaus zurecht. *Im Geist* der Konferenz benennt sie »Nachhaltige Entwicklung« (sustainable development) als oberstes Ziel, vermeidet es aber gleichzeitig, dieses Zauberwort auch *nur* ein einziges Mal zu definieren. Was darunter in der Agenda verstanden wird, läßt sich jedoch zwischen den Zeilen herauslesen: nachhaltiges Wachstum. Und manche Kapitel und Abschnitte der Agenda geben auch deutlichen Aufschluß darüber, wie diese so verstandene »nachhaltige Entwicklung« zu geschehen hat: unter Indienstnahme der Gentechnologie beispielsweise.

Angesichts der Unverbindlichkeit des Dokuments ist es nicht verwunderlich, daß die Agenda 21 einen Scheinkonsens darstellt. Für jeden ist etwas dabei. Das gilt auch für den Teil der Agenda 21, der mit am meisten Resonanz gefunden hat: das Kapitel 28. Dieser Abschnitt der Agenda wendet sich ausdrücklich an die unterste staatliche Ebene: die Kommunen. »Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. [...] Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Mobilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung.« (Agenda 21, 28.1.)

Was ist daran so interessant? Es ist wahrscheinlich der folgende Abschnitt, der alles »Spannende« an der Agenda 21 zusammenfaßt, das bei Verwaltungen, PolitikerInnen ebensolche Aufmerksamkeit hervorruft wie bei Umweltgruppen und Initiativen: »Bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozeß unterzogen haben und einen Konsens hinsichtlich einer »kommunalen Agenda 21« für die Gemeinschaft erzielt haben« (Agenda 21, 28.2.).

Auf den Punkt gebracht bedeutet das: Aufstellung eines integrierten Entwicklungsplanes mit der Maßgabe »Nachhaltigkeit« mit soziopolitischen, sozioökonomischen und ökologischen Zielen unter Partizipation der BürgerInnen und aller gesellschaftlicher Gruppen mit dem Zeithorizont 1996 und zusätzlich: (Internationale) Kooperation mit anderen Kommunen.●

SCHWERPUNKTTHEMA:

Zum Stand in Deutschland
Das Beispiel München
LA 21 im ländlichen Raum Seite 7
Was macht die LA 21 so interessant?
Die Stufen eines LA 21-Prozesses Seite 8
Die LA 21 und wir
Forum Vauban e.V. Freiburg
Adressen, Literatur Seite 9

D 8008

DIE SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE KÖLN-MÜHLHEIM (SSM)

Gemeinsam bauen, wohnen, arbeiten

Die SSM besteht aus 10 Erwachsenen, die zum Teil schon über 20 Jahre in diesem Projekt zusammenleben und arbeiten. Zwei davon sind geistig behindert, arbeiten in der Gruppe mit und werden von ihr betreut. Außerdem leben einige Kinder und Jugendliche in dem Projekt. Es gibt auch noch ein paar Katzen, ein kleines Gehege mit zwei Ziegen, ein anderes mit etlichen Hühnern und zwei Enten. An das Projekt angelehnt leben noch ca. 10 weitere Leute in selbst ausgebauten Wohnungen unter denselben Dächern. Zwei kleine Wohnwagen dienen als Räume für die Jugendlichen.

Von Hilmar Kunath, Köln ● Auf einem alten Fabrikgelände einer früheren Schnapsbrennerei mit vier Gebäuden hat die Gruppe Wohnräume für alle ausgebaut. Den Lebensunterhalt verdient sie sich hauptsächlich durch Wohnungsauflösungen und Umzüge. Außerdem gibt es auf dem Gelände zwei Läden; einen für Möbel, Kühlschränke und Waschmaschinen und einen für Secondhand-Kleidung, Bücher, Schallplatten, Bilder usw.

Die SSM arbeitet in eine gemeinsame Kasse. Wöchentlich bekommt jedes Mitglied daraus 100 DM für alle persönlichen Bedürfnisse ausgezahlt. Auch für die Kinder erhalten die Eltern den gleichen Betrag. Sonderausgaben für Anschaffungen, Urlaub usw. können in der Versammlung beantragt werden. Von Montag bis Freitag wird umschichtig für alle ein Mittagessen gekocht. Die Wochenenden sind in der Regel arbeitsfrei.

Für die Wohnungsauflösungen und vieles andere hat die Gruppe einen kleinen gebrauchten LKW.

Die Leute von der SSM arbeiten und wohnen nicht nur zusammen, sondern machen auch zusammen Stadtteilarbeit.

Sie sind zum Beispiel aktiv in der Jugend- und Kinderarbeit im Bökking-Lose-Treff, in der Kulturarbeit im Kulturbunker, der Obdachlosenarbeit durch Organisierung von Winterschlafstellen für Obdachlose, in der Mitarbeit am Kölner Volksblatt. Sie unterstützen weitere Projekte »Bauen, Wohnen, Arbeiten« und vieles andere.

Der Alltag beginnt um 9 Uhr mit einer ausführlichen Tagesbesprechung. Eine(r) hat dann für 24 Stunden »Verantwortung« gehabt und leitet jetzt die Diskussion. Verantwortung bedeutet eine Art Aufsicht und Schlüsselgewalt über das Gelände. Auch ist die »Verantwortung« AnsprechpartnerIn für plötzlich auftauchende Arbeitsprobleme, für Gäste und BesucherInnen, Aufsicht über die Kinder, über die Küche und das Bürotelefon.

Zu Beginn der Versammlung wird von allen kurz über die Arbeit vom Vortag berichtet. Auch von eventuellen Abendtreffen verschiedener Stadtteilinitiativen wird von den Teilnehmenden erzählt. Dann werden mittel- und langfristige Vorhaben besprochen, z.B. der Umbau des Möbellagers, der Ausbau weiterer Wohnungen. Auch aktuell Politisches oder Kulturelles kann eingebracht werden, ebenso Anträge der einzelnen Mitglieder (z.B.: bezüglich der Urlaubsplanung). ...

Fortsetzung auf Seite 3

REDAKTIONSNACHWUCHS

Burghard Flieger, seit langem verantwortlich für die Redaktion Genossenschaften hält eines der Gründungsinitiatoren der Kindergenossenschaft Schnulli mit dem Namen Niels, Ferfried, Gojimir Flieger in den Armen.
Der CONTRASTE e.V. und die Redaktionen gratulieren herzlichst!

FRAUEN UND ALTERNATIVWIRTSCHAFT

Feministische Ansätze zu einer alternativen Ökomnomie

So der Titel unseres Beitrages von Dr. Carola Möller in der Oktober-Ausgabe auf den Seiten 10/11. Leider ist in der Hektik der Produktion beim layouten der Seite ein wichtiger Bestandteil des Textes abgeschnitten worden. Eine sinnvolle »Reparatur« ist wohl nicht mehr möglich, aber den fehlenden Text liefern wir nachfolgend nach. Außerdem auf Bitte der Autorin eine lesbarere und erweiterte Tabelle zum Text. Wir bitten die Autorin und unsere LeserInnen um Entschuldigung.

Nach der 1. Spalte auf Seite 10 geht es wie folgt weiter:
... Ich setze dieser Ausrichtung entgegen: Ich will nicht ein Recht auf (irgendeine) Erwerbsarbeit, sondern das Recht auf eigenständige Existenzsicherung aus der Summe von bezahlter und unbezahlter gesellschaftlich notwendiger Arbeit, bei gleichgewichtiger Verteilung der unbezahlten und bezahlten Arbeit unter Männern und Frauen. Für mich heißt »notwendige Arbeit« diejenige bezahlte und unbezahlte Arbeit, die zur Bereitstellung der gewünschten Lebensqualität benötigt wird.

Feministische Ansätze

Mit den genannten Kritikpunkten am männlichen Denken sind auch schon entscheidenden Ansatzpunkte für feministische Zukunftskonzepte benannt. Von »feministischen Ansätzen« spreche ich dann, wenn sowohl die patriarchalen als auch die kapitalistischen Strukturen aufgehoben oder in ihrem Einfluß zumindest zurückgedrängt werden sollen, weil sie in wachsendem Maße gegenüber Menschen und der Natur gewalttätig und zerstörerisch wirken, weil sie den Wohlstand der einen nur auf Kosten vieler anderer, insbesondere vieler Frauen hier bei uns und in den andern Ländern, möglich machen.

Wer jetzt erwartet, daß aus feministischer Sicht bereits ein detailliertes geschlossenes Konzept für alternatives Wirtschaften vorliegt, die muß ich enttäuschen. Aus feministischer Sicht gibt es detaillierte und profunde Kritiken am herrschenden Wirtschaftssystem und die sie legitimierenden Theorien und an der dazugehörigen Arbeitsmarktpolitik. Die werde ich hier aber nicht ausführen.

Ich möchte statt dessen drei feministische Ansätze vorstellen, die in ihren Zielen ähnlich sind, sich aber in der Weise, wie sie ihr Gedankengebäude aufbauen unterscheiden. Alle drei Ansätze gehen gleichermaßen davon aus, Wirtschaften von der Reproduktion her zu denken, vom notwendigen Bedarf zum Überleben und von der Zusammengehörigkeit bezahlter und unbezahlter Arbeit.

1. Human Economy

Die Finnin Hilkka Pietilä befaßt sich seit den siebziger Jahren mit Überlegungen zu einer alternativen Wirtschaftsweise (sie hat 27 Jahre Finnland in der UN vertreten). Es gab und gibt in den nordischen Ländern eine lange Diskussion darüber, wie kleine Ländern gegenüber den globalisierten hochindustrialisierten ökonomischen Machtzentren ein Eigenleben bewahren können. In Anlehnung an die Amerikanerin Hazel Henderson entwikkelt sie für die kleinen Länder ein Stück Theorie zu einer »human Economy«. Damit meint sie eine Ökonomie, die die bisher als »blinde Flecken« behandelten Bereiche der Haushaltsökonomie (private economy) und der Ökonomie der lebenden Natur (Cultivation Economy) als essentiell einbezieht, und zwar in der Weise einbezieht, daß von dieser Basisökonomie her die Gesamtökonomie neu gedacht werden muß. ...●

UNTERSCHIEDLICHE WIRTSCHAFTSWEISEN

bedarfsorientiertes Wirtschaften	***profitorientiertes Wirtschaften***
gemäß den eigenen notwendigen und wünschenswerten Bedürfnissen	gemäß der optimalen Kapitalrendite
kostendeckendes Wirtschaften (= Sachkosten + Einkommen + Rücklagen für Erneuerungen u. Gemeinschaftsaufgaben)	Mehrwert erzielendes Wirtschaften
Tausch oder Verkauf vorwiegend preisgünstig auf regionalen Märkten	Preisgestaltung gemäß Weltmarktbedingungen
mit möglichst geringem Geldtransfer und möglichst ohne Bankkredite	Verschuldung und Kredite sind aus steuerlichen Gesichtspunkten sinnvoll
möglichst unabhängig vom Staat	den Staat für sich arbeiten lassen: Subventionen, politischer Einfluß, Gesetze, etc.
Gemeinschaftseigentum und privater Besitz (Nutzung)	privates Eigentum: belastbar, verkaufbar, vererbbar, verleihbar, beliebig anwendbar
kostenlos zu nutzende Infrastruktur	privatisierte Infrastruktur muß sich »rentieren«
vorsorgend	***ausbeutend***
betrifft den Umgang mit Natur und humanen Ressourcen	
basisdemokratisch organisiert	***gewinnorientiert organisiert***
Vom Ziel der Bedarfsdeckung her organisiert: Kooperation, Delegationsprinzip, Rotationsprinzip, Konsensentscheidungen,	die Kapitaleinheit ist die oberste Hierarchie; Konkurrenz, team-work, corporate identity,
die Arbeitsteilung und -bewertung sind nicht-diskriminierend, die Arbeitsfelder sind möglichst gleichgewichtig; bezahlte und unbezahlte Arbeit ist zwischen Männern und Frauen gleichmäßig verteilt; Menschen sind Subjekte des Wirtschaftens	große Entgeltdifferenzen; Qualifikationsdifferenzen und individualisierte Arbeitsverträge werden gefördert; die Zuständigkeit von Frauen für die unbezahlte Arbeit wird weiterhin vorausgesetzt; Menschen sind Objekte des Wirtschaftens
Staat	***Staat***
Förderer von selbstversorgenden, vorsorgend, regional und kollektiv wirtschaftenden Lebens- und Arbeitseinheiten	Förderer des kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaftssystems

EUROPÄISCHE KONFERENZ

Resolution behinderter Frauen: Sie fordern Schutz vor Diskriminierung

Mehr als 100 behinderte Frauen aus 20 europäischen Staaten haben auf der Ersten Europäischen Konferenz behinderter Frauen, die Mitte August in München stattfand, ihre Regierungen aufgefordert, schärfer gegen Diskriminierungen und Verletzungen der Menschenrechte vorzugehen. Zum Abschluß der Konferenz behinderter Frauen verabschiedeten die Teilnehmerinnen in München eine entsprechende Resolution. Darin wird von allen europäischen Staaten eine umfassende »Antidiskriminierungsgesetzgebung« verlangt, die die besonderen Probleme behinderter Frauen stärker berücksichtigen soll.

Die Referentinnen beklagten, daß Menschenrechte behinderter Frauen insbesondere durch aktive Sterbehilfe, Zwangssterilisationen, medizinische Experimente und die pränatale Diagnostik zunehmend in Frage gestellt würden. Die Pränatale Diagnostik führe dazu, daß Frauen immer öfter zur Abtreibung gedrängt würden, wenn sich in der Schwangerschaft eine Behinderung des Kindes abzeichne. Die Frauen verlangten, ihre Rechte auf Selbstbestimmung stärker zu schützen und die Diskussion über sogenannte eugenische Praktiken zu beenden. Zugleich forderte die Konferenz ein Recht auf ausreichende persönliche Hilfe für pflegeabhängige Frauen und das Recht auf Frauenpflege. »Durch die Pflegeversicherung und das kürzlich geänderte Bundessozialhilfegesetz wird es in Deutschland zu Zwangseinweisungen kommen«, warnte Dinah Radtke, Mitorganisatorin der Konferenz, die vom Verband »Disabled People International« und der Interessensvertretung »Selbstbestimmt leben« veranstaltet wurde. Die hart erkämpften Assistenzmodelle zur selbstbestimmten Lebensführung behinderter Menschen würden auf diese Weise wieder zunichte gemacht. Außerdem wird in der Resolution ein besserer Schutz vor sexuellen Übergriffen verlangt. So müßten Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurse für behinderte Frauen finanziert werden. Im deutsche Recht müßten darüber hinaus einige juristische Lücken geschlossen werden, die die Ahndung sexueller Gewalt gegen behinderte Frauen oftmals vereitelten, sagte die Juristin Theresia Degener von der Universität Frankfurt. So müsse bislang für eine Strafverfolgung wegen sexueller Nötigung und Vergewaltigung ein gewisses Maß an Gewalt nachgewiesen werden; diese Gewaltanwendung sei aber bei Behinderten oft nicht nötig, weil sie sich nicht ausreichend wehren könnten, erläuterte Degener. Untersuchungen zufolge sind rund 85% aller behinderter Frauen schon einmal Opfer sexueller Gewalt geworden.

Am Rande der Konferenz gründeten die rund 40 deutschen Teilnehmerinnen ein bundesweites Netzwerk behinderter Frauen. (Kontaktadresse: Hessisches Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Telefon 0561/72885-22)●

dp

STEUERTIPS FÜR RADFAHRERiNNEN

Über 100 Kilometer müssen sich FahrradfahrerInnen am Tag abstrampeln, wenn sie im Jahr auf über 2.000 Mark Werbekosten kommen wollen. Denn die Kilometerpauschale für Drahtesel beträgt nur 14 Pfennige – während AutonutzerInnen gleich 70 Pfennige absetzen können. Doch im Steuerrecht gibt es ein Hintertürchen, wie sich die Benachteiligung des umweltfreundlichen Fahrradverkehrs in vielen Fällen umfahren läßt.

Der Verbrauchertip des VCD informiert, wie und wann es lohnt, per Einzelnachweis die Ausgaben für Fahrrad, Regenkleidung, Packtaschen und Reparaturen abzurechnen. Denn anders als Bahn- oder AutofahrerInnen können RadfahrerInnen alle anfallenden Kosten rund ums Rad von der Steuer absetzen. Die VeraucherInnentips sind gegen drei Mark in Briefmarken erhältlich über den Verkehrsclub Deutschland e.V., Stichwort »Steuertips«, Postfach 170 160, D-53027 Bonn. dp

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ANTIFA
ARBEITSLOSE
AUSBILDUNG
BERATUNG
BILDUNG
DRITTE WELT
ENERGIE
FAHRRAD
FRAUENPROJEKTE
HANDWERK
HANF
INFOLADEN
INITIATIVEN
JUGENDUMWELT
KOMMUNEN
MEDIEN/VERLAGE
NATURKOST
ÖKOLOGIE
SANFTES REISEN
SOZIALES
TAGUNGSHÄUSER
TAUSCHRINGE
FAIRSICHERUNGEN
u.v.a. RUBRIKEN

BUNTE SEITEN 96/97

Der Marktplatz für politisch & ökologisch handelnde Projekte und Betriebe

Das einzige Adreßverzeichnis der alternativen Bewegungen. Mit 11.000 Adressen aus der BRD, CH, A und internationalen Kontaktadressen. 240 Seiten, Format 29,7 X 23 cm ISBN 3-92400085-03-X

Preis: 30 DM zzgl. 3 DM Versandkosten (in Briefmarken, V-Scheck, Schein). Bei: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

VHS-FORUM VOM 1.6.1996 IN KÖLN-MÜLHEIM

Liegt die Zukunft der Arbeit in der lokalen Ökonomie?

Die massenhafte Erwerbslosigkeit dringt zunehmend durch alle Poren der Gesellschaft. In Sonntagsreden und geduldigen Programmen wird die Vollbeschäftigung gefordert bzw. als Ziel formuliert, so als gebe es die Erwerbslosigkeit nicht schon seit 20 Jahren mit stetig steigender Tendenz.
Die PolitikerInnen des konservativ-neoliberalen Lagers nutzen die Gunst der Entwicklung für den Abbau des Sozialstaates, während ein Teil der Linken das Ziel der Vollbeschäftigung einklagt. Die Gräben der Linken laufen längst nicht mehr nur zwischen Reformorientierung und revolutionärer Systemüberwindung. Einen anderen Ansatz sehen Linke, die nach praktischen Antworten außerhalb der herrschenden Lohnarbeit suchen. Könnten dies Keimformen einer solidarischen Gesellschaft sein, die Leben und Arbeit miteinander verbindet, in der die alte Arbeitsteilung aufgehoben wird und in der ein schonender Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen möglich ist? Oder ist dies bloß ein ohnmächtiger Reflex auf die Verödung ganzer Stadtteile und Regionen? Interessant ist, daß ein solcher Ansatz durchaus Berührungspunkte mit Positionen von FeministInnen und ÖkosozialistInnen hat. Im rechtsrheinischen Stadtteil Köln-Mülheim fand ein Erfahrungsaustausch statt, der sicherlich große Aufmerksamkeit verdient.

Von Werner Ruhoff, Köln ● Am 1. Juni d.J. hatte die Volkshochschule in Köln-Mülheim zum Thema »Zukunft der Arbeit – Lokale Ökonomie als reale Utopie« eingeladen. Etwa sechzig bis siebzig TeilnehmerInnen waren der Einladung gefolgt.

Köln-Mülheim liegt am nördlichen rechten Rheinufer der Millionenstadt Köln, der standortbeflissene Marketingstrategen das Etikett »Wirtschaftszentrum West« aufklebten. In K.-Mülheim, damals noch eigenständige Gemeinde, wuchs mit der fortschreitenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert ein Industrieort, geprägt durch Fabriken und ArbeiterInnenwohnviertel und teilweise auch durch ansehnliche alte Häuser wohlhabender Kaufleute. Das Herzstück der Industrie im Stadtteil Mülheim ist heute noch F&G. Was allerdings noch bis Anfang der siebziger Jahre ein stattlicher Konzern mit mehr als zehntausend ArbeiterInnen und Angestellten war, ist heute fast eher auf die Größe eines vergleichsweise »mittelständischen« Großbetriebes zusammengeschrumpft, nachdem die Produktionssparten zergliedert wurden und die Konzern-Eigentümer mehrmals wechselten. Heute beschäftigt F&G noch ca. zwei- bis dreitausend Arbeitskräfte, oft Menschen aus der unmittelbaren Umgebung. Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer kleinerer Industriefirmen, die aber allesamt eher Arbeitskräfte entlassen, statt neue Arbeitsplätze zu schaffen. Aber auch unter der Gesamtsituation in Köln leidet Mülheim. In den letzten Jahren gab es in Köln eine ganze Reihe von spektakulären Schließungen und Entlassungen. Im rechtsrheinischen Köln-Kalk kam 1993 das Aus für fast siebenhundert Beschäftigte der zum BASF-Konzern gehörenden Chemischen Fabrik Kalk. Die Liste der Schließungen und Entlassungen trägt inzwischen viele Namen. Der aktuellste Fall in Köln ist der KHD-Konzern, der seit Jahren qualvoll vor sich hinstirbt. So gehört Köln-Kalk nun neben Köln-Chorweiler, dem einstigen städtebaulichen Vorbild für eine »Neue Heimat« des modernen Proletariats im linksrheinischen Norden der Stadt, zu den zwei ausgewiesenen Armutsgebieten des »Wirtschaftszentrums West«.

Thomas Münch vom Kölner Arbeitslosenzentrum zitierte auf dem VHS-Forum, daß 1995 von ca. 430.000 versicherungspflichtigen erwerbstätigen Personen ca. 130.000 Menschen beim Arbeitsamt wegen Erwerbsarbeitssuche gemeldet waren. Dieses Beispiel deutet an, daß die Erwerbsarbeitslosigkeit sich in Richtung »Mitte« dieser Gesellschaft bewegt. Und mit der zunehmenden Erwerbslosigkeit wächst auch die Armut. Obwohl die Stadt Köln bis heute keinen detaillierten Armutsbericht erstellt, kann anhand der verschiedenen Statistiken der Bevölkerungsentwicklung festgemacht werden, welche Auswirkungen das Sterben der Fabriken, die Rationalisierungen und Verlagerungen von Produktionsstätten auf die Menschen in den verschiedenen Stadtteilen haben. Köln hat eine über dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen liegende Erwerbslosenquote von (offiziell) etwa 15%, und mit zunehmender Erwerbsarbeitslosigkeit wächst auch die Anzahl der Menschen, die in die sogenannte Sozialhilfe abrutschen. Die Gründe für die Bedürftigkeit liegen zu etwa 33% bei der Langzeitarbeitslosigkeit, bei ungefähr 11% durch die häusliche Bindung, wovon Frauen zum weitaus überwiegenden Teil betroffen sind, oder etwa zu 7% durch Krankheit. In Mülheim sind inzwischen ca. 7% der Menschen von der Sozialhilfe abhängig.

Die »Lokale Ökonomie« als Alternative?

Dort, wo die lebendige Arbeit zunehmend aus dem Lohnarbeitsregime herausfällt, wo sich Betriebe trotz teilweise massiven Widerstandes der Betroffenen zurückziehen, Stadtteile, ganze Städte und Regionen veröden, wo die traditionellen Wirtschaftsbeziehungen abgebaut werden und die Menschen sich selbst überlassen bleiben, können dort die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen? Können dort neue Wirtschaftsbeziehungen entstehen, die nicht so sehr vom Kapitalzwang abhängig sind und in denen die konkreten Bedürfnisse und Talente befriedigt und gefördert werden? Wie könnte so etwas funktionieren?

Inzwischen gibt es weltweit viele Versuche und Ansätze solcher Art. In Westeuropa waren es schottische Regionen, die schon in den siebziger Jahren verödeten, in denen lokal verankerte Selbsthilfe-Ökonomien entstanden. In Frankreich gibt es die landwirtschaftliche Kommune Longo Mai, die in Abgrenzung zur Geldgesellschaft nach neuen Lebensformen Ausschau hielt und nun für viele Menschen zu einem vorbildhaften Beispiel geworden ist. Auch in Deutschland gibt es zunehmend Lokale Ökonomie-Projekte. In Köln gibt es einen sogenannten Tauschring, dem sich eine Mülheimer Gruppe angeschlossen hat. Ungenutzte Talente können ihre Arbeit in einem Tauschbüro anbieten. Das Tauschmittel heißt aber nicht Deutsche Mark oder Euro, sondern »Klüngel« (das Wort bedeutet in Köln soviel wie die Verknüpfung privater Ambitionen mit dem Dienstweg und das wie in jeder Stadt verbreitet aber verpönter ist als in Köln). Die »Währung« macht es möglich, daß natürlich nicht nur zwei Personen untereinander tauschen. Der Unterschied zum normalen Geld ist aber, daß mensch die »Klüngel« oder auch »Talente« nicht für Zinsen horten oder kapitalisieren kann. Beim Tausch sollen auch die sozialen Bedingungen der Beteiligten berücksichtigt werden. Neben Tätigkeiten können auch Gegenstände und Produkte angeboten und nachgefragt werden. Es wird angeboten, Kleidungsstücke zu reparieren, Fotoarbeiten zu erledigen oder bei der dekorativen Raumausstattung zu beraten, auch Aktmodelle stellen sich zur Verfügung, andererseits braucht jemand einen Werkzeugkasten, eine Nachhilfe oder eine Autoreparatur. Die Angebote und Anfragen werden mit Namen und Telefonnummer veröffentlicht und die Beteiligten können dann ihre Angelegenheit einvernehmlich regeln. Die Klüngel oder Talente werden dem oder der AnbieterIn auf einem »Konto« gutgeschrieben, die er oder sie dann für die eigene Nachfrage wieder ausgeben kann. JedeR Interessierte kann Mitglied werden, indem er/sie die erforderlichen Daten in der Tauschbörse abgibt.

There are no Jobs

Wer heutzutage von der Möglichkeit einer Vollbeschäftigung spricht, der streue den Menschen Sand in die Augen. There are no jobs! Professor Frithjof Bergmann von der Michigan Universität Ann Arbor hat sich als Philosoph mit dem Thema der modernen Arbeit beschäftigt und 1981 in Michigan ein Zentrum für »Neue Arbeit« gegründet. Er war als Gastreferent zum VHS-Forum nach Mülheim gekommen, um dort seine Thesen und seine praktische Arbeit vorzustellen. Die einstige Hochburg des amerikanischen Automobilbaus, Detroit, verglich er mit einer zerbombten Stadt. Dieser nicht unumstrittene drastische Vergleich solle provozieren, um das Ausmaß der sozialen Zerstörung zu begreifen. Das traditionelle Lohnarbeitssystem zwinge zu dauerndem Wachstum auf Kosten der Natur, spalte die Kultur und ersetze Erziehung durch Dressur. Der Einsatz immer neuer Technologien spare traditionelle Arbeit und lasse viele Talente verkommen. Die Automatisierung habe ihr Ende längst nicht erreicht. Und was kommt dann, wenn es keine Jobs mehr gibt? Hier liege das selbstzerstörerische Potential des Kapitalismus, der den Abgrund, welcher den Sozialismus bereits verschlungen hat, noch vor sich habe. Ihm komme es darauf an, auf die Frage des Danach, wenn es denn überhaupt ein Danach geben sollte, bereits heute praktische Antworten zu finden. Die erste Erkenntnis laute zunächst: Leute, es gibt keine Jobs mehr!

Do what you really really want

Auf gut deutsch, »Vollbeschäftigung« nach traditionellem Muster wird es nie mehr geben. Damit steht auch der Sozialstaat zur Disposition, da der Staat nicht in der Lage ist, eine wachsende Zahl von Erwerbslosen zu alimentieren. Frithjof Bergmann leitet aus dieser Erkenntnis sein Ziel ab. Er sucht mit InteressentInnen und Betroffenen nach theoretischen wie praktischen Lösungsmöglichkeiten, und er möchte dabei möglichst viele gesellschaftliche Gruppen in diese Arbeiten einbeziehen. Die Ratlosigkeit der Regierungen, Parteien und Gewerkschaften wachse mit dem Druck der Fakten. Hier sieht er die Chance für die Idee einer anderen Arbeitsverteilung. Do what you really really want – dieses Motto nach dem Muster eines us-amerikanischen Werbeslogans verbreitet, soll die Menschen dazu bringen, für sich selbst aktiv zu werden. Sie sollen dafür gewonnen werden, weniger Zeit für ein Unternehmen oder einen Markt zu arbeiten oder sich aus der Lethargie des Erwerbslosendaseins zu befreien.

Dafür hat er beispielhaft zwei Projekte geschildert. Der General Motors-Konzern hat in Flint Michigan eine Produktionsstätte, in der die Hälfte der ProduzentInnen durch Rationalisierung überflüssig gemacht wird. Bergmann hat sich bei der AutomobilarbeiterInnen-Gewerkschaft und der Unternehmsführung dafür eingesetzt, eine Vereinbarung abzuschließen, die es ArbeiterInnen ermöglicht, innerhalb eines Jahres nur ein halbes Jahr für den Konzern zu arbeiten. Statt die Hälfte der Leute zu entlassen, soll die Arbeitszeit um die Hälfte für diejenigen reduziert werden, die in der »freien« Jahreshälfte etwas »für sich« tun wollen. Damit sollen sie aber keineswegs sich selbst überlassen bleiben. Mit kommunaler Hilfe und Unterstützung sollen die Leute lernen können, ihre individuelle Lebensgestaltung mit Kreativität auszufüllen. Dazu gibt es fachliche und pädagogische Hilfestellungen. Die Leute können einen Teil ihrer Lebensmittel wieder selbst herstellen und sich dabei auch moderne Technik zunutze machen. Sie können auch Dinge, die sie erfinden oder entwickeln, für den Markt herstellen oder sozialen Tätigkeiten in der Community oder in der Nachbarschaft nachgehen. Dieser Ansatz zielt darauf ab, daß die Leute einen Teil ihrer finanziellen Einbußen durch eine Art Selbstversorgung – »self-providing« wettmachen und dabei noch möglichst das tun können, was ihren Talenten nahekommt.

Die Menschen sollen mit Hilfe sozialer Einrichtungen lernen, ihre Talente herauszufinden und die Arbeit jenseits der traditionellen Lohnarbeit selbst zu organisieren. In New York wurde ein Projekt mit Langzeiterwerbslosen und Obdachlosen gestartet, mit Menschen, die vollkommen aus der bürgerlichen Welt ausgegrenzt sind. Die Betroffenen bauen in leerstehenden Fabrikhallen oder verfallenen Wohnhäusern ihre eigenen Wohnungen. Dort können sie dann auch wohnen und arbeiten. Ihr Lebensunterhalt wird zu einem Drittel aus der Sozialhilfe, zu einem Drittel aus einer sogenannten »High-Tech-Self-Providing« und zu einem weiteren Drittel aus Selbstverkäufen bestritten. Wohnen, leben und arbeiten sollen zusammengeführt werden. Dementsprechend gibt es viel Platz für Kinder, es gibt Werkstätten, Gemeinschaftsküchen und Geschäfte, in denen die hergestellten Produkte verkauft werden. Hinter dem »High-Tech« verbergen sich keine bahnbrechenden Erfindungen, aber es sollen möglichst moderne Technologien eingesetzt werden, um die Arbeit zu erleichtern. Dazu gehört natürlich auch der Einsatz von Computern. Das Ganze ist in erster Linie auf zunehmende Selbstversorgung ausgerichtet. Jemand ist auf die Idee gekommen, Zierpflanzen, Obst und Gemüse in eigens dafür konstruierten Behältern zu züchten, die zudem als Module zusammengebaut werden können, um eine angenehme Gestaltung zu ermöglichen. Fische sollen gezüchtet werden, die Kleidung kann teilweise selbst hergestellt werden.

Wie wird das alles finanziert? Zum einen haben langwierige Auseinandersetzungen mit der Stadt die Verantwortlichen überzeugt, daß es auch für die Community billiger ist, leerstehende Gebäude und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen als später die Kosten einer zunehmenden Kriminalität oder sozialer Kriege zu finanzieren. Die zweite Quelle heißt »Sponsoring«, ein Instrument, was der us-amerikanischen Mentalität weitaus mehr entspricht als der europäischen. Es gibt Ideen, Unternehmen zu gründen, deren Zweck es u.a. ist, den auszuschüttenden Profit ausschließlich für ein Sponsoring dieser Art zu verwenden. Eine weitere Möglichkeit sieht Frithjof Bergmann darin, mit Konzernen, die Werkschliessungen vornehmen, über möglichst hohe Ablösesummen zu verhandeln und sie zur Unterstützung solcher neuen Projekte zu bewegen. Die politische Strategie müsse davon ausgehen, daß keine Macht der Welt die Konzerne einfach abschaffen könne. Dagegen müßten die Widersprüche innerhalb und zwischen den Konzernen intelligent genutzt werden. Das Ziel sei die Schaffung von Allianzen »fortschrittlicher« Konzerne, Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen, um solche praktischen Lösungen zu fördern und viele vorbildhafte Beispiele zu schaffen. Nur so könne etwas Neues entstehen, das die Menschen in die Lage versetze, in eine aktive und kreative Rolle hineinzuwachsen und wirklich das zu tun, wozu jedeR einzelne sich berufen fühlt. Do what you really really want.●

FORTSETZUNG VON SEITE 1: »GEMEINSAM BAUEN, WOHNEN, ARBEITEN«

... Zum Schluß werden die Arbeitsvorhaben des nächsten Tages besprochen, die dazu notwendige Arbeit auf die Anwesenden verteilt und eine neue »Verantwortung« bestimmt.

Nach der Versammlung geht es direkt an die einzelnen Arbeiten. Die LKW-Besatzung fährt in der Regel zu einer Haushaltsauflösung. Die beiden Läden werden geöffnet. Die Baumaßnahmen werden fortgeführt usw. Um ca. 14.30 Uhr gibt es Mittagessen für alle. Die Arbeit dauert bis ca. 18.30 Uhr. Jede(r) hat auch einen kleinen Privathaushalt für Frühstück, Abendbrot und die Wochenenden. Von den Projekten, die vom SSM aufgebaut wurden, sollen hier zwei als Beispiel kurz dargestellt werden: der Kulturbunker e.V. und der Verein »Bauen, Wohnen, Arbeiten«.

1.) Der Kulturbunker ist tatsächlich ein stehengebliebener großer Bunker aus dem zweiten Weltkrieg. Er ist inzwischen bunt angemalt worden. Der Bau wird von dem Kulturverein betreut und renoviert. Dazu sind drei ABM-Stellen eingerichtet worden. Es sind schon ein paar Kunstausstellungen, eine Dokumentation über Köln im 2. Weltkrieg und mehrere Musikveranstaltungen dort durchgeführt worden. Im Keller wurden Übungsräume für Musiker ausgebaut. Es gibt auch eine Werkstatt und einen großen Veranstaltungsraum. Weitergehende Umbaupläne, die beim Rat der Stadt Köln eingereicht wurden, sind dort erst einmal wegen Geldmangel auf Eis gelegt worden.

2.) Auch in Köln wird ein größeres Kasernengelände frei. Überwiegend planen das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Köln dort Sozial- und Eigentumswohnungen, die »private Investoren« errichten sollen. Zusammen mit einigen Obdachloseninitiativen, SozialarbeiterInnen und anderen Interessierten hat die SSM einen Verein »Bauen, Wohnen, Arbeiten« gegründet und sich um ein größeres Gebäude aus dem riesigen, zur zivilen Nutzung anstehenden Komplex bemüht. Das Haus soll zur Hälfte von Familien und zur anderen Hälfte von Obdachlosen bewohnt werden. Die Gruppe will gemeinsam ihre Wohnungen planen und bauen. Dann sollen im selben Gebäude auch gemeinsame Werkstätten entstehen, die vom selben Verein betrieben werden. Neben Wohnungsauflösungen und Umzügen, ist an eine Metall- und Holzwerkstatt gedacht. Auch eine Fahrradwerkstatt wäre möglich. Gemüsecontainer zum intensiven Anbau von Gemüse zur Selbstversorgung und für andere Projekte sind im Gespräch. Auch eine Stadtteilküche (»Essen auf Rädern«) wäre möglich, die gleichzeitig für die HausbewohnerInnen kocht. Gerade hat das Ministerium in Düsseldorf seine grundsätzliche Zustimmung für das Projekt gegeben. Eine erste Besichtigung des vorgesehenen Gebäudes und Geländes durch die Initiativen soll vom Fernsehen (WDR) begleitet werden.

Gelände der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« Foto: SSM

Näheres zur SSM siehe auch unser Interview mit Reiner Kippe auf Seite 4●

Um das gemeinsame Leben und Arbeiten kennenzulernen, bietet die SSM Interessierten aus Köln und anderswo an, als Praktikum eine oder mehrere Wochen dort mitzuarbeiten. Hier Anschrift und Telefon:
SSM, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln,
Tel. (02 21) 640 31 52

INTERVIEW MIT REINER KIPPE VON DER SSM

Utopie als Praxis

Im Stadtteil Köln-Mülheim hat die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim, kurz SSM, ihre Heimat (siehe auch unseren Beitrag von Hilmar Kunath auf den Seiten 1 und 3). Die am Projekt beteiligten Menschen leben mit teilweise anstrengender Arbeit, mit der sie sich selbst versorgen aber auch das benötigte Geld verdienen, weil nicht alles selbst produziert werden kann. Draußen, zwischen den vier Wohn- und Wirtschaftsgebäuden gibt es Bänke, Tische, einen bunt bemalten Wohnwagen, Bäume, eine Wiese und einen Sandkasten mit Spielzeug. Aus dem Gemeinschaftsraum bekomme ich meinen Kaffee. Das schöne Wetter am Spätnachmittag lädt uns nach draußen ein, und aus dem Interview, daß unter dem Eindruck der Veranstaltung »Zukunft der Arbeit – Lokale Ökonomie als reale Utopie« stand (siehe vorstehenden Bericht auf Seite 3), wird ein fast dreistündiges Erlebnis.

von links: Egmund, Katshik, Peter, Ranne, Freddy — Beide Fotos: SSM

Werner: *Kannst Du mir etwas zur SSM und seiner Geschichte erzählen?*

Reiner: Die SSM kommt aus dem SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahme Köln). Er hat sich 1985 abgespalten, weil wir gesagt haben, wir lassen uns nicht vorschreiben, was wir in den einzelnen Gruppen zu machen haben. Wir kommen aus dem SDS und gehören nicht zu dem Teil, der sich später in Parteien organisiert hat. Der andere Teil hat sich auf die Arbeiter orientiert, hat sich die Haare schneiden lassen und sich ordentlich angezogen und das andere beiseite geschoben. Wir haben viele grundsätzliche Positionen der Achtundsechziger bis heute nicht revidiert. Wir haben das weitergemacht, während die Parteien, die sich gegründet haben (die K-Parteien d.I.), das negiert haben. Wir hatten Fürsorgezöglinge. Das waren eben auch junge Arbeiter. Und wenn man heute schaut, die jungen Leute, die auf der Domplatte sitzen und sich die Nadel in den Arm stechen, das ist auch Arbeiterjugend. Das war unsere Zielgruppe. Und da haben wir gekämpft für ganz allgemeine bürgerliche Ziele. Wir haben dafür gekämpft, daß jedes Kind ein Recht auf Erziehung hat. Wir haben auch gesagt, die Zustände in der Psychiatrie, die Knäste und Heime, das ist nicht zulässig. Wir haben jahrelang Jugendliche vor dem Staat versteckt, wir haben mit denen Häuser besetzt. Wir haben Hunderte von Jugendlichen illegal in Familien untergebracht. Wir hatten breite Unterstützung in der Öffentlichkeit bis hin zu Heinrich Böll, der in einer schweren Existenzkrise des SSK zur Rettung des SSK aufgerufen hat. Wir haben Teile der Gesellschaft, die nazistischen und wilhelminischen Obrigkeitstaatsanhänger mit der Verfassung konfrontiert. Dabei sind wir von modernen bürgerlichen Leuten unterstützt worden. Wir haben dabei aber durchaus unsere sozialistischen Vorstellungen gehabt. Wir schließen uns zusammen und wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch einen Wert und jeder Mensch seine Lebenschancen, seine Freiheit und seine Entwicklungschancen hat und natürlich auch Arbeitsmöglichkeiten.

Seit 1974 hatten wir eine eigene Firma. Wir haben die Leute aus der Psychiatrie aufgenommen und geschuftet. Wir haben im Landeskrankenhaus Düren im Verwahrungshaus die Abteilung besetzt, um Leute rauszuholen. Das waren alles strafbare Handlungen. Wir hatten zig Prozesse am Hals, aber die meisten Verfahren gegen uns wurden eingestellt, weil wir denen ihre Verbrechen vorgeführt haben. Das hat damit geendet, daß wir soviel Straftaten in der Psychiatrie aufdecken konnten, daß zum Schluß die Leiter verhaftet wurden. Und da waren auch die Reformer. Da war dann der Punkt, wo das Landeskrankenhaus Brauweiler dicht gemacht wurde.

Wir hatten zwei Sachen: Wohnungskampf und Häuserkampf. Wir hatten ganze Straßenzüge besetzt. Wir wollten auch in den Sanierungsprozeß eingreifen, bevor da ganze Straßenzüge abgebrochen wurden. Und hier sind wir beim Thema »new work«. Es ging ja nicht nur um Wohnraum, sondern auch um Arbeit. Wir haben dabei auch die Fürsorgezöglinge immer als Teil des Proletariats angesehen, als Menschen, die aus der Produktion ausgegliedert wurden.

Was ist denn bei Euch neu an der Arbeit?

Zunächst muß man sehen, das sind Menschen, die ausgegliedert werden, weil die Produktion im Kapitalismus brutal ist. Sie spaltet die Menschen ab. Deswegen werden sie verrückt. Für solche Leute gab's damals schon keine Arbeit. Wenn man sich die Geschichte der Arbeit anschaut, so gab es immer schon Ausgrenzungen. Als Beispiel: die Abschaffung der Kinderarbeit war ja nur deswegen ein Fortschritt, weil die Arbeitsbedingungen selbst so unmenschlich waren. Auch Kinder arbeiten total gerne, nur im Kapitalismus ist es unmenschlich zu arbeiten. Unser erstes Buch haben wir »Ausschuß« genannt. Fürsorgezöglinge sind Ausschuß aus der Produktion von Arbeitern. Die werden exemplarisch fertiggemacht, damit jeder sehen kann, was passiert, wenn er die Arbeitsbedingungen nicht akzeptieren kann. Die Psychiatrie, die Knäste, das sind ja alles Disziplinierungsinstrumente. Und in der modernen Geschichte läßt sich nachweisen, immer wenn es wenig Arbeit gab, gab's volle Knäste, stieg die Kriminalität. Die Selbstverblödung in den Wissenschaften hat das Ganze auf simple Straftatbestände oder auf die Begriffe Angebot und Nachfrage reduziert. Wir haben versucht, das Recht auf Arbeit ein Stück weit auch für solche Menschen zu verwirklichen.

Was versteht ihr denn nun unter neuer Arbeit?

Wir müssen viel und hart arbeiten, körperlich. Das liegt daran, daß wir vom Staat kein Geld nehmen, obwohl wir Behinderte und Obdachlose aufnehmen. Aber dieses Geld wird vom Staat so gegeben, daß es zerstörerisch wirkt. Bei uns erhalten alle das gleiche Geld aus dem, was wir erwirtschaften. Die Produktionsmittel gehören allen und bei uns kommt alles in einen Topf. Wir haben Gemeineigentum in der Rechtsform eines Vereins. Wir haben uns überlegt, ob wir uns ABM-Maßnahmen anschließen, aber da taucht schon das Problem der unterschiedlichen Bezahlung auf. Wir verstehen Arbeit auch in einem neuen Sinn. Alles ist für uns Arbeit: die Kindererziehung, die Beratung bei Prozessen, die Erstellung und Verteilung von Flugblättern, der Verkauf gebrauchter Kleider, Umzüge usw. Alles ist gleichwertige Arbeit. Und jeder macht jede Arbeit. Das Zweite ist die Selbsthilfe, das ist, was Professor Bergmann mit self-providing meinte. Zu einem Teil sind wir im traditionellen Wirtschaftskreislauf und verdienen damit unser Geld, und zum großen Teil sind wir Selbstversorger, das heißt, wir besetzen zum Beispiel Häuser und richten die dann selbst her. Wir kaufen alle so gut wie keine Kleider, wir haben alle gebrauchte Kleider. Wir haben auch ein Gebrauchtmöbel-Lager. Jeder kann sich daraus etwas nehmen. Zeitweise hatten wir sogar eine eigene Landwirtschaft. Das Holz, das wir zum Heizen brauchen, holen wir gemeinsam. Wir wohnen direkt am Arbeitsplatz und brauchen kein Auto. Wir haben einen LKW, mit dem wir unsere Arbeit machen. Und aus der Gemeinschaftskasse kochen wir das Mittagessen.

Wie organisiert Ihr dann Eure Arbeit?

Wir haben keinen Chef und auch keine Verwaltung. Bei der Arbeitsaufteilung gibt' s natürlich auch Auseinandersetzungen. Jeden Morgen, also die beste Zeit vom Tag, haben wir unsere Besprechung. Einer übernimmt für einen Tag die Verantwortung. Jeder sagt, was er oder sie gemacht hat und dann wird besprochen, was wir weiter arbeiten, welche Probleme auftauchen, wer Urlaub bekommt usw. Es werden auch persönliche Probleme besprochen, soweit sie die Gemeinschaft betreffen. Dann gibt's persönliche Anträge, wenn jemand z.B. einen Fernseher haben will. Und dann achten wir darauf, daß nicht jeden Tag nur körperliche Arbeiten anfallen, damit wir unsere Knochen nicht so kaputt machen. Und wenn einer einen Zwölf-Stunden-Umzugstag hinter sich hat, dann macht der eben was anderes.

Wie holt Ihr Eure Aufträge rein?

Was Umzüge betrifft, so machen wir überhaupt keine Werbung. Wir leben vom Weitersagen. Manche Leute kommen im Laufe der Jahre immer wieder zu uns. Sie wissen, wer wir sind, was wir machen, und mit Leuten, die über uns die Nase rümpfen, mit denen wollen wir eh nichts zu tun haben. Wir machen gute Arbeit, und wie wir das machen, das finden die Leute auch o.k. Im Laufe der Jahre haben wir unsere eigene Professionalität entwikkelt. Wir konnten sogar unsere Preise erhöhen und haben trotzdem mehr Aufträge.

Wieviel Leute seid Ihr denn jetzt?

Wir sind immer so zehn bis zwölf Erwachsene und dann haben wir noch fünf Kinder. Jetzt kommt noch ein Kind hinzu, zu einem Vater, der seinen Sohn jetzt zu sich geholt hat. Es kann vorkommen, wenn irgend jemand von der Platte kommt und jetzt hier lebt, daß auf einmal ein Kind von dem hier auftaucht.

Das könnte ja ein Modell für andere sein. Warum habt Ihr Euch in der VHS-Veranstaltung so zurückgehalten?

Die Entwicklung der achtziger Jahre hat auch uns als gesellschaftliches Modell an den Rand gedrückt. Wir haben versucht, uns als Gruppe zu festigen und sind nicht mehr durch die Lande gelaufen, um uns als Modell vorzuführen. Wir waren auch bei diesem Seminar vorsichtig und wollten den SSM da nicht in den Vordergrund stellen. Ich war eigentlich der Meinung, wir sind gar kein Modell. Ich sehe das inzwischen, nachdem ich Bergmann kennengelernt habe, anders. Allerdings müssen wir oft hart arbeiten. Das, was Bergmann gesagt hat, »do what you really really want«, das ist hier bei uns nicht. Wir sind noch nicht aus dem Reich der Notwendigkeit in's Reich der Freiheit gelangt.

Was macht Ihr denn in Mülheim?

Wir stecken hier mitten in einem Sanierungsgebiet und wir arbeiten in diesem Viertel. Wir kümmern uns um das Böcking-Gelände (ehemaliges Industriegelände auf dem jetzt Wohnungen errichtet wurden). Dort stehen zwei Wohncontainer, wir beteiligen uns am Kulturbunker, wir beteiligen uns jeden Winter an den Notschlafstellen für Obdachlose und unterstützen jetzt zwei Familien, die Kirchenasyl erhalten. Neu ist das Projekt »Bauen, Wohnen und Arbeiten«, das wir angeleiert haben. An all diesen Projekten haben wir einen erheblichen Anteil.

Was steckt hinter Bauen, Wohnen und Arbeiten?

Es gibt Leute, die werden einfach nur für teures Geld versorgt, die kriegen Sozialhilfe, werden in teuren Hotels untergebracht, bekommen Kleider und so weiter. Jetzt sagen wir, es gibt so viel leerstehenden Wohnraum. Warum gibt man den Leuten nicht 'ne Schaufel in die Hand und läßt sie sich ihre Wohnungen selber bauen? Dann stellt sich raus, die Stadt will das nicht. Die Leute sollen in den Hotels bleiben. Die Stadt will die Leute nicht hier ansiedeln. Aber trotzdem ist es für die Stadt schwer, nein zu sagen, weil das alles gegen den gesunden Menschenverstand spricht. Jetzt haben wir Leute mit Sachverstand zusammengeholt, Vereine, die mit Obdachlosen zusammenarbeiten. Es gibt die Grundstücke und die entsprechenden Fördertöpfe vom Land. Alles ist da, alle sind da, aber es passiert nichts. Wir helfen, solche Projekte anzuleiern. Menschen, die sich selbst Wohnraum schaffen wollen, werden mit den vorhandenen Mitteln zusammengebracht.

Wir haben auch selbst gebaut. Wir haben hier auf unserem Grundstück selbst 800qm Wohnraum geschaffen. In der Holweider Straße haben wir durchgesetzt, daß die Leute ganz normale Modernisierungsmittel bekommen haben, und die Leute haben dann 40% Eigenleistung erbracht. Bis zum Sonnenkollektor haben die Leute dort alles selbst geschaffen. Die haben gar nicht mehr aufgehört zu bauen. Das waren Arbeitslose. Die haben einen Verein gegründet, der das Grundstück für siebzig Jahre in Erbpacht nutzen kann. Und die Leute zahlen jetzt 8,00 bis 10,00 Miete pro Quadratmeter und in 30 Jahren zahlen die das immer noch. Die wohnen dann fast mietfrei dort. Hier sind ja viele arbeitslos geworden. Andererseits hat die Stadt viele leerstehende Gebäude. Das könnte man überall so machen. Nicht jeder will das, aber die Stadt könnte das überall den Leuten anbieten. Die meiste Energie brauchten wir, um der Stadt so etwas abzuringen. Jetzt wollen wir, daß auch Obdachlose einbezogen werden. Wir suchen auch nach weiteren Arbeitsmöglichkeiten, wenn die Wohnungen fertig sind.

Wie seid Ihr denn an die Grundstücke gekommen?

Wir haben die leerstehenden Häuser besetzt.

Welchen Anspruch hättet Ihr denn an die so vollmundig propagierte Politik des sozial-ökologischen Umbaus?

Die müssen von den vorhandenen Ideen und Projekten erst einmal ausgehen. Die Projekte müssen dann so gefördert werden, daß die Leute auf die eigenen Beine kommen. Das muß dann genau analysiert werden, um das in der Gesellschaft zu diskutieren. Am Anfang geht das ganz langsam. Getreide wächst am Anfang auch ganz langsam und am Schluß steht ein ganzes Feld da. Da muß bei den Verantwortlichen, beim Wohnungsbauminister Vesper, Überzeugungsarbeit geleistet werden. In diesen Erfahrungsprozeß müssen die erst einmal einsteigen. Wir selbst verzichten auf staatliches Geld, weil der Staat kein zuverlässiger Partner ist. Die sagen heute so und morgen so. Wir müssen begreifen, und da habe ich von Bergmann gelernt, jenseits der traditionellen Arbeitsgesellschaft, der die Erwerbsarbeit ausgeht, die Fähigkeiten und Talente der Menschen in Bewegung zu halten und zu fördern. Der SSM hat allerdings auch Ansprüche auf staatliche Unterstützung geltend gemacht. Gebt uns einen langfristigen Mietvertrag für dieses besetzte Grundstück. Gebt Ihr uns den nicht, dann müßt Ihr das besetzte Grundstück gewaltsam räumen. Wir haben das jetzt billig für dreißig Jahre gekriegt. Sie haben uns den Vertrag gegeben, weil sie gemerkt haben, daß sie uns hier nicht rauskriegen.

Wie würdest Du Eure Arbeit in den Gesamtzusammenhang dieser Gesellschaft einordnen?

Dazu muß ich persönlich sagen, so wie ich die DDR als Unterdrückungssystem gesehen habe, so habe ich auch dem Kapitalismus nie getraut. Ich wundere mich nicht, daß hier die Krise ausbricht. Ich wundere mich, daß die Krise nicht schon viel länger viel größer ist. Ich wundere mich nicht, daß Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, ich wundere mich, daß die Fabriken nicht schon viel länger ohne Arbeiter funktionieren. Ich wundere mich nicht, daß sie so fortgeschritten sind, sondern ich wundere mich, daß sie so primitiv sind. Die Zahl der Leute, die noch produzieren wird ja immer weniger, und der ganze Dienstleistungssektor, da ist ja im Grunde nichts dahinter. Das brauchst Du auch nicht wirklich. Die Kapitalisten tun mir eigentlich leid. Aber wenn das ganze Ding hochgeht, dann stehen die ärmsten wieder vorne und die anderen hinten. Und ich hab Angst, daß das hochgeht.

Für mich gibt es zwei Sachen: einmal lebe ich jetzt, ich muß jetzt was tun, ganz praktisch. Ich bin jetzt Sozialist und nicht wenn die Produktionsverhältnisse, dann bla bla bla. Das ist jetzt die Erfüllung meiner Existenz und das macht trotz aller Schwierigkeiten jetzt Spaß. Das ist zwar eine Antwort für jetzt, aber da sind im Kern auch Antworten auf grundsätzliche Fragen enthalten. Das heißt nicht, ich hab' jetzt das große Modell, wie damals die Parteien (K-Gruppen d.I.), aber ich hab' Ansatzpunkte, die vor allem an wesentlichen Widersprüchen hier ansetzen, z.B. eben, daß die Leute keine Arbeit haben, daß die Leute keine Wohnung haben und die Verelendung zunimmt. Und wir machen das ohne staatliches Geld. Ich muß was vormachen, das viele Leute aufgreifen und verbreiten können. Da kann ich viel mehr machen als ein Minister. Das ist es, was mich auch mit dem Bergmann verbindet.

Reiner, ich danke Dir für dieses interessante Interview.●

Das Interview führte Werner Ruhoff

WITTENBERGER TAUSCHRING:

Auszüge aus den Spielregeln

Als erste deutsche Stadt plant Wittenberg einen Tausch-und Verrechungsring, dessen Spielregeln vom Wittenberger Sozialdezernenten Engelbert Pennekamp entworfen wurden. Im September sollte nach Beratungen im Stadtparlament der Startschuß gegeben werden. Wir geben nachfolgend den Stand vor den Beratungen wieder. Entnommen haben wir diese Informationen der »Alternative 2000 – Zeitschrift für Liberalsoziale Ordnung«, Nr. 20.

EINFÜHRUNG

Indem sich Menschen zusammenschließen und ihr eigenes Tauschmittel kreieren, sind sie weniger auf Geld angewiesen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Insofern kann der Wittenberger Tauschring allen dann helfen, wenn die Menschen zu wenig Geld haben, weil es Möglichkeiten schafft, den Mangel an Geld durch nicht monetäre Austauschbeziehungen auszugleichen. Dadurch ist die Teilnahme am Wittenberger Tauschring gerade für diejenigen Personenkreise interessant, die über wenig Geld verfügen, also beispielsweise für VorruheständlerInnen, SeniorenInnen, Familien und jungen MitbürgerInnen.

Förderung regionaler, kleinräumiger Strukturen

Ein lokales Austauschnetz mit lokaler Nebenwährung garantiert, daß regionale Leistungsangebote genutzt werden. Dadurch dient das Wittenberger Tauschringsystem den Menschen vor Ort.

Regionale Umsetzung

In den vergangenen Monaten haben wir mit örtlichen Seniorenvereinen und Selbsthilfegruppen Überlegungen zur aktiven Einbeziehung des Selbsthilfewillens der VorruheständlerInnen und SeniorenInnen angestellt.

Dabei wurde insbesondere das System der Seniorengenossenschaften aus dem süddeutschen Raum als mögliches Handlungsfeld in Betracht gezogen. Die dort erbrachten gegenseitigen Hilfeleistungen werden in der Form von »Zeitwerten« miteinander auf Haben-Konten verrechnet. Bei genauer Betrachtung stellte sich heraus, daß viele TeilnehmerInnen dieses Systems nicht in den Genuß der Gegenleistung kamen und dieses als wesentliches Hindernis im System empfanden. Aus diesem Grund beschäftigten wir uns dann mit dem »Buchwert«-Verrechnungssystem. Das Buchwert-Verrechnungssystem ermöglicht

1. den TeilnehmerInnen einen direkten Zugriff zu »Gegenleistung« und freien Gestaltung der »Gegenleistung« in der Form von nutzbaren Lieferungs- und Leistungsgeschäften,
2. die örtlichen Strukturen dezentral zu nutzen, z.B. durch die dezentralen Seniorentreffpunkte.

Teilnahmebedingungen

Konten
JedeR TeilnehmerIn unterhält ein Verrechnungskonto bei der Tauschringzentrale... Die Kontenverfügung erfolgt über Buchungsaufträge.

Verfügungslimit
JedeR TeilnehmerIn beginnt mit dem Nullkontostand. JedeR TeilnehmerIn erhält ein Verfügunglimit in Höhe von 300 »Neutralern«. Das Limit kann in besonderen Fällen erweitert werden.

Firmen, Behörden, Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen erhalten ein Limit von 3.000 »Neutralern«.

Tauschringsystem und Banken-Gesetzgebung

Innerhalb des Wittenberger Tauschring-Systems werden Zahlungen in einer eigenen Verrechnungseinheit abgewickelt. Diese Verrechnungseinheit dient als eine eigene Werteinheit, in der die TeilnehmerInnen die Höhe ihrer gegenseitigen Ansprüche und Verpflichtungen ausdrükken. Damit stellen Tauschring-Systeme, bei denen die Tauschring-Zentrale die Verrechnung gegenseitiger Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den TeilnehmerInnen vornimmt, ein Zahlungssystem außerhalb der staatlich sanktionierten und regulierten Geldwirtschaft dar.

Damit nicht gegen bankrechtliche Regelungen verstoßen bzw. wie Kreditinstitute diese einer kreditrechtlichen Aufsicht unterworfen sind, ist bei der Ausgestaltung des Wittenberger Tauschringsystems darauf geachtet worden,

- nicht gegen das ausschließliche Recht der Deutschen Bundesbank zur Ausgabe von Banknoten zu verstoßen.
- daß das System keine Bankgeschäfte in der Form von Einlagen-, Kredit- und Girogeschäfte im kreditrechtlichen Sinne ausübt und dabei ggf. sogar verbotene Geschäfte betreibt...

Um rechtliche Bedenken zu vermeiden, empfiehlt die Deutsche Bundesbank, bei der Verwendung einer Tauschringwährung folgende Punkte zu beachten:

1. Der Tauschringwährungsschein sollte äußerlich keine Elemente aufweisen, die Banknoten eigentümlich sind, d.h. sie sollten einfarbig und ohne Gulliochen (verschlungene Linienzeichnung) gestaltet werden und sich sowohl in der Größe als auch durch die Papierart von Banknoten unterscheiden.
2. Der Aufdruck »WertGutschein«, »Gutschein« oder »Waren-Gutschein« muß groß und deutlich in Erscheinung treten, gegebenenfalls hervorgehoben durch eine besondere Farbgebung. Der Begriff »Kaufschein« sollte nicht verwendet werden, da er stark auf Geld hinweist.
3. Aus gleichem Grund sollte zur Bezeichnung des Wertes des Gutscheines der Begriff »Nennwert« vermieden werden, stattdessen könnte der Begriff »Gegenwert« verwendet werden.
4. Die Wertgutscheine dürfen räumlich und zeitlich nur begrenzt verwertbar sein.
5. Die Waren, zu deren Bezug der Gutschein berechtigt, sollten konkret im Einzelnen auf dem Gutschein aufgeführt werden. Ein Umtausch in Bargeld ist damit unzulässig.
6. Schließlich sollten die Gutscheine möglichst auf den Namen einer bestimmten Person ausgestellt werden. Auf jeden Fall sollte ein deutlicher Aufdruck »nicht übertragbar« aufgedruckt werden.

Anerkennung der Tauschringwährung

Die Lutherstadt Wittenberg hat ein Interesse an der kommunikativen Förderung der Menschen in regionalen, kleinräumigen Strukturen. Die Hilfe zur Selbsthilfe soll das Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl sowie die Kreativität und Solidarität fördern.

Aus diesem Grund erkennt die Lutherstadt Wittenberg die »Tauschring-Währung« ... als gültiges Verrechnungsmittel im direkten Beziehungsbereich zwischen den MitbürgerInnen und der Verwaltung an. Sämtliche Dienstleistungen der Verwaltung, die mit Gebühren oder Entgelten beglichen werden können, sind verrechnungsfähig mit der alternativen Währung »Neutraler«, z.B. Wohnberechtigungsschein, Gebühren für die Vermählung, Kindertagesstättenentgelte, Eintritt in Freibädern, Eintritt bei städtischen Kulturveranstaltungen, Beglaubigungskosten, Hundesteuer.

Die eingegangen Werte werden über ein Sammelkonto den Ämtern als Einnahme gutgeschrieben.

Demgegenüber kann die Verwaltung auch als »Auftraggeber« auftreten:

Z.B. Pflege einer Außenanlage einer Kintertagesstätte, eines Seniorentreffpunktes, eines Platzes, Parks usw., Zuwendung für die Selbsthilfegruppe, Seniorentreffpunkt usw., Zustellung des Amtsblattes, Bezahlung von Anschaffungen, z.B. Pflanzen, Leistungen im Rahmen der Hilfe zur Arbeit usw. Die entsprechenden Aufwendungen werden den Ämtern in Rechnung gestellt.

Mögliche Standorte der Tauschringbriefkästen

Die Tauschringbriefkästen sollten nach Möglichkeit dezentral in den Stadtteilen verteilt und leicht für die Mitglieder des Tauschringes erreichbar sein: Z.B. Rathaus, Seniorenclubs, Volkssolidarität. Jugendclub, Kirchengemeinden, öffentliche Beratungsstellen, Gaststätten, Theater, Tankstellen, Geschäfte, Einkaufsstätten.●

Verrechnungsbeleg für Wittenberg, ursprünglich sollte er noch »Wittenberger Taler« heißen, inzwischen »Neutraler«

ÜBER EIN EXPERIMENT IN DER LUTHERSTADT WITTENBERG

Reformen in der Stadt des Reformators

Seit dem Frühjahr regt sich in der Lutherstadt Wittenberg gar wunderliches. Die Stadt will einen Tausch- und Verrechnungsring gründen. Verrechnungseinheit sollen die Wittenberger Taler sein.
Mittlerweile hat sich eine Initiative gegründet. Das Stadtparlament will über den Entwurf von Grundsätzen des Ringes beraten und damit quasi den Startschuß geben. Michael Rost sprach mit einem der Initiatoren, Pfarrer Keller.

Haben wir in der Reformationsstadt Wittenberg in den nächsten Jahren eine neue Reformation, eine Reformation im Geldsystem zu erwarten?

Pfarrer Keller: Ich sehe den Beginn mit dem Tauschring erst einmal als Experiment an, allerdings als lohnender Versuch, mit den gegenwärtigen Verhältnissen und vor allem Geldverhältnissen besser zu Recht zu kommen. Wie sich das entwickelt und was daraus wird, kann ich jetzt nicht sagen. Die Hoffnung, die bei solchen Experimenten dahinter steckt, ist in Zukunft zu einem zinsfreien Geld zu kommen und dazu einfach den Boden zu bereiten.

Aus meiner Sicht: Was durch Zinsen und Zinseszinsen geschieht, ist eine ganz üble Geschichte.

Bestehen denn in der Lutherstadt Wittenberg besondere Bedingungen für ein solches Experiment? Ich habe gelesen, das die Stadt Wittenberg die erste Stadt sei, wo sich die Stadtverwaltung an einem solchen Tauschringexperiment beteiligen möchte.

In Wittenberg haben wir den Sozialdezernenten Pennekamp, der sich an diesem Experiment beteiligen möchte, der sich dafür einsetzt, daß die Stadt auch Mitglied im Tauschring wird. Ich finde das eine sehr gute Sache.

Gibt es denn auch gegenteilige Stimmen hier in Wittenberg?

Kenne ich nicht. Das Problem ist eher, daß es überhaupt keine Meinung dazu gibt, daß viele das eher schweigend garnicht wahrnehmen.

Das Spannendste wäre ja, wenn die Stadt einige Steuern in der Verrechnungseinheit entgegennehmen könnte. An was ist da in Wittenberg gedacht?

In dem bisher erarbeiteten Papier ist an die Hundesteuer und andere Gebührenbereiche gedacht, die sich dafür eignen. Was sich daraus entwickelt, ist aber noch nicht abzusehen.●

NACHRICHTEN AUS DER TAUSCHRING-SZENE

Bundesweites Tauschringtreffen

Es findet vom 25. bis 27.4.1996 in der Jugendherberge Kassel statt. Geplant und reserviert hat die »Kasseler Zeitbörse« derzeit für 100 TeilnehmerInnen, die Zahl ist aber auch nach oben noch veränderbar. Eine detaillierte Einladung soll in Kürze schriftlich an alle bekannten Adressen von Tauschringen geschickt werden. Da die Kasseler aber gerne vorher ein paar Meinungen zu den angedachten Themen hätten, stellen wir sie hier vor, und hoffen auf rege Rückmeldungen. Änderungswünsche, Kritik, Lob oder zusätzliche Punkte würden dann in die endgültige Einladung (soweit es auch der zeitliche Rahmen zuläßt) berücksichtigt werden.
Hier die Themen:

- **Tauschringe – ein System für Alle?**
  Möglichkeiten der Einbeziehung von benachteiligten Gruppen wie z.B. Behinderte, alleinerziehende Frauen, AusländerInnen
- **Was ist hier Business und was ist Nachbarschaftshilfe?**
  Möglichkeiten und Grenzen bei der Mitwirkung von Betrieben, Organisationen und Kommunen in Tauschringen
- **Einsam oder gemeinsam?**
  Sollen bundesweite Standards für den Tausch von Einzelpersonen und Tauschringen entwickelt werden und wie können diese aussehen.
- **Müssen wir das Rad immer wieder neu erfinden?**
  Wie kann der Erfahrungsaustausch zwischen den Tauschringen verbessert werden ?
- **Besondere Bedingungen für Tauschringe in den neuen Ländern?**
  Erfahrungsaustausch, Lösungsmöglichkeiten, Unterstützung
- **Go online?**
  Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von elektronischen Medien für die Vernetzung und Förderung von Tauschringen
- **Steuern für Tauschleistungen?**
  Tauschringe setzen selbst Maßstäbe unter Nutzung der geltenden Steuergesetze. Bringen wir eigene Vorschläge z.B. auch im Hinblick auf die diskutierte Steuerreform ein?

Kosten: Nach derzeitigem Stand der Dinge liegt der Kostenbeitrag bei 110,- DM bei Unterbringung im Vierbettzimmer und Vollverpflegung (ohne Zuschüsse oder Förderungen). Dabei können auch Wünsche wie z.B. vegetarisches Essen o.ä. berücksichtigt werden.

Rückmeldungen & weitere Informationen: Zeitbörse Kassel, Jordanstraße 5, D-34117 Kassel
☎(05 61) 72 88 5-47, Fax : 72 88 5-29

Ungarn:

Budapester Talentum

Von Bernhard Oberrauch, Wien ● Ende September 1996 startete in Budapest der erste ungarische Tauschkreis. Eine Regionalgruppe davon gibt es für die Slowakei, eine andere wird es für Siebenbürgen/Rumänien geben.

Verrechnungseinheit ist TALENTUM, wobei 100 TALENTUM dem Wert einer durchschnittlichen Arbeitsstunde entspricht.

Ich wurde eingeladen, dazu eine Einführung zu halten. Ich werde darüber hier kurz berichten.

Einleitend erklärte ich den Zweck der Tauschkreise, daß sie erstens Arbeit- und Arbeitswillige zusämmenführen, die sich sonst nie treffen würden, weil das Geld fehlt. So wird im Tauschkreis ein eigenes Geld einfach gemacht. Zweitens wird der Markt persönlicher, die Tauschpartner lernen einanderkennen (soziale Komponente).

Anschließend gab es das Talente-Spiel. Wir produzierten unser Geld, d.h. die TeilnehmerInnen falteten und rissen gelbes Papier in kleinere Stücke. Stellvertretend für die Waren und Dienstleistungen machte sich die TeilnehmerInnen ebenso große, diesmal blaue Papierstücke. Die TeilnehmerInnen wurden in Gruppen eingeteilt. Jede Gruppe betreute einen Marktstand, wobei die Angebote auf ein blaues Din-A-4 Blatt geschrieben wurden.

Eine Person ging einkaufen, die andere verkaufte beim Marktstand. Nach einer halben Stunde regem Tausch ging ich zu jeder Gruppe und schrieb mir die Beträge der erhaltenen TALENTUM ab. Ich rechnete alles zusammen, ermittelte also den Kontostand und die Umsätze und verkündete das Ergebnis. Daß das ganze ein Nullsummenspiel ist und vom gegenseitigen Geben und Nehmen abhängt, trat deutlich hervor.

Zum Schluß sprachen wir noch über theoretische Zusammenhänge, über Zins, über daß Maß der Verrechnungseinheit, über das konkrete Organisieren des ungarischen Tauschkreises, und über vieles andere.

Ich erkannte hier wieder, wie gut es tut, die Funktionsweise des Tauschrings anhand eines Spiels anschaulich zu machen, und wie gut es tut, das Spiel vor die langen Theorien zu setzen. Daß sich jeder sein Geld selber aus gelbem Papier zusammengerissen hat, bedeutete für mich weniger Arbeit, und für die Teilnehmer mehr Spaß und Verständnis.

Kontaktperson für den Tauschkreis ist György Zsombok, H-1143 Budapest, Stefania ut 47 fsz.2; Tel. 0036-1-1636958 (priv.), 4631793 (Büro),4633642 (Fax), email: zsombok@ch.bme.hu; Hr.Zsombok spricht auch Deutsch und Englisch.

Selbstdarstellung

Tauschring Karlsruhe

Eine kurze Selbstdarstellung in Stichworten für Leute, die Tauschringe schon kennen:
Gegründet: 1. Juli 96
TeilnehmerInnen: 42 (Stand September)
Rechtsform: eingetragener Verein (noch nicht als gemeinnützig anerkannt)
Tauschwährung: 20 Talente = 1 Std. als Empfehlung (wer abweichen will, sollte Begründen warum)
Beiträge: DM 24.-/Jahr (DM 40.- für Normalverdiener), 2 Talente pro Buchung. 1% Umlaufsicherungsgebühr (abgerundet) auf Guthaben am Monatsende
Mitarbeit: Mitarbeit bei der Tauschringorganisation wird bei mehr als 5 Std/Monat in Talenten vergütet.
Vertrauensschutz: Marktzeitung öffentlich mit Vorname und Kto-Nr., Adressliste vollständig mit Kontostand. Umsätze auf Anfrage.
Kreditlimit: 500 Talente bzw. 50% vom Jahresumsatz.
Markttag: Jeden 2. Mittwoch im Monat, 18.00-22.00 Uhr.
Wir hatten einige Diskussionen mit dem Finanzamt über die Anerkennung einer Gemeinnützigkeit. Vor kurzem kam dann ein Anruf, daß der Bundesminister für Finanzen sowie Arbeit und Soziales die DM-Währung durch Tauschringe bedroht sieht und Umsatzsteuerverluste befürchtet.

Der Öscher-Tauschring hat angeblich eine Anfrage beim Bundesminister für Jugend und Familie gestartet. Die Antwort wird allerdings noch eine Weile auf sich warten lassen.

Adresse:
Tauschring Karlsruhe, Hardtstr. 37a, D-76185 Karlsruhe
☎(07 21) 955 25 40, Fax 955 35 42

3. SÜDDEUTSCHES TAUSCHRINGTREFFEN IN NÜRNBERG:

Gib & Nimm-Tauschring veranstaltet Treffen

Am 9. November 1996 fand im Nürnberger Ökozentrum das 3. Treffen von Tauschringen aus Süddeutschland statt, über das wir in unserer nächsten Ausgabe berichten werden. Überwiegend von Eigeninitiativen getragen, entsteht landauf, landab, eine neue Wirtschaftskultur für die Dinge, die nicht für Geld sondern für Zeit zu bekommen sind. Der Austausch von Lebenszeit ist übrigens von Hause aus inflationsfrei. Nachfolgend die Darstellung des Nürnberger Tauschringes, die uns anläßlich der Ankündigung des Treffens erreichte.

Foto: Ursula Zeidler

Von Heinrich Haußmann, Nürnberg ● Die Arbeitsgruppe »Geldwerkstatt« startete im Rahmen des Fränkischen Bildungswerks für Friedensarbeit e.V. im November 1995 im Kulturladen Rothenburger Straße einen »Gib & Nimm-Tauschring«, wie es mittlerweile bereits um die 140 Gruppen und Initiativen in der Bundesrepublik gibt.

Bereits seit 1990 befaßt sich die Arbeitsgruppe in Nürnberg mit prinzipiellen Fragen unseres Geldwesens. Warum wachsen beispielsweise die quasi leistungslosen Zinseinkommen exponentiell an, während alle erarbeiteten Güter sehr schnell an Wachstumsgrenzen stoßen und nicht mehr in diesem Maße vermehrbar sind. Die Folge ist, daß von dem arbeitenden Teil der Bevölkerung immer mehr erbracht werden muß, um diese mathematisch steigenden Zinseszinsforderungen zu befriedigen.

Geld in Geld angelegt erweist sich leider als rentabler, als das durch Arbeit erworbene. Die Kehrseite bezahlt unsere Gesellschaft mit einer immer größer werdenden Verschuldung und Arbeitslosigkeit. Ständig ist die Rede von Lohnverzicht. Niemand kommt auf die Idee, mit der gleichen Selbstverständlichkeit einen Zinsverzicht oder ein Verschuldungsmoratorium zu fordern. In diesem Umfeld versuchen nun einzelne Gruppen, neue wirtschaftliche Umgangsformen zu erproben.

In Nürnberg gründeten mehrere für diese Fragen aufgeschlossene Menschen eine Leihgemeinschaft, um zunächst für eine Sozialeinrichtung kurzfristig einen zinslosen Kredit bereitzustellen. Das wirtschaftliche Erfahrungsfeld heißt, eine direkte Beziehung zwischen Geldhabenden und Geldbrauchenden herzustellen. Den Menschen zum Wirtschaftspartner und nicht zum Almosenempfänger zu degradieren, verfolgen auch die Tauschringe oder LETS-Gruppen, die die lokale Ökonomie beleben. Der Tauschring versucht hauptsächlich auf der Leistungsseite, den Austausch von sonst unterbliebenen Tätigkeiten zu fördern.

Viele Menschen könnten Leistungen für andere erbringen, scheuen sich aber, ihre Qualifikationen jemandem kund zu tun. Auf der anderen Seite trauen sich Bedürftige kaum nach Diensten zu fragen, weil dies meist mit Kosten verbunden ist. Üblicherweise haben in unserer Hochleistungsgesellschaft nur High-tech Angebote eine Marktchance.

Der Gib & Nimm-Tauschring Nürnberg arbeitet mit dem städtischen Kulturladen zusammen, um in einem überschaubaren lokalen Wirtschaftsraum private Austauschbeziehungen zu fördern. Das »Forum Aktiv« der Kulturläden bietet in der vierteljährlich erscheinenden Zeitung zweiseitige Kontakte meist unter Chiffrenummer an. Bei Gib & Nimm ist auch ein mehrseitiger Tausch möglich. Ein einfaches Verrechnungssystem auf Zeitbasis soll inflationsfrei dazu helfen. Allerdings ist eine Beitrittserklärung zum Tauschring erforderlich. Gegen eine geringe Gebühr, um die Portokosten abzudecken, erhalten die Mitglieder die jeweils aktuellste Marktzeitung entweder per Post oder auf den Markttreffen. Schenken, Leihen, Tauschen, Verrechnen - dies sind die zivilen Alternativen sowohl zum Geldhandel, zur illegalen Aneignung sowie zum Almosen verteilen. Für manche mag es ungewohnt sein, für eher nachbarschaftliche Dienstleistungen etwas zu berechnen oder sich anrechnen zu lassen. Trotz dieses Umstandes bietet so ein System die einzigartige Chance, die eigenen Kompetenzen und Fertigkeiten auch für andere nutzbar zu machen. Das funktioniert nur, wenn jemand nicht nur bereit ist, etwas zu geben, sondern sich auch in gleicher Weise darauf einläßt, von anderen etwas anzunehmen.

Zweimal im Monat ist »Markttreffen« im Kulturladen an der Rothenburger Straße 106. Aktuelle Angebote können hier eine entsprechende Nachfrage finden. Außerdem kann jedeR anbietende oder nachfragende TeilnehmerIn die aktuellen Marktinformationen über das Gib & Nimmtelefon (09 11) 350 73 43 zwischen 13 und 19 Uhr erfahren. Soviel zu den Abläufen beim Nürnberger Tauschring.●

TAUSCHRINGE SEIT KURZEM AUCH IN FRANKREICH

Salz im Getriebe

Seit kurzem werden auch in Frankreich Tauschringe gegründet, in denen statt mit Francs mit Schecks bezahlt wird, die auf Salzkörner ausgestellt sind. Die ersten Erfahrungen zeigen, daß bei dieser Art des Handelns die Realkosten einer Ware und Leistung nicht die wichtigste Rolle spielen. Die Preise werden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt und das fasziniert die Menschen. Wir dokumentieren Auszüge aus einer Sendung von Tellux Film, die am 3. September 1996 im ZDF ausgestrahlt wurde.

Peter Streiff, Redaktion Frankfurt ● SEL 81 heißt eine Gruppe, die sich um den Franzosen Serge Bogdel gegründet hat. In seinem Haus laufen die Fäden zusammen. SEL, französisch für Salz, steht auch für »system d'échange local« – lokaler Tauschhandel und 81 für das südfranzösische Departement Tarn. Die Gruppe hat bereits rund 200 Mitglieder, jeden Tag kommen weitere dazu. Sie glauben, hier ihre Zukunft auf eigene Rechnung gestalten zu können. Der SEL-Gruppe geht es aber nicht nur um Wirtschaftlichkeit, sondern um ein soziales Miteinander. Sie wollen Salz ins Getriebe einer kapitalorientierten Gesellschaft, eines Staates streuen, der den Zinssatz und den Mehrwert an Arbeit in die Taschen des Staates fließen läßt. Die SEL-Gruppe in Roques will provozieren, allerdings mehr die Zentralgewalt in Paris, die den Süden Frankreichs immer wieder vernachlässigt, wie die Leute hier meinen. Dennoch: Als paradiesische Insel, die dem harten Wellengang der Marktgesetze von Angebot und Nachfrage standhalten will, versteht sich die Initiative nicht.

Neue Art des Umgangs miteinander

Dazu SEL-Gründer Serge: »Ich glaube, es handelt sich um eine Änderung der Werte, eine Wertewandlung beim Handel, auf dem Gebiet der Kommunikation und im Umgang miteinander. Wir leben in einer Welt mit unsäglich vielen Kommunikationsmöglichkeiten und stellen in Wirklichkeit fest, daß immer mehr Menschen am Alleinsein leiden. Die Besonderheit unserer Gruppe liegt darin, daß es eine Reihe von Leuten gibt, die das System nicht zur Befriedigung von Grundbedürfnissen benötigen. Sie sind sich bewußt, vielleicht spüren sie es auch nur unbewußt, daß es sich hierbei um eine völlig neue Art des Kommunizierens, des Austauschs von Produkten und Leistungen, des Umgangs miteinander handelt und es damit eine Möglichkeit gibt, etwas Salz in das herkömmliche Wertesystem zu streuen.«

Mittlerweile sind immer mehr Gruppen entstanden, die nicht mehr darauf warten wollen, daß der Staat Lösungen anbietet. Doch wer Salzkörner sät, wird irgendwann vielleicht wieder Geld ernten. Noch aber sehen sich TauschhändlerInnen als geldbeutelschonende Alternative, weil jedeR etwas in die Gemeinschaft einbringt und von ihr zurückbekommt. Die Basis dafür: Solidarität und Vertrauen.

Nebenverdienst ohne anzumelden

Auch Bauern und Bäuerinnen versprechen sich zusätzliche Impulse von SEL, wie Daniel erzählt : »Die Landwirtschaft hat große Probleme, besonders die in den Bergen, wo es sowieso schwieriger ist. Um trotzdem hier leben zu können, haben wir beschlossen, von der Aufzucht bis zur Verarbeitung zum Endprodukt alles selbst zu machen. Aber wir haben viele Aufgaben. Die EG-Bestimmungen und besonders deren Anwendung durch die französischen Behörden machen uns das Leben schwer. Der Austausch von manchen Produkten und Leistungen innerhalb des neuen Systems kann mithelfen, auf dem Land zu überleben.«

Als Kosmetikerin ist Nicole für das Arbeitsamt nicht mehr vermittelbar. Sie ist schlichtweg zu alt. 800 Mark Arbeitslosengeld im Monat – das ist knapp, auch für die alleinstehende Frau. Ganz abgesehen davon, daß das Gefühl der Nutzlosigkeit zur Frustration führt. Eine kosmetische Behandlung ohne große Extras – 120 Salzkörner. Die Fachkraft will den Betrag auf ihrem Salzkonto gutschreiben lassen, um ihn im Winter gegen Holz einzutauschen. Und noch etwas kommt ihr dabei entgegen: für Salzkörner zu arbeiten, heißt auch, die Tätigkeit nicht als Nebenverdienst anmelden zu müssen.

Symbol für Gastfreundschaft

Marie Mazzia: »Ich glaube, daß sich durch Tauschhandel vieles ändern kann. Ich denke, daß es sogar gelingt, Veränderungen in der Gesellschaft zu bewirken. Jede Einzelne kann im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag leisten und mehr Verantwortung übernehmen. Die Veränderung beginnt ja schon, wenn jeder versucht das Beste in seinem eigenen Leben im Einklang mit seinen Überzeugungen zu erreichen.«

Zwar gibt es SEL 81 noch nicht lange, aber bereits innerhalb von 6 Monaten haben sich in anderen Regionen Frankreichs über 70 Gruppen dieser Art gegründet. Die Nachfrage nach diesem alternativen Zahlungsmittel ist groß. Salz ist auch ein Symbol, das schon in jüdisch-christlicher, aber auch in muslimischer Tradition für Güte und Gastfreundschaft steht. Brot und Salz mit einem Menschen zu teilen, bedeutet hier wie dort, ihn zu Tisch zu laden und seine Freundschaft anzustreben.●

Kontaktadresse für die SEL-Gruppen in Südfrankreich: Monika Kleppinger, La Razigade, F-81330 Vabre, Tel./ Fax 0033/63 504 304.

ANMERKUNG

Tauschen braucht keine Erlaubnis

Im Zusammenhang mit der regelmäßigen Berichterstattung von CONTRASTE (hier vor allem der Text in der September-Ausgabe) mag es ja durchaus sinnvoll sein, sich auch mal grundsätzlich Gedanken zu machen über Legalität, bzw. inwieweit ein Handel in eigener Währung – mit Schecks, die in Talenten, Kreuzern, LETS oder Salzkörnern ausgestellt sind – mit dem herkömmlichen Handelssystem etwas zu tun hat. Dennoch schien mir die Erörterung von ertrags- und umsatzsteuerlichen Fragen zu stark am bestehenden, leidlich fragwürdigen Steuersystem orientiert. Die Tauschringe sind aus meiner Sicht gerade darum interessant, weil erst mal Unkonventionelles und Phantasie statt eingerostete Systeme gefragt sind.

Zudem finde ich es – gelinde gesagt – seltsam, wenn zuallererst der Bundesfinanzminister bemüht werden soll, sich zur Frage von Steuer oder nicht Steuer zu äußern. Als Ergänzung sei noch angemerkt, daß sich noch lange nicht alle Tauschring-Systeme stur an der D-Mark orientieren, sondern daß auch Modelle mit Zeitschecks (z.B. in Kassel) erfolgreich erprobt werden. Da halte ich es doch lieber mit dem offenbar attraktiven Tauschsystem SEL in Frankreich (vgl. nebenstehenden Bericht), wo eine ansonsten arbeitslose Kosmetikerin feststellt, daß für Salzkörner zu arbeiten schlicht heißt, diese Tätigkeit nicht als Nebenverdienst anmelden zu müssen, und folglich auch nicht der Steuer unterliegen kann. Zugegeben: Ich bin kein Steuerexperte, doch wünschte ich mir in der Diskussion um Perspektiven von Tauschsystemen die oft schon gezeigte Kombination aus Phantasie und Humor, wie sie die ersten Aktionen z.B. des Knochengeldes in Berlin auszeichnete.●

Peter Streiff

BREMER COMMUNE:

Solidargemeinschaftshof-Modell

Massentierhaltung, Gentechnik, Überdüngung der Böden und Bestrahlung von Lebensmitteln gefährden Menschen und Natur. Umdenken und anderes Handeln sind dringend erforderlich, sowohl in der Stadt, als auch auf dem Land.

Das Solidargemeinschaftshof-Modell der Bremer Commune stellt einen solchen, alternativen Versuch dar. Solidargemeinschaft bedeutet: LandwirtInnen und Menschen aus der Stadt übernehmen gemeinsam die Verantwortung für einen ökologisch bewirtschafteten Hof. Die LandwirtInnen bauen Grundnahrungsmittel (Gemüse, Getreide, Obst, ...) an. Die StädterInnen sind in Selbstversorgungs-Kooperativen organisiert und fahren regelmässig auf den Hof. Dadurch nehmen sie Naturkreisläufe sinnlich wahr, was eine wichtige Motivationsquelle für ökologisches Handeln darstellt. Zusätzliche Landeinsätze in Erntehochzeiten, Seminare und Praktika halten die Stadt-Land-Verbindung in Fluß. Die direkte Stadt-Land-Verbindung bedeutet außerdem, daß Verpackungs- und Transportaufwand minimal bleiben. Durch Wegfall preistreibenden Zwischenhandels und direkte Mitarbeit werden zudem ökologische Nahrungsmittel aus der Region für alle Menschen erschwinglich. Für die LandkommunardInnen bedeutet das einen doch recht anderen Arbeitsrahmen als herkömmlicherweise: sie sind nicht dem Markt ausgeliefert, sondern planen mit dem Kollektiv in der Stadt den Anbau.

Die Selbstversorgungs-Kooperativen sind die Basis der Bremer Commune, die darüber hinaus Bereiche wie Fahrradladen, Schneiderei, Tischlerei und Solidargemeinschaftsküche – als weitere Bausteine einer ökologischen, nichtkommerziellen und regionalen Wirtschaftsweise – umfaßt.

Z.Zt. befinden wir uns in Verhandlungen um einen Hof, ca. 40km südlich von Bremen. Das Finanzierungskonzept steht. Um den Anteil der Bankdarlehen zu reduzieren, werden nach wie vor gesucht (Spenden, zinslose Darlehen, Bürgschaften, ...). Zudem suchen wir noch landwirtschaftlich erfahrene oder zumindest stark motivierte Menschen. Neben dem Gemüseanbau-Bereich wird es außerdem einiges zu renovieren geben.

Interesse? Informationsabende finden an jedem 1. Freitag im Monat, 19.30h in der Bauernstr. 2 in Bremen statt. Kontakt: Heidi Remmers; Tel.: (04 21) 70 58 07 oder 70 66 16.●

Anzeige

express
Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken
Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06

★ Beobachtungen aktueller Arbeitskämpfe
★ Berichte von kritischen GewerkschafterInnen aus den Betrieben
★ Diskussion von Gegenstrategien gegen Lean Production

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gg. Vorkasse bar oder Briefmarken)

Ein Überblick

Lokale Agenda 21

Zum Stand in Deutschland

Im internationalen Vergleich gehört die Bundesrepublik, was lokale Agenda 21-Prozesse anbetrifft, sicher nicht zu den fortgeschrittensten Ländern. Noch gibt es keine einzige Kommune in diesem Land, das eine LA 21 beschlossen hat. Auffällig scheint aber, daß in einigen Städten schon sehr frühzeitig Aktivitäten zur Aufstellung von Lokalen Agenden gestartet wurden, während die meisten Kommunen erst in den letzten Monaten aufgewacht zu sein scheinen.

Von Rasmus Grobe, Redaktion JugendUmwelt ● Ein Charakteristikum von Lokalen Agenda 21-Prozessen ist es, daß sie immer einmalig sind. Wie der Prozeß gestartet wird, wie er verläuft, welche Schwerpunkte gesetzt werden, ist stark abhängig von den spezifischen lokalen Gegebenheiten. Dies bezieht sich insbesondere auf die lokalen Akteure, die den Prozeß anstoßen und vorantreiben. Fast in allen »Frühstarter-Kommunen«, so scheint es, war der Start des LA 21-Prozesses eine Anknüpfung an bereits geleistete Arbeit im Bereich Umwelt und Entwicklung, bzw. waren es unermüdliche Gruppen und Einzelpersonen und deren Vernetzung, die den Stein ins Rollen brachten und ihn seitdem auch in Bewegung halten. Es sind vor allem folgende Akteure, die bei Lokale Agenda-Prozessen eine Rolle spielen und, von Kommune zu Kommune unterschiedlich, die Prozesse in Gang bringen:

- Verwaltung (hier meist entweder Umweltreferat und/ oder Stadtplanung)
- Kirchen
- Einrichtungen der politischen Bildung (Volkshochschulen)
- Umweltgruppen
- Entwicklungspolitische Gruppen

Nach Einschätzung von Stefan Kuhn aus dem Europasekretariat von ICLEI (Internationaler Rat für Kommunale Umweltinitiativen), der die lokalen Agenda 21-Prozesse in Deutschland intensiv begleitet, kommt die Initiative jedoch entweder aus dem Bereich Umweltschutz (und dort vor allem aus der Verwaltung) oder aus der entwicklungspolitischen Bewegung, wobei hier die Kirchen eine große Rolle spielen.

LA21 = Stadtentwicklungsplan?

In einigen Kommunen wird die LA 21 gleichgesetzt mit der Aufstellung eines Stadtentwicklungsplanes. Dies ist durchaus nicht unplausibel, denn es lassen sich breite Überschneidungen mit der »integrierten Stadtentwicklungsplanung« finden, erweitert um einige Aspekte. Es ist wiederum eine Frage der lokalen Gegebenheiten, ob eine Koordination des Agenda-Prozesses durch die Stadtentwicklungsplanung sinnvoll oder problematisch ist. Nur allzu oft steht dieser Teil der Stadtverwaltung für eine Wachstums- und Betonpolitik, die noch aus den 50er Jahren zu stammen scheint. Andrerseits hat sich mancherorts, nicht zuletzt durch den Einfluß rot-grüner Mehrheiten in den Rathäusern einiges geändert – zumal dann, wenn erkannt wurde, daß ein grünes Stadtplanungsamt mit Querschnittskompetenzen u.U. bedeutsamer ist als die Besetzung des Umweltamtes.

LOKALE AGENDA 21 IM LÄNDLICHEN RAUM: DÖRVERDEN

Während die meisten bekannten Lokale Agenda 21-Inititiaven in Städten entstanden, gibt es bislang kaum Ansätze im ländlichen Raum. Zwar mag hier die Überschneidung mit Ansätzen zur eigenständigen oder nachhaltigen Regionalentwicklung sowie der aktivierenden BürgerInnenbeteiligung im Rahmen von Dorferneuerungsprogrammen augenfällig erscheinen. Doch bislang gibt es keinen bekannt gewordenen Prozeß der sich direkt auf die Agenda 21 bezieht und alle Implikationen des Kapitels 28 berücksichtigt. Eine Ausnahme stellt hier vielleicht die Gemeinde Dörverden dar. Der Agenda-Prozeß der aus 9.386 EinwohnerInnen und 10 Ortschaften bestehenden niedersächsischen Gemeinde wurde eher aus der Not geboren. Der Abzug der Bundeswehr bedeutete für die Gemeinde die Notwendigkeit einer völligen Neuorientierung. So wurde zum Teil mit Mitteln der Konversionsförderung das Hannoversche Regionalentwicklungsbüro »Mensch und Region« beauftragt, eine Entwicklungsstudie »Dörverden 2020« zu erarbeiten.

»Mensch und Region« übernahm die Moderation des folgenden Prozesses. In einer ersten Phase wurde eine Bestandsanalyse durchgeführt, zu der Haushalte und Unternehmen befragt wurden sowie Kartierungen durchgeführt wurden. Weiterhin wurden ExpertInnengespräche geführt.

In der Aktivierungsphase wurden zu verschiedenen Themen, Sektoren, bzw. Querschnittsaufgaben Arbeitsgruppen gegründet, zu denen Interessierte eingeladen wurden. Es waren dies die Arbeitsgruppen Gastronomie, Direktvermarktung, Landwirtschaft, Jugend, Frauen, Gewerbe, sowie eine AG zu einem spezifischen Areal in der Gemeinde. Ferner gab es eine »Begleit-AG« und eine »Dach-AG«, in der VertreterInnen aller Arbeitsgruppen zusammenkamen um die Arbeit zu koordinieren und perspektivisch einen Rahmen für den Prozeß zu entwikkeln. Alle Arbeitsgruppen wurden moderiert, konnten jedoch ab einem bestimmten Zeitpunkt eigenständig arbeiten.

Die Arbeitsgruppen erarbeiteten zunächst eine Art Ist- und Potential-Analyse und entwickelten ferner Elemente eines »Leitbildes« (Soll) und mögliche Maßnahmen. Die Arbeit der Arbeitsgruppen wurde mehrfach miteinander rückgekoppelt und mit Hilfe von »Mensch und Region« um den Gedanken Nachhaltiger Entwicklung ergänzt. So wurden unter dem gemeinsamen Leitbild »Nachhaltige Gemeindeentwicklung« folgende Leitlinien herausgearbeitet:

- Nachhaltige Land, Forst- & und Fischereiwirtschaft;
- Förderung einer ökologischen, innovativen Wirtschaft und Energieversorgung;
- Langfristiger Ausbau des Fremdenverkehrs;
- Gemeinwesen- und Kulturförderung;
- Behutsame Siedlungserweiterung;
- Ausbau der kooperativen Verwaltung;
- Ressourcenschutz;

Unter diesen Leitlinien wurden Trends, Leitziele, Maßnahmen zur Bevölkerungsbeteiligung und Werbung, Maßnahmen im regionalen Kontext und schließlich die direkt zu ergreifenden Maßnahmen erarbeitet. Eine BürgerInnenversammlung verabschiedete dieses gemeinsame Leitbild, das schließlich dem Verwaltungsausschuß und Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wurde.

rg

Beteiligung oder breiter Konsens?

Wiederum abhängig von der Frage wer den Anstoß gibt, scheint das Verständnis und die Bedeutung von Partizipation (= Teilhaben, Teilnahme). Die »nachhaltigsten« Prozesse versprechen wohl die zu werden, die es verstehen, verschiedene Formen der Beteiligung miteinander zu verbinden.

So besteht ein Ansatz in einer Form von »aktivierender BürgerInnenbeteiligung«; dies beinhaltet, daß das Interesse zur Beteiligung mitunter erst geweckt werden muß. Volkshochschulen kommt hier eine besondere Rolle zu. Anknüpfend hieran können »BürgerInnen-Foren« eingerichtet werden, thematisch orientiert oder dezentral in Stadtteilen. Ein weiterer Ansatz ist das Zusammenbringen »aller gesellschaftlichen Gruppen« in Diskussionsforen (i.d.R. thematisch) oder Runden Tischen, die einen Konsens erarbeiten sollen. Eine Moderation ist hier, wie bei den anderen Methoden auch, unabdingbar.

Eine weitere Form bilden die »ExpertInnen-Laien-Gespräche«, die professionelle Fachleute und »fachkundige BürgerInnen« mit »normalen Menschen« zusammenbringen. Es mag nun Prozesse geben, die sich darauf konzentrieren, lediglich die VertreterInnen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch zu bringen – dies vernachlässigt die Partizipation und Aktivierung einer breiten Öffentlichkeit. Ebenso mag es Prozesse geben, wo engagierte BürgerInnen miteinander ein Leitbild für lokale nachhaltige Entwicklung erarbeiten – sofern aber wichtige gesellschaftliche Gruppen fehlen, vermag der Konsens nicht breit genug sein, um dem Ergebnis das notwendige politische Gewicht zu geben, um es auch umzusetzen. Alle zu beteiligen und zu einem Konsens zu kommen, ist die große Herausforderung von LA21-Prozessen und verlangt eine Vielzahl von Methoden und Strukturen.

Probleme

Die Probleme bei LA21-Prozessen sind von Ort zu Ort sehr unterschiedlich:

● mangelnde finanzielle Ausstattung.
Wenn sich Kommunen schon überzeugen lassen, einen LA21-Prozesse zu starten, dann soll es nach Möglichkeit nichts kosten. Nur in den wenigsten Fällen werden für den Agenda-Prozeß neue Stellen geschaffen oder gar ein Büro gegründet. Ausnahmen gibt es natürlich, wie z.B. das »Köpenicker Modell«, das von der Bundesregierung gefördert wurde und in dem seit Beginn 1993 insgesamt 85 ABM-Kräfte gearbeitet haben.

Die Folge dieser im materiellen Sinne »Nicht-Wertschätzung« ist, daß die Arbeit ehrenamtlich geleistet wird, bzw. ohnehin engagierte VerwaltungsmitarbeiterInnen noch mehr zu tun haben. Frustration ist mitunter die Folge.

● mangelnde Kooperationsbereitschaft und Widerstand gegen neue Methoden.
LA21-Prozesse verlangen die Bereitschaft zur Kooperation und das Einlassen auf Methoden wie Moderation, Zukunftswerkstätten... Bei vielen »gesetzten« Persönlichkeiten der Kommunalpolitik stößt das auf Widerstand. Schließlich droht man/frau ja seine/ihre Unangreifbarkeit aufs Spiel zu setzten. Um so wichtiger ist eine erfahrene Moderation.

● Widerstände aus Politik und Verwaltung.
Besonders innerhalb der Verwaltung stoßen LA21-Prozesse mitunter auf erbitterten Widerstand – nicht zuletzt deswegen, weil sie alte Politiken in Frage zu stellen drohen. So mancher Betonkopf fürchtet da um seinen Einfluß. Daher wird versucht, alle relevanten Mitglieder der Verwaltung einzubeziehen, um niemanden das Gefühl zu geben, übergangen zu werden.

● Fehlende Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen.
Es bedarf großer Anstrengungen und oftmals eine Unterstreichung der gesellschaftspolitischen Bedeutsamkeit des Agenda-Prozesses, um z.B. Vertreter großer Unternehmen einzubinden. Fehlen solche Gruppen, so kann es später bei der Umsetzung der Agenda zu Konflikten kommen, die im Zweifelsfall den ganzen Agenda-Prozeß in Frage stellen. ●

DAS BEISPIEL MÜNCHEN

In München waren es traditionell gute Verbindungen verschiedener AktivistInnen und Gruppen, die den Lokale Agenda-Prozeß auf den Weg brachten: jeweils einzelne MitarbeiterInnen vom Umweltschutzreferat der Stadtverwaltung, des »Planungsbüros 504«, des Global Challenges Network, eine Bürgermeisterin, die Grünen, der Bund Naturschutz und das Nord-Süd-Forum.

Intensive inhaltliche und strategische Diskussionen dieses Kreises, Gespräche und Vernetzungsarbeit waren ein Teil der Vorarbeit des Jahres 1994. Die Volkshochschule spielte den wohl wichtigsten Part, indem sie im April 1994 zur Initiierung eines LA21-Prozesses einlud und dem neu entstehenden BürgerInnenforum eine Heimat gab. Die MVHS war es auch, die zum öffentlichen Auftakt der LA21 einlud unter dem Motto »Von Rio nach München – auf dem Weg zu einer ökologischen Kommunalpolitik«. Auf dieser Veranstaltung wurden drei Arbeitskreise zu den Themen Energie, Abfall, Verkehr und Siedlungsstruktur ins Leben gerufen. Weitere Seminare und Veranstaltungen zum Thema »Stadt« im Programm der MVHS kamen hinzu.

Aufgrund einer Initiative der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen faßte der Münchner Stadtrat im Mai 1995 den einstimmigen Beschluß zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21. Damit wurde der bereits begonnene Prozeß städtische Aufgabe – was Folgen für Struktur und Organisation hatte. Die bislang völlig in den Händen des an der MVHS angesiedelten BürgerInnenforums liegende Koordination des Prozesses ging über an ein neu eingerichtetes Agenda-Büro der Stadtverwaltung, bestehend aus MitarbeiterInnen des Umweltschutzreferats, einem Kollegen aus dem Planungsreferat und einem externen »coach«.

Die neue Struktur sieht vor, daß die Ergebnisse der Arbeitsgruppen des BürgerInnenforums zusammenfließen mit den Diskussionsergebnissen neu eingerichteter Laien-ExpertInnen-Arbeitskreise. Ein Beirat, bestehend aus wichtigen Personen des gesellschaftlichen Lebens, der dem Gesamtprozeß ein stärkeres gesellschaftspolitisches Gewicht verleihen soll, diskutiert die Ergebnisse der anderen Gremien. Schließlich werden die Vorschläge vom Lenkungskreis, in dem sich VertreterInnen aller Gremien befinden, abschließend diskutiert und dann dem Stadtrat übergeben, der die Lokale Agenda 21 endgültig beschließt.

Faktisch ist der Prozeß längst nicht soweit. Die Arbeitsgruppen des BürgerInnenforums haben ihren ersten Arbeitsschritt abgeschlossen. Derzeit wird die Diskussion dezentral vertieft und versucht, den Konsens zu verbreitern.

Die Hauptprobleme des Münchener Prozesses dürften in vielen Städten ihre Entsprechungen finden:

- Widerstände von Teilen der Kommunalverwaltung gegen den Prozeß insgesamt;
- Fehlende finanzielle Ausstattung des Prozesses und Angst vor finanziellen Belastungen aufgrund seiner Ergebnisse (Umweltvorsorge als Schmankerl, für die kein Geld da ist);
- Ablehnung der Methoden Moderation, Mediation, Zukunftswerkstätten;
- Fehlende Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen; hier insbesondere der Wirtschaft, was für die spätere Umsetzung der Agenda ernsthafte politische Probleme aufwirft.

rg

Anzeige

BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH

telegraph

Ostberlin 4 DM

Der "telegraph" ist das letzte, noch existierende DDR-Oppositionsblatt.
Mit zum Teil einzigartigen Recherchen, geprägt sowohl von antistalistischen wie auch antikapitalistischen Anschauungen, haben wir den Übergang vom einen zum anderen System kritisch begleitet. In den Heften waren und sind unsere Schwerpunkt-Themen unter anderem: Antifa, Rassismus, Kriegsdienstverweigerung, Stasi, Häuserkampf, Internationalismus, Osteuropa, Strukturen von Unten, wirtschaftliche- und politische Machenschaften der neuen und (alten) "Herren" im Lande. Dies alles betrachtet durch die "linke" Ost-Lupe und gemacht von unverbesserlichen Querulanten, die schon zu DDR-Zeiten Reißzwecken im Magen der Herrschenden waren.

»NACHHALTIGE ENTWICKLUNG«

Lokale Agenda 21

Was macht die Lokale Agenda 21 so interessant?

Bundesweit und international scheint die Lokale Agenda 21 als Idee ungeteilten Zuspruch zu ernten – und zwar von allen Seiten. Umweltverbände aller Art und Struktur widmeten in den letzten Monaten in ihren Mitgliederzeitschriften der Lokalen Agenda 21 große Artikel. Entwicklungspolitische Gruppen wurden vielerorts zu Motoren eines lokalen Agenda-Prozesses. »Grüne« KommunalpolitkerInnen und Rathausbeamte bekommen leuchtende Augen, wenn sie von den Riesenchancen »ihrer« Lokalen Agenda 21 sprechen (bei Insidern auch einfach »LA 21« genannt). Alte KämpferInnen aus Bürger-Initativen sehen alte Träume wahr werden. Und wenn man mit denjenigen spricht, die versuchen die lokalen Initiativen zu unterstützen und zu koordinieren, fragt man sich manchmal, ob wir entweder bereits im nachhaltigen 21. Jahrhundert leben oder die AktivistInnen zuviel »Netzwerk-Dope« geraucht haben. Was erklärt die Begeisterungsschreie?

Von Rasmus Grobe, Redaktion JugendUmwelt ● Es geht bei der LA 21 um »Nachhaltige Entwicklung« auf der lokalen Ebene. Dieses Ziel ist durch die Agenda 21 selbst bestimmt. Dieser Begriff ist umstritten und zeichnet sich vor allem durch seine Beliebigkeit aus. Er schafft einen »Scheinkonsens«, der es vermag, viele unterschiedliche Akteure und Positionen unter einen Hut zu bringen – je weniger der Begriff definiert und operationalisiert wird, um so breiter der Konsens. Auf internationaler Ebene ist es praktisch unmöglich, zu einem gemeinsamen Verständnis davon zu kommen, was »Nachhaltige Entwicklung« eigentlich heißt. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß es sich hier um eine politische Auseinandersetzung handelt, die von Interessen und Macht gekennzeichnet ist. Wer aber den (sozialwissenschaftlichen) Diskurs näher verfolgt, wird feststellen, daß sich hier langsam ein Verständnis von Nachhaltiger Entwicklung herauszubilden beginnt, das auch als »integrale Nachhaltigkeit« bezeichnet wird. Nachhaltigkeit (sprich Dauerhaftigkeit) hat demnach eine ökologische, eine (sozio-)ökonomische und eine (sozio-)politische Dimension und diese Dimensionen stehen in gegenseitiger Abhängigkeit.

Im Rahmen eines LA 21-Prozesses scheint es möglich, relativ frei von den Interessenkonflikten, die die internationale Diskussion bestimmen, ein sehr präzises Verständnis von Nachhaltiger Entwicklung zu bekommen, und die »Leerformel« operationalisierbar zu machen. Und die bereits stattfindenden LA21-Prozesse bestätigen dies.

Hinzu kommt, daß häufig ein solches Verständnis von Nachhaltiger Entwicklung unter Partizipation der örtlichen Bevölkerung entwickelt wird. Damit wandelt sich »Nachhaltige Entwicklung« aber vom »Herrschaftsdiskurs« (BUKO) zu einem im wahrsten Sinne des Wortes sehr tragfähigen gesellschaftlichen Paradigma. Es erscheint möglich, den Kompaß der lokalen Entwicklung neu zu orten und von unten an einer ökologisch und sozialen Gesellschaft zu bauen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Partizipation

Die Erstellung der Lokalen Agenda 21 soll unter Beteiligung der Bevölkerung und aller gesellschaftlicher Gruppen erfolgen. Dies ist selbstverständlich Wasser auf die Mühlen all derer, die genau das seit Jahren fordern. Es erklärt vielleicht auch, weshalb in so vielen Kommunen die Initiative für eine LA 21 von Umwelt – oder entwicklungspolitischen Initiativen ausgeht. Sie mag nicht nur das inhaltliche Interesse motivieren, sondern auch die verbriefte Aussicht auf mehr Mitsprache im kommunalen Entscheidungsprozeß. Für all diejenigen, die in Projekten und Initiativen die segnende Kraft partizipativer Methoden entwickelt und erprobt haben, die auf das Konsens-Prinzip schwören, für die »direkte Demokratie« fester Bestandteil ihres Glaubenssystems ist, für die Kooperation und Vernetzung ein Grundprinzip ist – für all diese AktivistInnen muß die LA 21 so etwas wie die politische Anerkennung ihrer Grundüberzeugungen sein. Ferner bedeutet die Ingangsetzung eines LA21-Prozesses eine Rückenstärkung für VerwaltungsmitarbeiterInnen und KommunalpolitikerInnen, die mitunter schon seit Jahren »für das Gute« kämpfen, dabei unter permanenten Druck sind. Ein unter großer öffentlicher Beteiligung erarbeiteter kommunaler Entwicklungsplan besitzt ein großes politisches Gewicht. Und schließlich: der Imperativ der Partizipation für die Erstellung einer LA 21 vermag es unter Umständen, partizipative Ansätze insgesamt zu stärken.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zeit-Ziel-Vorgabe

Die Agenda 21 schreibt vor, daß bis zum Jahr 1996 die Kommunen den Konsultationsprozeß mit ihren BürgerInnen bereits abgeschlossen und eine LA 21 verabschiedet haben sollen. Diese Zeitvorgabe macht Druck und zwar in mehrerlei Hinsicht:

Es ist eine der wenigen Passagen in der Agenda 21, in der ein Zeitziel für eine Maßnahme festgeschrieben ist. Es ist ferner eines der wenigen Zeitziele in der Umwelt- und Entwicklungspolitik überhaupt, das die Möglichkeit zum »Druck machen« eröffnet. Im Juni 1997 findet eine Sondergeneralversammlung der UNO zur Überprüfung der Beschlüsse der Rio-Konferenz statt. Und es ist im Interesse eines jeden Landes – und insbesondere der Bundesrepublik – hier nicht das Gesicht zu verlieren. Es ist darüberhinaus aber im zunehmenden Interesse vieler Städte im »Öko-Wettlauf« nicht den Anschluß zu verlieren. Und die Frage nach dem Stand der eigenen LA 21 entwickelt sich hierbei zunehmend zu einem wichtigen Maßstab.

Stärkung der lokalen Ebene im internationalen Kontext

Was vielleicht besonders bemerkenswert ist: die LA 21 ist eines der wenigen internationalen Dokumente, daß sich direkt an die Kommunen und die lokale Bevölkerung richtet. Dies gibt Kommunen den Freiraum und die Chance, ihren eigenen Handlungsspielraum gegenüber anderen staatlichen Ebenen und im internationalen Rahmen zu stärken. Als Hinweis darauf, daß diese Stärkung real stattfindet, kann vielleicht die starke direkte Mitsprachemöglichkeit der Kommunen auf der HABITAT II-Konferenz in Istanbul gelten. Diese Selbststärkung wird dadurch unterstützt, daß die Kommunen, die selbst LA21-Prozesse auf die Beine stellen, mit Hilfe verschiedener Netzwerke untereinander eng kooperieren. Diese Kooperation hilft nicht nur, von den Erfahrungen anderer zu lernen, sondern garantiert auch, daß der kommunale Prozeß nicht selbstbezüglich bleibt, sondern in einen internationalen Kontext der Solidarität und Gegenseitigkeit gebettet, was der obersten Norm von Nachhaltiger Entwicklung entspricht, nämlich (inter- und intra-generationelle) Gerechtigkeit. Einige LA 21-Prozesse betonen den Nord-Süd-Aspekt sehr stark und entwickeln in diesem Rahmen kommunale Nord-Süd-Partnerschaften.●

INTERNATIONALER RAT FÜR KOMMUNALE UMWELTINITIATIVEN (ICLEI):

Die Stufen eines lokalen Agenda 21-Prozesses:

Bei Lokalen Agenda-Prozessen sind immer wiederkehrende Schritte zu beobachten, in die sich der Ablauf des Prozesses untergliedern läßt. Der Internationale Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) macht folgende Schritte aus, die bei einem LA21-Prozeß zu durchlaufen sind (nach Kuhn, S. / Otto-Zimmermann, K. / Zimmermann, M.: Lokale Agenda 21 für zukunftsbeständige Stadtentwicklung. Forschungsbericht an den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. ICLEI, Freiburg, März 1996):

1. Initiative:
Irgendwer muß die Initiative ergreifen. Sie kann aus der Verwaltung oder von lokalen Gruppen kommen. Damit der Prozeß offiziell wird, muß ein Ratsbeschluß gefaßt werden, daß eine LA21 aufgestellt werden soll, besser noch: daß die Kommune die Charta von Aalborg unterzeichnet.

2. Einrichtung eines Forums
Vorgeschlagen wird die Einrichtung eines LA21-Forums, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind. Dabei sollen auch Gruppen berücksichtigt werden, die bislang noch nicht so in Erscheinung getreten sind. Dieses Forum kann sich aufteilen in thematische Arbeitsgruppen.

3. Leitbilddiskussion
Die Frage »Was heißt eigentlich Nachhaltigkeit für unsere Kommune« ist der Beginn der inhaltlichen Diskussion, die in die Formulierung eines Leitbildes der »zukunftsbeständigen Gemeinde« münden soll. Diese Diskussion soll einerseits von den Mitgliedern des Forums geführt werden, andererseits in der breiten Bevölkerung.

4. Problemanalyse
In diesem Schritt wird das Leitbild der Realität in der Gemeinde gegenübergestellt. Die Probleme werden gesammelt und thematisch gegliedert, ferner ihre Ursachen untersucht.

5. Formulierung von Zielvorstellungen
Aus den gefunden Problembereichen werden Ziele in Richtung Erreichung des Leitbildes formuliert.

6. Prioritäten setzen
In diesem Schritt werden die Probleme gegenüber den Zielen nach ihrer Dringlichkeit gewichtet und gleichzeitig mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen abgeglichen.

7. Handlungsoptionen herausfinden
Die zur Lösung eines Problems möglichen Strategien und Maßnahmen müssen herausgefunden und dargestellt werden.

8. Konkrete Zielwerte festlegen
Die erhoffte Wirkung der Maßnahme soll möglichst genau bestimmt werden, um sie später überprüfen zu können.

9. Bündelung der Maßnahmen in Programmen
Wenn ein Ziel mit Hilfe verschiedener Maßnahmen erreicht werden soll, so können diese in einem Maßnahmeprogramm gebündelt werden. Dazu gehört ein Zeitplan mit konkreten Zielwerten.

10. Integration der Einzelprogramme im Handlungsprogramm
In diesem Schritt werden Leitbild, Zielvorstellungen und Maßnahmeprogramme zusammengefaßt zur umfassenden »Agenda«.

11. Umsetzung des Handlungsprogramms und Überwachung
Die Umsetzung der Maßnahmen umfaßt verschiedene Akteure. Wichtig ist die Beobachtung und Auswertung dieses Prozesses.

12. Änderungen und abschließende Bewertung
Nach der Durchführung werden die Maßnahmen anhand der aufgestellten Zielwerte überprüft. Bei Diskrepanzen sind neue Maßnahmen erforderlich.

Nach Ende dieses Zyklus kann es zu einem erneuten Durchlauf kommen, in der Probleme bzw. Maßnahmen angegangen werden, die weniger große Priorität hatten.

Dieses abstrakte Ablaufschema berücksichtigt allerdings nicht, welche genauen Methoden in den einzelnen Phasen zum Einsatz kommen und auch nicht die z.T. einzuschaltenden Institutionen (z.B. Stadtrat).●

(MÖGLICHE) ZIELE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG (NACH NARET, 1994A)

Ökologische Ziele nachhaltiger Entwicklung

- Erhalt der Tragfähigkeit (d.h. Nutzung der Ressourcen nur in dem Maße, wie sie sich regenerieren können);
- Einsparung von Energie, Nutzung regenerativer Energiequellen, Schaffung von Stoffkreisläufen;
- Erhalt und Schutz von Ökosystemen und Arten;
- Vermeidung negativer Folgen in anderen Regionen durch regionale oder lokale Veränderungen (z.B. Nutzung von Grundwasser);
- Förderung der Vielfalt in der belebten und nicht belebten Natur, Reduzierung von Monokulturen.

Soziale und politische Ziele nachhaltiger Entwicklung

- Schaffung von spezifischen Lösungswegen für spezifische Regionen;
- Aufbau von transparenten Handlungs- und Wirkungsketten, z.B. durch Regionalorientierung und Kooperationsformen;
- Orientierung an der Kleinräumigkeit von Lebens- und Wirtschaftszusammenhängen;
- Herausbildung von dezentralen Entscheidungskompetenzen (Erfahrbarkeit der Folgen des eigenen Handelns);
- Schaffung von inter- und intragenerationellen Beziehungen auf der Ebene von Gegenseitigkeit und Chancengleichheit;
- Beteiligung der Bevölkerung bei Grundsatzentscheidungen über Entwicklungen verbessern;
- Aufbau von sich selbst organisierenden sozialen Netzwerken.

Ökonomische Ziele nachhaltiger Entwicklung

- Befriedigung der Grundbedürfnisse der Region;
- Stärkung des Produktabsatzes aus der Region in der Region;
- Etablierung von regionalen Stoffkreisläufen;
- Förderung ökologisch verträglicher Produkte und Produktionsverfahren;
- Verbesserung des Informationsflusses zwischen Unternehmen, Politik, Verwaltung, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Bürgerinnen und Bürgern;
- Förderung lokaler und regionaler Klein- und Mittelbetriebe.

KRITISCHE BETRACHTUNG

Lokale Agenda 21

Die LA 21 und wir

LA 21 ist lokale Nachhaltigkeit. Wo sind die KritikerInnen? Was soll man denn nun von dieser Lokalen Agenda 21 halten? Die vorangegangenen Artikel mögen den Eindruck erweckt haben, daß sie eigentlich alle gut finden und es dafür auch gute Gründe gibt.

Von Rasmus Grobe, Redaktion JugendUmwelt ● Wo sind die KritikerInnen? Mir sind bislang, ehrlich gesagt, keine solchen bekannt. Das kann sich natürlich ändern. So könnte es sein, daß einige, die dem Nachhaltigkeits-Diskurs kritisch gegenüberstehen, auch die Lokale Agenda 21 suspekt finden. Dies geschieht dann aber aus einem sehr spezifischen Verständnis von Nachhaltigkeit bzw. Nachhaltiger Entwicklung. Ich teile dieses Verständnis nicht. Ich möchte im Gegenteil behaupten, daß die Prozesse, die anläßlich der Lokalen Agenda 21 vielerorts stattfinden, helfen werden, zu einem präziseren und dem Begriff »Nachhaltigkeit« angemesseneren Verständnis dieses Leitbildes zu kommen. Nachhaltigkeit ist keineswegs nur ein Instrument zur patriarchalen Naturbeherrschung, sondern es ist ein normatives Konzept, daß Werturteile verlangt, die sich in einem diskursiven Prozeß erst einmal entwickeln und durchsetzen müssen. Ich möchte überspitzt sogar sagen: Auf der lokalen Ebene (und im Rahmen von LA21-Prozessen) kann Nachhaltigkeit in allen ihren Dimensionen sich als Konzept entfalten. Hier kann die Idee aber auch am ehesten Praxis werden.

»Die Guten« gewinnen

Ein weiterer Vorbehalt gegen die LA21 mag daher rühren, daß Beteiligungsverfahren, die auf einen allgemeinen Konsens abzielen, zumal dann, wenn sie von einer staatlichen Stelle angeordnet wurden, zumindest in dem Verdacht stehen, oppositionelle Gruppen »einzubinden« in das System und sie mundtot zu machen. Dieses Problem kennen wir z.B. von Mediationsverfahren um Müllverbrennungsanlagen oder Umgehungsstraßen.

Doch was haben wir zu verlieren als Gruppen, die das »Gute« wollen? Es zeigt sich in bereits laufenden LA21-Prozessen, daß hier diejenigen zusammenkommen, die »Gewinner« nachhaltiger Entwicklung sind, unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber ziemlich im Regen stehen. Es entstehen lokale Netzwerke, für die die Frage, ob der eine jetzt im Rathaus arbeitet oder bei Greenpeace, wirklich nicht so entscheidend ist. Zum Teil finden hier gute Kooperationen der letzten Jahre ihre Fortsetzung. Nur daß sie nicht nur gestärkt, sondern ihre Aktivitäten gleichzeitig auch legitimiert werden. Wenn man den bisherigen Analysen laufender Prozesse glauben darf, dann zeigt »die Wirtschaft« bislang kaum Initiative. Es ist allerdings eine spannende Frage, ob sich das ändert, wenn die ersten LA21 verabschiedet sind und es um die Umsetzung geht. Denn daß es hier zu Interessenkonflikten kommen kann, ist nicht auszuschließen. Der Prozeß der Erarbeitung der LA 21 vermag es, Bewußtsein zu verändern und die Voraussetzungen zu schaffen für einen generellen Richtungswechsel – von unten!

»small is beautiful« erlebt eine Renaissance

Die Lokale Agenda 21 fügt sich ein in ein ganzes Sammelalbum zahlreicher neuer Ansätze zur Wiederbelebung der Lokalen Demokratie und Ökonomie der letzten Jahre – und verfügt zugleich über das Potential, diese Ansätze zusammenzuführen. Seien dies Tauschringe, EVGs, Stadtteilzentren, BürgerInnenversammlungen.... Neu ist vielleicht der Versuch ein gemeinsames Ziel zu finden, das dem allen Sinn gibt: nachhaltige, lokale Entwicklung.

Wichtig ist, daß durch die öffentliche Diskussion, nicht zuletzt auch durch den offiziellen Status der Agenda 21, die Bedeutung des regionalen Bezuges und der lokalen Ebene gestärkt wird. Die alte Schumacher-Idee »small is beautiful« erlebt eine Renaissance.

Power to the People

Wenn ein LA 21-Prozeß »richtig« eingeleitet wird, dann eröffnet er vielfältige Möglichkeiten, Motivation und Entscheidungsfähigkeit an die Menschen zurückzugeben. Dabei besteht die große Verantwortung derjenigen, die den Prozeß anstoßen darin, die geeigneten Methoden zu wählen. Es geht nicht nur um das bloße Beteiligen »der BürgerInnen«, sondern auf das »Lustmachen« am Sich-Beteiligen, Nachdenken, Diskutieren und Handeln. Darauf zu achten, daß der Prozeß auch wirklich so gestartet wird, kann eine Aufgabe von lokalen Initiativen sein.

Die Verbindung vom Lokalen zum Globalen

Die Lokale Agenda 21 ist ein »gutes« Beispiel der Denk- und Handlungsanforderungen in einer sich globalisierenden Welt. Der alte Spruch »Global denken – lokal handeln« wird mit ihr greifbar. Die Agenda 21, Kapitel 28, trägt die globale Perspektive in Ihrer Eigenschaft als Teil eines internationalen Dokuments bereits in sich. Es mag einmalig sein, daß sich die aus einem solchen Dokument ergebende Handlungsanweisung so direkt in lokale Aktivität umsetzt. Die Lokale Agenda 21 tut aber noch mehr. Sie liefert die Begründung gleich mit. Nachhaltige Entwicklung verlangt das Werturteil, daß unser Lebensstil verallgemeinbar sein sollte – jetzt und in Zukunft. Gerechtigkeit ist die Basis von Nachhaltigkeit. Um das zu verstehen und umzusetzen müssen wir in der Lage sein, dieses einzuschätzen. Dies verlangt eine zugleich globale, als auch vorausschauende Perspektive. Es ist dieses Verständnis vom Handeln »in Raum und Zeit«, daß in eine lokale, nachhaltige Entwicklung Eingang findet. International Gebotenes findet lokalen Niederschlag. Neu ist, rein politisch betrachtet, die Direktheit der Wirkung: die internationale Ebene wendet sich direkt an die lokale Ebene. Was es zu entwickeln gilt, ist der umgekehrte Weg. Nämlich von der lokalen Ebene direkter Einfluß zu nehmen auf die internationale Politik. Denn damit sich dort etwas verändert, bedarf es stärkeren Druck.

Herausforderungen für ökosoziale Bewegungen

Die Lokale Agenda 21 lädt ein zum mitmachen. Das ist gut so und viele machen bereits mit. Doch bei aller Begeisterung darf nicht vergessen werden, daß die kapitalistische Maschine, die über all dem immer schneller schnauft und dampft, nur allzu präsent ist – und zwar global: daß Gerechtigkeit und Ökologie auf nationaler wie internationaler Ebene derzeit ein Rückzugsgefecht kämpfen mit einer alles diktierenden Logik des Standortwettbewerbs.

Es geht somit nicht nur um ein »positives Entwickeln von unten«, sondern auch um das »Bekämpfen« und »Druckmachen«. Und das wird in dieser Welt nicht gerade einfacher. Aus der »Lokalen Agenda 21-Bewegung« läßt sich aber auch hierfür einiges lernen: erstens, daß es notwendig ist, die »integrale Nachhaltigkeit« zu fokussieren, als Ziel zu definieren und zu operationalisieren. Weiterhin, daß es notwendig ist, die »positiven Ansätze« auf der lokalen Ebene miteinander zu vernetzen – international (das WorldWideWeb läßt grüßen). Ferner, daß ökologisch orientierte Initiativen noch enger mit sozialpolitisch orientierten Gruppen zusammenarbeiten müssen – ohne dabei jedoch zu Universaldilettanten zu werden: der eigene Hintergrund bleibt wichtig! Und schließlich, daß eine Präsenz auf allen Ebenen notwendig ist und diese Ebenen innerhalb der Organisationen durchlässig, netzwerkartig und nicht wie noch meist, hierarchisch, sein müssen.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

LITERATUR:

* **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.):** Umweltpolitik, Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, Dokumente, Agenda 21. Bonn 1993.
  Kostenlos beim Umweltministerium. Nichts, was man sich mal eben so durchliest.
* **Deutscher Städtetag:** Städte für eine umweltgerechte Entwicklung, Materialien für eine lokale Agenda 21. Köln 1995.
  Relativ allgemein gehaltene Schrift zur LA21; entspringt einem »Konsens« beim Deutschen Städtetag.
* **Jörg Maier, Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.):** Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen. Die Agenda 21 auf lokaler und regionaler Ebene.
  Lesenswert für alle, die Anregungen kriegen wollen.
* **Kommunale Umwelt Aktion (UAN):** Schriftenreihe der UAN (28): Dörverden 2020. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gemeinde – Agenda 21 im ländlichen Raum – , Hannover 1996. Bezug: Kommunale Umwelt-Aktion, Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover.
  Ausführliche Darstellung des Dörverdener Agenda-Prozesses. Bislang einzige Schrift zum Thema LA21 im ländlichen Raum.

ZUR NACHAHMUNG EMPFOHLEN

Forum Vauban e.V. Freiburg

Das Forum Vauban ist ein Zusammenschluß von Umweltgruppen, Mittelständischen Unternehmen und BürgerInnen, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, in Freiburg auf dem früheren Kasernengelände Vauban einen zukunftsfähigen Modellstadtteil zu entwickeln. Das 38ha große zentrumsnahe Gelände bietet dafür eine einmalige Gelegenheit.

In Arbeitskreisen wurde das Gesamtkonzept erarbeitet. Die darin enthaltenen Lösungsansätze für die Bereiche Energie, Verkehr, Wasser und Abfall, städtisches Leben, Wohnen und Soziales enthalten u.a. Forderungen wie

- Trennung von Stellplatz- und Baukosten,
- stellplatzfreier Stadtteil und Aufbau einer Mobilitätszentrale,
- Niedrigenergiebauweise,
- Offener Bebauungsplan zur flexiblen Weiterentwicklung mit den BewohnerInnen und
- Schaffung einer lebendigen Stadtteilmitte.

Als Träger der Bürgerbeteiligung ist das Forum Gesprächspartner der Stadtverwaltung und zugleich Koordinations- und Anlaufstelle für BürgerInnen. Nachdem die kommunalen Planer für die Bürgerbeteiligung gewonnen werden konnten, hat das Forum eine ehrenamtliche Struktur aufgebaut, die durch die Zusammenarbeit mit professionell arbeitenden Instituten und Fachleuten ergänzt wird. Das geschieht, um für das Konzept eines zukunftsfähigen Modellstadtteils im Planungsprozeß mit der Stadtverwaltung überzeugend argumentieren zu können.

Ein erster Erfolg für die Arbeit des Forums ist die Anerkennung ihres Gesamtkonzeptes als »best practice-Beitrag« für die Habitat II in Istanbul durch das Bundesbauministerium.●

Weitere Informationen:
Forum Vauban e.V., Christian Epp, Tel. (07 61) 40 73 44, Fax 40 73 95

Aus: »Stadtgespräche«, Nr. 1, Mai 1996

ADRESSEN

Neben vielen anderen sind die folgenden Adressen sicher die besten, um einen Überblick zu bekommen:

ICLEI (Internationaler Rat für kommunale Umweltinitiativen)
»ICLEI hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine weltweite Bewegung von Kommunen aufzubauen, die durch konzertierte lokale Aktionen meßbare Verbesserungen der globalen Umweltbedingungen erzielen,« heißt es in ICLEI's Selbstdarstellung. Wenngleich das Hauptklientel von ICLEI eher die großen Städte sind und hier vor allem die Kommunalverwaltungen, so gibt es hier die umfangreichsten Informationen zur LA21. ICLEI arbeitet mit allen möglichen offiziellen Stellen zusammen (EU-Kommission, UN, Bundesbauministerium, etc.). Neben Publikationen betreibt ICLEI eine Internationale Akademie, in der kommunal aktive Menschen in Seminaren und Konferenzen sich fit machen und austauschen in Sachen Kommunalen Umweltschutz.

ICLEI – Europasekretariat
Eschholzstr. 86
D-79115 Freiburg
☎(07 61) 36 89 20
Fax: 3 62 60 E-Mail: 100757.3635@compuserve.com

Informationsstelle Lokale Agenda 21
Die Informationsstelle LA21 versteht sich als die Vernetzungsstelle von Aktivitäten zur LA21 in Deutschland. Sie gehört zum clearing house/Büro für angewandte Zukünfte in Wuppertal und ist seit einiger Zeit in Bonn ansässig. Das Büro ist ansprechbar für alle Initiativen und verfügt über diverse Kontakte in der LA21-Szene und Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Einen guten Überblick über den Stand der LA21 in Deutschland geben die von der Informationsstelle herausgegebenen »Stadtgespräche«.

Informationsstelle Lokale Agenda 21
Agenda Transfer-CAf
Berliner Platz 23
D-53111 Bonn
☎(02 28) 604 61-0
Fax 60461-17

CAf clearing house for applied futures
Büro für angewandte Zukünfte GmbH
Völklinger Str. 3a
D-42285 Wuppertal
☎(02 02) 280 63-0
Fax 280 63 30
E-Mail: caf-al@oln.comlink.apc.org
caf-phm@oln.comlink.apc.org

DOKUMENTATION: EIN OFFENER BRIEF

Stop die Bahn – Stop den Castor!

In diesem Jahr sind wohl doch keine Castor-Transporte mehr zu erwarten. Zu teuer wurde der Begleitschutz und das Land Niedersachsen will die kommenden Transporte ab Frühjahr 1997 rationeller abwickeln. Der militante Widerstand gegen die Deutsche Bahn AG als Castor-Transportunternehmen nimmt zu. CONTRASTE dokumentiert nachfolgend Teile aus dem »Kommunique autonomer Gruppen« vom 8.10.96. Die von der Redaktion aus Selbstschutz gekürzten Stellen im Text wurden mit (...) gekennzeichnet.

This is not a love song

Kaum ein halbes Jahr ist es her, und wieder klappert die Atommafia mit ihrem wackligem Gebiß. Nach dem 2. Castor hätten's gern 110 weitere im Zwischenlager Gorleben. Mindestens einen größeren Transport will die Atommafia noch in diesem Jahr nach Gorleben bringen lassen, wieder mit einem ähnlichen Bullenaufgebot wie im Mai. Doch einige Bundesländer, wie Hessen und Niedersachsen, sind nicht mehr bereit, jedesmal mehrere tausend Polizisten zur Verfügung zu stellen. »Verfassungsbruch« pocht die Atomindustrie, ihr Recht auf Profit sei im Grundgesetz verankert – auch wenn sie dabei über Leichen geht.

Dabei standen ihren Geschäftspartnern bei der Deutschen Bundesbahn noch vor kurzem die Schweißperlen im Gesicht, als umherschweifende Horden energisch an ihrer Pünktlichkeit nagten. Das waren ja Zustände wie in Lateinamerika. Kommt der Zug oder kommt er nicht? fragten sich erschütterte Reisende, während derselbige auf offener Strecke bei Göttingen, Hannover oder Magdeburg ein Päuschen einlegte. Wurfanker, Barrikaden und Blockaden, zerknitterte Strommasten... .

Unkalkulierbar war es im Land trotz Einsatz von 19.000 Staatsbütteln – dem größten Aufgebot in der Geschichte der Bundesrepublik. 10.000 Störenfriede im Wendland, schwänzende SchülerInnen, staatsverdrossene RentnerInnen, eine aufmüpfige Bauernschaft und zum Demontieren von Gleisanlagen aufrufende Hausfrauen.

Noch am Morgen, als der Castor schon in Dannenberg auf dem Tieflader stand, überlegten die Herren, ob sie diesen nicht wieder heimschicken sollen (laut Polizeifunk).

Das Polittheater um den Castor wird wahrscheinlich trotz alledem noch einige Jahre so weitergehen: Die Bosse aus der Atommafia nebst Stoiber in Bayern und Kohl in Bonn sehen den Standort Deutschland gefährdet, Schröder in Niedersachsen fürchtet um seine Wiederwahl, die SPD um ihre Glaubwürdigkeit in Sachen »Einstieg in den Ausstieg« etc.

Es ist an der Zeit, daß wir ihnen bei ihrer Endscheidungsfindung ein wenig nachhelfen! Zu plump sind ihre Lügen, zu Langweilig ihr Geschwätz»»Energiekonsensgespräche«. Dramatisch ringen die Kasperlegruppen darum, ob der Startschuß für die neue Reaktorbrut schon heute oder erst im Jahre 2005 fallen darf. Nach den 90 Millionen für den letzten Castor-Polizeieinsatz schlagen sie jetzt wieder den »Energiekonsens« vor. Aber mal ehrlich, für diesen Konsens lockt ihr doch keinen hinterm Ofen hervor, außer Siemens, RWE und die Deutsche Bank. Macht das mal unter euch aus, aber wundert euch nicht, wie ihr unseren Konsens um die Ohren gehauen kriegt.

Trotz massiver Regierungspropaganda, »Atomkraft ist total ungefährlich«, sind sich ausnahmsweise Zweidrittel der Bevölkerung einig: »Euren Schiet wollen wir nicht«, weder per Luft, per Wasser oder Bahn. Weder in Gorleben, Ahaus, Rußland, noch auf dem Südseeatoll oder auf dem Mars...

Sign of the Times

»Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen« fordern viele und meinen damit längst nicht dasselbe. Die Grünen reden davon seit ihrer Gründung vor 17 Jahren, auch die PDS hat eine ähnliche Forderung im Programm und bei der SPD heißt das Parteiprogramm »Einstieg in den Ausstieg«. Viele Naturschutzverbände und Klimabündnisse verlangen den Ausstieg. Der BUND und die katholische Entwicklungsorganisation Misereor ließen eine umfangreiche Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« anfertigen und belegen darin noch einmal gründlich, warum auf »die Nutzung der Kernenergie verzichtet« werden sollte.

Doch Programme und Sonntagsreden wie am Tschernobyltag haben eine lange Weile. Wenn sie in die Niederungen der Realpolitik hinabsteigen, sind die Parteien eingebunden in den Druck der Wirtschaft und ihrer Klientel aus den Gewerkschaften (bei der SPD), und/oder der Regierungsverantwortung ihrer rot-grünen Koalition bzw. der Technologiebejahung ihrer WählerInnen (so bei der PDS).

In Greifswald, auf dem Gelände des ehemals größten AKW's der DDR, wird ein großes Zwischenlager gebaut und dort soll möglichst der erste ERP-Reaktor gebaut werden, geht es nach dem Willen der SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Höchst pikant dabei ist, daß der Vorsitzende der SPD schon die Möglichkeit einer Koalition mit der PDS ins Gespräch bringt. Die PDS vor Ort bejaht das neue Atomzentrum bei Greifswald. Die Halbwertzeit und Ausstiegsbeteuerung vieler hochrangiger PDS-Funktionäre scheint noch geringer zu sein als bei den Grünen.

Gerade in der Frage des Ausstiegs übernehmen die Grünen in den Länderregierungen in Kiel, Wiesbaden und Düsseldorf die Rolle der FDP: Sie sind die neue (Öko-) Umfallerpartei. Im Bundestag ließen sie im November 1995 durch ihre Abgeordnete Hustedt verkünden »Verantwortung für die Endlagerung von Atommüll zu übernehmen«, vorausgesetzt die Laufzeit der AKW's werde begrenzt. Das liest sich wie der Einstieg in den Ausstieg aus ihrer Forderung nach sofortiger Abschaltung aller AKW's. Der Europaabgeordnete CohnBendit fabuliert bereits von der Notwendigkeit der Atombomben für eine westeuropäische Armee. Und dafür brauchen sie Uran und Plutonium aus Atomkraftwerken.

Viele Anti-AKW-Gruppen werden die Argumente der BUND-Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« wegweisend finden. In der Wuppertaler Studie werden mit einer globalen Betrachtungsweise die ökologischen Folgen der Industriepolitik der Länder des Nordens betrachtet. Die Wuppertaler Wissenschaftler arbeiten heraus, wie die BRD ohne AKW's und ohne Klimakiller bei einem deutlich niedrigeren Energieverbrauch trotzdem ihr Wohlstandsniveau halten kann, ohne daß die Schadstoffe in den Trikont verschoben werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zugleich ist die Studie jedoch in der Frage der dafür notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen reichlich naiv: Die Herrschaft von Kapitalismus und Patriarchat, die letztendlich erst die ökologische Katastrophe heraufbeschworen hat, wird nicht thematisiert.

Der Kapitalismus soll in »Unserem« Deutschland einen Ökokapitalismus transformiert werden, die damit verbundenen einhergehenden Strukturveränderungen mit neuen Massenentlassungen und Umverteilungskämpfen werden aber von den Wuppertalern nicht thematisiert. Statt dessen wird das Allheilmittel in der Ökosteuer gesehen.

Ob und wie das überhaupt gehen soll, »ganzheitliches Denken« dem Kapital beizubringen, diese spannende Frage wird ausgeklammert.

Weltweit 400 Atommeiler wollen erneuert werden, große Absatzmärkte warten im ostasiatischen Raum, ein riesiges Geschäft für Siemens, Westinghouse, Framatome, Mitsubishi. Die Atommafia ist kein nationales Problem.

In den Vorstandsetagen der deutschen Stromkonzerne werden derzeit verschiedene Geschäftsperspektiven entwickelt: Einerseits engagieren sich die großen wie VEBA und RWE mit milliardenschweren Investitionen im Bereich Telekommunikation, andererseits tobt der Streit zwischen den Stromkonzernen über die Frage, ob nach dem Ende der alten Atomreaktoren überhaupt noch eine neue Generation von Reaktoren benötigt wird, wie dem von Siemens und Framatome geplanten »noch sicheren« EPR-Reaktor. Einige Bosse spielen neuerdings mit dem Gedanken, die Atomkraft nach 2010 gänzlich fallen zu lassen, einfach weil andere, konventionelle Kraftwerke dann profitabler sind. Doch der Streit ist noch nicht ausgestanden, zumal dabei auch noch der Siemenskonzern ein Wörtchen mitreden dürfte.

Die Industriegiganten versuchen immer wieder, ihre Lobbypolitik zum Staatsinteresse zu erklären. Selbst wenn sie dort einmal scheitern, sind wir mit ihrer raffgierigen Energie in allen unseren Lebensbereichen konfrontiert. Das jüngste Beispiel dafür ist die Gen- und Biotechnologie, wo die Chemie und Saatgutkonzerne einerseits Milliarden von Forschungsgeldern abzocken und andererseits sich jegliche gesellschaftliche Einmischung in das Was, Wie und Warum ihrer Projekte verbitten.

Eat the Rich

Atomkraftwerke produzieren weltweit etwa 5% des anfallenden Energiebedarfs.

»Ein Nord-Amerikaner verbraucht doppelt soviel Energie wie ein Deutscher, dreimal soviel wie ein Schweizer oder Österreicher, 60mal mehr als ein Inder, 160mal mehr als ein Tansanier und 1100 mal mehr als ein Bewohner von Ruanda (Ostafrika). Die 6% Amerikaner auf der Erde verbrauchen mehr Energie als die zwei Drittel der Weltbevölkerung in den Entwicklungsländern« (Rudolf H. Strahm). Wenn uns jemand erklären kann, mit welchem Recht diese Verschwendung durchgesetzt wird, fressen wir unsere eigenen Wurfanker.

Die Kosten menschlicher Arbeitskraft an der Herstellung eines Paar Nike-Sportschuhe liegt bei 0,1% der Gesamtkosten. Bei Vollbeschäftigung würden wir glatt in einem Ozean von Sportschuhen ersaufen... . Die Durchsetzung fast ausschließlicher maschineller Energie in der Produktion geht direkt auf Kosten von Millionen Menschen nicht nur in diesem Land und hat doch wenig mit dem hiesigen Anti-AKW-Kampf zu tun.

Fast genauso ausgeblendet unter uns ist die Frage, welche Art von Gütern da eigentlich hergestellt wird, wem da Bedürfnisse eingeredet werden und wer daran verdient.

Es ist zwar richtig, wenn manche sagen, daß die Erde genug Ressourcen hat, damit es allen gut gehen kann. Aber daraus zu folgern, daß alles nur ein mehr oder weniger großes Verteilungsproblem sei, ignoriert, daß es zum Wesen der marktwirtschaftlichen Demokratien gehört, Ausbeutung und Unterdrückung aufrechtzuerhalten. Sonst funktioniert dieses System nämlich nicht.

Wieviel Ressourcen werden in der Gen- und Biotechnologie dafür aufgewendet, am menschlichen Erbgut zu manipulieren, Pflanzen und Tiere profitabler zu verwerten.

Mit welcher geballten Herrschaftsgewalt wird zur Zeit die Abschottung des reichen Europas vor Flüchtlingen durchgesetzt, die brutalste Abgrenzung vor den Menschen, die hierher kommen, wo der Ursprung ihrer Armut liegt.

Das seit dem Ende des Realen Sozialismus sich noch schneller drehende Karussell der Globalisierung schleudert immer mehr Menschen auch auf der nördlichen Halbkugel in die Armut und beschert dem internationalen Großkapital immer neue Gewinnrekorde. Die Nationalstaaten bauen in gegenseitigen Wettlauf erkämpfte soziale Rechte ab. Die Skrupellosigkeit der Politik für die Reichen und Superreichen erinnert an die Zeiten des Frühkapitalismus im 19. Jahrhundert.

Unter dem Medientrommelfeuer für den »Standort Deutschland« wird hier gespart an Kindergärten, Jugendzentren, Ausbildung, sozialen und kulturellen Einrichtungen und Projekten, Krankenversorgung. Der politische Roll-Back ist allerorts zu spüren: Die Arbeitszeit wird wieder verlängert, die Massenarbeitslosigkeit zu einer Naturkonstante erklärt und die Profite für die Konzerne und Vermögensbesitzer zum Staatsziel hochstilisiert. Zugleich wird das Geschick der Nation an die Existenz einer weltweit operierenden Bundeswehr gekoppelt. Der Umzug nach Berlin steht dabei für die Wiedererweckung deutscher Vormachtstellung in Europa und der Welt.

Von daher halten wir die Forderung nach sofortiger »Abschaltung aller Atomanlagen« – ohne Bezug auf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung – für zu begrenzt, auch wenn sie allein schon unrealistisch erscheinen mag. Das »Kehren vor der eigenen Haustür« – z.B. Verschiffung des Atommülls ins Südseeatoll – geht wieder zu Lasten der Menschen im Trikont, ändert nichts am Kern der Sache.

We don't want just a piece of the cake – we want the whole fucking backery!?

Wir behaupten immer noch, gerade auch nach dem Scheitern des Realsozialismus, daß ohne eine Überwindung des globalen Kapitalismus, der patriarchalen Herrschaftsverhältnisse, der Anhäufung von Reichtum und Zentralisierung von Macht und Energie in den Metropolen, ein Ende der Unterdrückung und ein Überleben der Weltbevölkerung in Würde nicht möglich ist. Darüber hinaus wäre ein völlig neues Verständnis der Rolle von Wissenschaft und Technologie von Nöten. Die vorherrschende »objektive« Naturwissenschaft hat sich in Europa von Beginn an in den Dienst der (männlichen) Herrschaft gestellt und sie legitimiert. »Das entfremdete Verhältnis des Menschen zu sich und der Natur auflösen« – diese Maxime muß mehr in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt werden.

Ein energiepolitisch schlüssiges oder gar gesamtgesellschaftliches Konzept, um diese hochgesteckten Ziele zu erreichen, haben wir nicht, zumal wir auch selbst an vielen Punkten ein Teil dieser gesellschaftlichen Verhältnisse sind – mitten drin stecken. Problematisch sehen wir in diesem Zusammenhang unsere eigene widersprüchliche Realität – unsere Krise zwischen radikaler Kritik und realer Konzeptlosigkeit. Ein schlechtes Konzept wie die Wuppertaler Studie wird deshalb aber für uns noch nicht zu einem gangbaren Weg!

Wir denken, daß wir die Gesellschaftsstruktur nur verändern können, indem wir den Geist des Widerstandes bewahren: »Eine Chance zur Veränderung haben wir nur da, wo wir uns als Teil einer offenen Kollektivität begreifen, die sowohl im gesellschaftlichen Raum als auch untereinander kämpferisch, kritisch und solidarisch ist.« (Aufruf zum Autonomie-Kongreß, Ostern 95) Dafür gibt es allerdings keinen allein richtigen Weg, wir müssen immer wieder neue ausprobieren.

Die Bewegung gegen den Castor im Wendland ist seit dem letzten Transport so groß wie nie zuvor. Auf der anderen Seite ist die Mobilisierung zum Tag X zur Zeit die einzige, die eine relevante Gegenkraft zum Thema Atomenergie besitzt. Das Wendland und die Anti-Castor-Bewegung sind zwar ein großer Hoffnungsschimmer, um die Atommafia einmal wieder das Fürchten zu lehren, von einem Come Back der Anti-Atom-Bewegung kann aber noch nicht gesprochen werden – die ist unserer Einschätzung nach auch nicht in Sicht.

Der Kampf gegen den Castor ist für uns ein (weder kleiner noch entscheidender) Ansatzpunkt oder auch Versuch, aktiv zu werden. Wir teilen mit vielen Castor-GegnerInnen durchaus die Motivation an diesem Punkt gegen die menschenverachtende Atommacht und für eine ökologisch bewußtere Zukunft einzutreten. Wir betrachten diese Zielrichtung jedoch nicht isoliert von den Ursachen und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wir denken heute nicht, daß sich an der Castor-oder Atomfrage, flachs gesagt, die »Revolution« entzündet -die Systemfrage gestellt ist oder eben eine radikale gesellschaftliche Umwälzung entbrennt. Aber wir halten es für möglich an diesem Punkt Kapital und herrschende Politik ein Stück weit zurückzudrängen, um mit den vielen Menschen, mit den wir hier gekämpft haben und zusammengekommen sind, an anderen Punkten weiterzumachen.

(...)

Gleichzeitig verkennen wir nicht die Stärke der Anti-AKW-Bewegung: ihre Vielfältigkeit, ihre Toleranz und ihren Respekt vor den verschiedenen Aktionsformen. Diesen Respekt teilen wir, denn auch wir leben lange genug in diesem Land, um zu wissen daß die Schritte vom Unbehagen zum Protest und zum Widerstand nicht einfach sind. Jede/r hier kennt die Angst, eine Unterschriftenliste zu unterschreiben, weil das auch nach Jahren noch Konsequenzen haben kann. Und doch muß es einen Punkt geben, an dem Courage gezeigt wird. Daß es genug Menschen in diesem Land gibt, die dazu bereit sind, haben wir im Wendland endlich wieder gesehen.

Wenn tausende wie im Wendland erklären, »eure Gesetze befolgen wir nicht mehr«, hat das politische Wirkung, wenn sich diese Leute dann auch aktiv zur Wehr setzen.

Leider ist bei diesem aufgeplusterten Gehabe von manchen Autonomen von dieser Achtung gegenüber »gewaltfreiem Widerstand« wenig zu merken. An dieser Stelle kritisieren wir Teile der BI Lüchow-Dannenberg, die nach dem Tag X2 die militanten Aktionen agents provocateurs der Bullen zuordneten. Sie unterstützen damit die Medienkampagne, den militanten Widerstand jegliche Legitimation abzusprechen. Dies finden wir nicht gerade nützlich. Aus Angst vor der Stärke und zeitweilig sich immer wieder herstellenden Einigkeit der Anti-AKW-Bewegung lauern unsere Gegner immer auf Möglichkeiten der Spaltung und Befriedung.

(...)

»Autonome« zu sein, heißt für uns

- eine Vielfältigkeit der Mittel, daß wir unsere Aktionsformen sehr unterschiedlich auswählen, je nachdem was angesagt ist, was uns Spaß macht, was wir uns zutrauen, was unseren Wertmaßstäben entspricht, was andere um uns herum tun, was eine Bewegung von Widerständigen stärkt, was die Herrschenden verunsichert, ihren Plänen vielleicht sogar Einhalt gebietet, was ihre Schwächen zeigt wie auch ihre aufgeblasene Lächerlichkeit.
- daß Widerstand nicht so fürchterlich dogmatisch sein muß. Auf weitestgehende Selbstbestimmung legen wir jedoch großen Wert, sei es bei unseren Alltagsproblemen, Utopien und Hoffnungen oder auch bei unseren eigenen Widersprüchen. Wir lassen uns weder in unseren Aktionsformen noch in unserer Organisationsstruktur festlegen – lebendig für uns und unberechenbar für die Mächtigen, das ist unsere Devise!●

Aus: Kommunique autonomer Gruppen (8.10.96)

KONGRESSBERICHT:

Den Opfern ihre Würde geben – oder das Vergessen geht weiter

Ein Kongreß über die offene Verfolgung von Homosexuellen im »Dritten Reich« und die subtileren Formen in der Bundesrepublik Deutschland von heute

Von Roland Röder, Redaktion Saarland ● Die Verfolgung Homosexueller in Deutschland war nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus nicht zu Ende. Sie ging in der Bundesrepublik wie in der DDR weiter. Bis heute weigert sich die Bundesrepublik Homosexualität als Verfolgungsgrund im Nationalsozialismus anzuerkennen. »Wider das Vergessen« nannte sich ein dreitägiger Kongreß in Saarbrücken mit rund 150 TeilnehmerInnen, darunter auch Wissenschaftler und Publizisten aus mehreren Ländern. Hauptveranstalter war die »Landeszentrale für politische Bildung im Saarland«. Drei Tage wurden die gezielt betriebene staatliche Entwürdigung von Homosexuellen, die vom Nationalsozialismus zwar nicht erfunden aber perfektioniert wurde, und bis heute nicht verschwunden ist sowie Gegenstrategien dazu diskutiert. Zentrale Forderung in vielen Diskussionsbeiträgen war die Rückgabe der geklauten Würde und des geklauten Geldes. Um diese Forderung stärker öffentlich präsentieren zu können, einigten sich die TeilnehmerInnen einstimmig auf die Gründung einer »Magnus Hirschfeld Stiftung«, benannt nach dem Berliner Sexualreformer der Weimarer Republik und Streiter für die Bürgerrechte der Homosexuellen. Neben der Entschädigung von noch lebenden NS-Opfern und der rechtlichen Rehabilitierung soll die Stiftung mit ihrer öffentlichen Tätigkeit der Langlebigkeit von Vorurteilen entgegenwirken. Das Finanzministerium in Bonn beispielsweise erklärte noch 1994 (!) die Verfolgung von Homosexualität sei kein Unrecht gewesen.

Die Stigmatisierung von Homosexualität dient der Herrschaftsausübung

»Was spricht gegen eine Entschuldigung des deutschen Bundestags«, brachte es der Moderator einer Diskussionsrunde, Oliver Hilt von Radio Salü, auf den Punkt. Keine Antwort darauf wußte der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Altmaier (Saarland). Die Antwort gab Prof. Georg Hansen von der Fernuniversität Hagen, der in seinem Vortrag auf die Notwendigkeit staatlicher Außenseiterproduktion für die eigene Herrschaftsausübung verwies. »Die Sanktionierung von abweichendem Verhalten ist rational im Sinne von Herrschaftsausübung«, so Hansen. Nur wem ein erfolgreiches Management seines abweichenden Verhaltens bzw. die Unterdrückung seiner Persönlichkeit gelingt – sprich Verleugnung der eigenen Sexualität – kann in staatstragende Positionen gelangen. Staatliche Diskriminierung, so Hansen, wirkt dann am besten, wenn sie von den Betroffenen selber übernommen werden. Dies gilt nicht nur bei diesem Thema.

Mahnmal vor dem KZ Buchenwald. Auch in vielen Gedenkstätten des NS-Terrors wird die systematische Ermordung von Homosexuellen heute noch verschwiegen
Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar/Mirjam Welker

Hansen hält eine staatlich geförderte Homosexuellenphobie nur für vermeidbar, solange es sozialen Frieden gibt und das Projekt der Aufklärung weitergeführt wird. »Andernfalls haben wir zwar einen Frühling – aber keine Garantie vor dem Winter.« Vorurteile bleiben, auch unabhängig von Formulierungen in Gesetzen, über Generationen in den Köpfen von Menschen und sind damit staatlicherseits jederzeit mobilisierbar.

Während der Grünen-Politiker Volker Beck überzeugend für eine kollektive Entschädigung eintrat, um den Homosexuellen das zu geben, was ihnen die Nazis genommen haben, lehnt Altmaier (CDU) und das Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, Michael Kauch, kategorisch ab. Sie sprachen sich dagegen, gemäß der Linie ihrer Parteien zur individuellen Lösung gesellschaftlicher Probleme, für eine Einzelfallprüfung aus. Eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften mit heterosexuellen Beziehungen – im Volksmund meist Familie genannt – lehnte Altmaier am Rande des Kongresses in einem Interview mit dem »Saarländischen Rundfunk« ab.

Barbara Höll, die für die PDS im Bundestag sitzt, blieb es überlassen auf die Verfolgung von Homosexuellen in der DDR zu verweisen. Höll war zuerst nicht für die Gesprächsrunde mit den ParteivertreterInnen vorgesehen; wurde aber nach Intervention der Landesgeschäftsstelle ihrer Partei in die Diskussionsrunde aufgenommen. Die SPD Politiker Peter Gillo (Landtag des Saarlandes) und Elke Ferner (Bundestag) sprachen sich unmißverständlich für eine kollektive Entschädigung aus und signalisierten die Unterstützung für einen Antrag der grünen Bundestagsfraktion zu diesem Thema.

Fazit

Der Kongreß blieb nicht bei der Betrachtung der Vergangenheit stehen sondern benannte auch politische Forderungen für die Tagespolitik, das parlamentarische Geschäft und die publizistische Arbeit. Burkhard Jellonnek, Leiter der saarländischen Landeszentrale für politische Bildung, nutzte als einer der Hauptorganisatoren geschickt seinen institutionellen Spielraum aus. Immerhin hat die Bundeszentrale für politische Bildung in ihrem publizistischen Schlachtschiff, »Das Parlament«, vierzig Jahre lang die Verfolgung von Homosexuellen in Deutschland tabuisiert. Das Hamburger Staatsarchiv betreibt die Tabuisierung offensichtlich weiter und vernichtete in den vergangenen Monaten Millionen Akten aus der NS-Zeit. Erst jetzt ist dieser Skandal nach und nach öffentlich geworden. Nach den Angaben der Historiker Stefan Micheler und Moritz Terfloth aus Hamburg wurde die Aktenvernichtung noch bis April '96 geleugnet, dann Stück für Stück zugegeben. »Wider das Vergessen« war das Motto des Saarbrücker Kongresses.●

Der Artikel erschien zuerst in der luxemburgischen Wochenzeitung »Grénge Spoun«

SAARLAND

Schwarz-grüne Zerreißprobe

Die »Aktion 3.Welt Saar« bekommt jetzt doch Geld. Entgegen alten Gewohnheiten ließen die Grünen die CDU im Regen stehen und stimmten gemeinsam mit der SPD einem Projektantrag der Losheimer Dritte-Welt-Gruppe zu.

Von Daniéle, Weber, Luxemburg ● Schwarz-Grün auf Probe war im Kreistag Merzig/Wadern seit mehr als einem Jahr angesagt. Die Zusammenarbeit mit der CDU hatte die Grünen sogar dazu gebracht, einer örtlichen Dritte-Welt-Gruppe, der »Aktion 3. Welt Saar«, die Finanzierung zu streichen. Der daraufhin entfachte Streit mit der »Aktion 3. Welt Saar« ist nun beigelegt. Vorläufig jedenfalls. Gegen die Stimmen der CDU war am Montag vor einer Woche im Kreistag Merzig/Wadern ein Projektantrag der Dritte-Welt-Gruppe in Höhe von 25.000 DM bewilligt worden. Die LosheimerInnen hatten Geld für den Ausbau ihrer Bibliothek und eine Kokoskampagne beantragt. Dafür stimmten schließlich neben der SPD auch die Grünen, bei denen sich offensichtlich ein Sinneswandel vollzogen hatte. Möglich wurde das durch ein Vermittlungsgespräch zwischen »Aktion 3. Welt Saar« und Grünen, das am 4. Oktober zur Beilegung des Konfliktes zwischen beiden Fraktionen geführt hatte.

Wegen ihrer öffentlichen Kritik an der Saarlandbrigade der Bundeswehr und der deutschen Kurdistanpolitik hatte im Dezember '95 die schwarz-grüne Kollaboration im Merziger Kreistag die institutionelle Förderung in Höhe von 25.000 DM für die »Aktion 3. Welt Saar« gestrichen und in Projektgelder umgewandelt. Projektanträge der LosheimerInnen, unter anderem für eine antifaschistische Veranstaltungsreihe, blieben danach ebenfalls dank schwarz-grüner Zusammenarbeit ohne Erfolg.

Ein Kompromiß soll Ruhe und Geld bringen

Allerdings brachte die große Öffentlichkeit, die die »Aktion 3. Welt Saar« herstellte, zu viel unerwünschte Publicity: Bundesvorstand, EU-Grüne und der saarländische Landesvorstand schalteten sich ein und drängten auf eine schnelle Lösung. Nach zwei Vermittlungsgesprächen einigten sich beide Fraktionen am 4. Oktober schließlich auf einen Kompromiß: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt den vorliegenden Projektantrag der »Aktion 3. Welt Saar«. Im Gegenzug will diese sich »darum bemühen, ihre politische Arbeit der Fraktion der Grünen im Kreistag transparent zu machen und die Aussprache zu suchen«, so hieß es in einer Presseerklärung.

Die genaue Bedeutung dieser Aussage bleibt ebenso unklar wie der eigentliche Ursprung der Auseinandersetzungen. Ziel der jetzt geplanten Dialoge mit den Grünen sei es jedoch nicht, sich politisch reinreden zu lassen, sondern Finanzierungsanträge mit Aussicht auf Erfolg zu stellen, so Roland Röder von der »Aktion 3. Welt Saar«. »Wir wollen Mißtrauen ab- und Vertrauen aufbauen«, erklärt Röder. Das wollen auch Bündnis 90/Die Grünen. Sigrun Krack-Schumann, Landesvorstandssprecherin der saarländischen Grünen, ist überzeugt, daß es »in Zukunft nicht mehr zu großen Auseinandersetzungen kommen wird«. Vergangenheitsbewältigung sei bei dem Treffen kaum betrieben worden, so Krack-Schumann, man habe nicht versucht, herauszufinden, wie der Konflikt derart eskalieren konnte. Um weitere Kommunikationsprobleme zu vermeiden, will der Landesvorstand sich künftig früher in die Verhandlungen einschalten. »Wir hoffen, daß jetzt Ruhe einkehrt«, sagte Sigrun Krack-Schumann.

Ob jetzt die »Aktion 3. Welt Saar« bei Kreistagsbeschlüssen weiterhin auch auf Unterstützung der Grünen im Kreistag zählen kann, etwa wenn es darum geht, die institutionelle Hilfe wiedereinzuführen, ist ungewiß. Jürgen Schreier, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes, rechnet jedenfalls nicht unbedingt damit. »Ich sehe in dem Abstimmungsverhalten der Grünen vom Montag einen Einzelfall«, so Schreier, der auch weiterhin »mit den Realo-Grünen zusammenarbeiten« will.

Die CDU hatte ein paar Wochen vorher ihre Stellung zur »Aktion 3. Welt Saar« unmißverständlich dargestellt: Sie wolle in Zukunft verhindern, daß verbotene Organisationen oder antifaschistische Veranstaltungen durch Steuergelder unterstützt werden, hieß es in einer Presseerklärung.

Die Aussage zu den antifaschistischen Veranstaltungen wurde inzwischen zurückgezogen. Jürgen Schreier: »Die Aktion 3. Welt Saar sollte sich auf ihren eigentlichen Auftrag, humanitäre Projekte in der Dritten Welt zu unterstützen, beschränken.« Und dazu gehörten, so Schreier, nun mal keine antifaschistischen Veranstaltungen.●

Dieser Beitrag erschien in veränderter Form am 12.10.96 in »junge Welt«

Anzeige

POMOLOGIE

»Hochstämme wachsen gut auf Unterlagen wie M 11, A 2 oder Sämling«

Noch Fragen? Ich sitze zu Besuch bei Michael Ruhnau in Bülstedt (nordöstlich von Bremen) im Garten. Gemeinsam pulen wir aus verschiedenen Äpfeln die Kerne heraus.

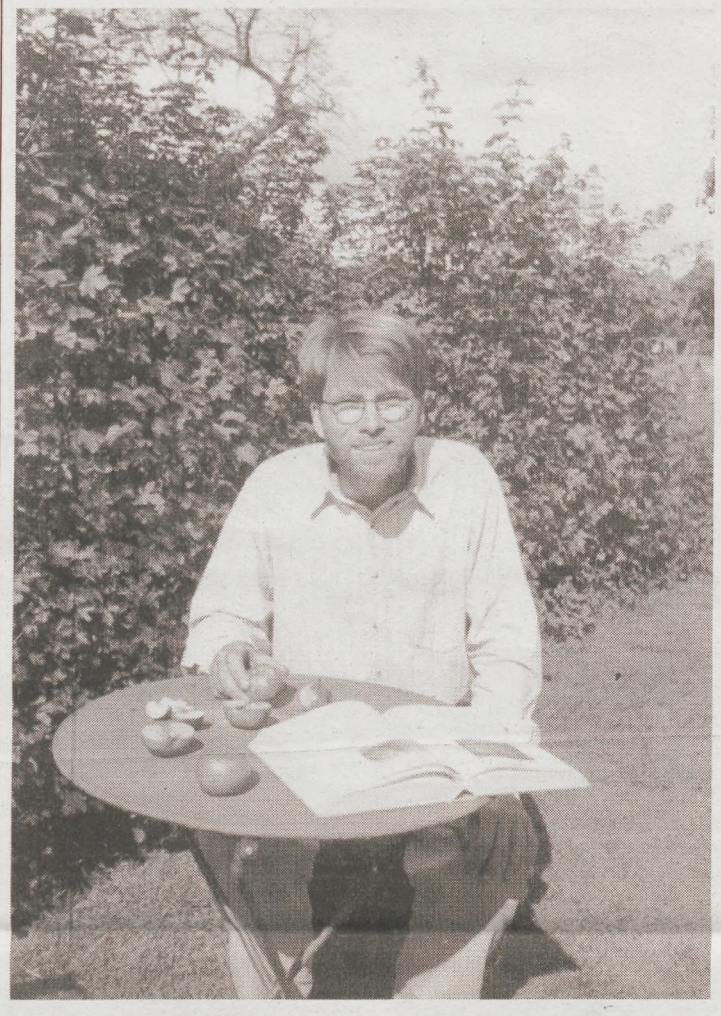
Von Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Der Diplom-Biologe ist Mitglied im deutschen Pomologen-Verein (lat. pomum = Obstfrucht). Eine Mitbewohnerin kommt in den Garten, einen Apfel in der Hand: »Kann ich den essen, oder brauchst Du den noch?« Kopfnicken – in Ordnung. Äpfel sind hier nicht nur Obst sondern Forschungsgegenstand. Ein Drama, wenn mit den aktuellsten Funden der Apfelkuchen belegt würde.

Das moderne Interesse an der Pomologie kommt aus der Naturschutzecke. Die älteren Leute im Pomologen-Verein können damit etwas anfangen, weil sie im konservativen Sinne Interesse an einer Arterhaltung haben. Michael Ruhnau: »Ich finde es angenehm, daß man in Kontakt mit älteren Leuten kommt, die ein enormes Fachwissen haben.« Er hält die Artenvielfalt für ein Stück Kulturgut, das es zu erhalten gilt. Bei der Bestimmung liegt die größte Sortenkenntnis bei Leuten aus den neuen Bundesländern. (Fördert Mangel also doch kulturelle Vielfalt?) Aber selbst die Profis aus Sachsen und Thüringen haben Schwierigkeiten, wenn sie mit unseren Niedersächsischen Regionalsorten konfrontiert werden: Das sind zum Beispiel der Zevener 'Knebusch', der Bremer 'Boikenapfel', die 'Achimer Goldrenette' (die zugleich auch 'Celler Dickstiel' oder 'Krügers Dickstiel' heißt) oder der 'Bremervörder Winterapfel', eine Sorte, die als verschollen gilt.

»Das Thema ist schwierig. Es gibt insgesamt über 1.500 Apfelsorten«, erklärt der Biologe. Kurz nach der Jahrhundertwende war der Höhepunkt in der Obstsortenvielfalt. Aufgrund der Unübersichtlichkeit gab es die tragische Tendenz, diese auf wenige ertragsstarke Sorten einzuschränken. Inzwischen sind viele Sorten ausgerottet worden. Die EG richtete mit ihren Abholzungsprämien für alte Obstwiesen ebenfalls umfangreichen Schaden an. Sie wollte die Überproduktion eindämmen und den intensiven Obstbau fördern. Dadurch ging wertvolles genetisches Material verloren, was zum Beispiel die Krankheitsresistenz alter Sorten angeht.

Der Pomologen-Verein und seine Mitglieder steuern gegen. »Wenn es sich um eine seltene Sorte handelt, schreiben sich die Bestimmer auf, wo der Baum steht und schneiden sich Reiser ab, um damit zu veredeln«, erläutert Michael Ruhnau.

Die Bestimmung ist nicht ganz einfach. Bestimmungsliteratur gibt es kaum. Man findet sie bestenfalls in Antiquariaten zu horrenden Preisen. Der Pomologe: »Man muß anhand der Früchte die Sorte bestimmen. Dazu braucht man mehrere Früchte von einem Baum, die variieren. Eine Frucht von der Sonnenseite ist stärker gefärbt als Früchte von der Schattenseite. Daher ist Farbe auch ein schlechtes Bestimmungsmerkmal. Wichtiger sind die Form des Apfels, die Beschaffenheit von Stiel- und Kelchgrube, der Stiel selbst, die Kerne und deren Form und Farbe. Und anstatt sie zu essen, fängt ein Pomologe dann an, kernepulend die Frucht zu erforschen. Auch äußerliche Merkmale, wie die Schalenpunkte dienen der Bestimmung. So kommt die 'Rote Sternrenette' zu ihrem Namen, weil sie auf der Schale lauter kleine Sternchen hat.



Michael Ruhnau arbeitet beim Bremer Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz mit dem Themenschwerpunkt »Pestizide im privaten Bereich«. Privat beschäftigt er sich mit der Pflege und Erhaltung alter Hochstamm-Obstsorten, die keine Pestizide nötig haben. Foto: Götz Paschen

Und so legt sich jeder, der sich mit Apfelbestimmung beschäftigt, ein Kerneherbar an. Von Apfelsorten, die sicher bestimmt sind, werden also die getrockneten Kerne seitenweise eingeklebt und beschriftet.

Daß es sich hier nicht nur um nutzloses Vergnügen handelt, zeigt die konkrete Anwendung dieses Wissens: Man soll auf eine Obstwiese nicht nur eine Sorte pflanzen, weil Äpfel Fremdbestäuber und die Blüten mit sich selbst unfruchtbar sind. Natürlich tragen bestäubende Bienen auch von fern Pollen heran. Verschiedene Sorten auf einer Wiese garantieren aber bessere Erfolge. Nun pflanzt Du nur Boskop und Gravensteiner auf die Obstwiese, lachst über die Pomologen und wunderst dich, daß es mit der Befruchtung ohne ferngereiste Insekten nicht hinhaut, weil gerade diese Sorten triploid sind. Das heißt, sie haben einen dreifachen Chromosomensatz und dadurch unfruchtbare Pollen. Diploide Sorten, wie der Klarapfel, haben einen doppelten (d.h. vollständigen) Chromosomensatz und sind gute Pollenspender.

Michael Ruhnau erklärt, daß es sinnvoll ist, sich vor dem Kauf der Bäume einige Gedanken zu machen. Sind die Sorten lagerfähig? Sind sie zu unterschiedlicher Zeit reif, daß man den ganzen Segen nicht auf einmal hat? Wofür kann man sie verwenden? Eine gute Zusammenstellung könnte seiner Ansicht nach so aussehen:

'Johansens roter Herbstapfel' ist eine »frühe Sorte« und kann direkt vom Baum gegessen werden. Dazu der 'Altländer Pfannkuchenapfel' – kein exquisiter Tafelapfel, dafür aber ein »guter Saft- und Wirtschaftsapfel für Kuchen, Pfannkuchen ... und ein Lagerapfel«, der erst ab Januar roh schmackhaft ist und bis Mai gelagert und gegessen werden kann. Als dritte Sorte 'Krügers Dickstiel', ein »guter aromatischer Tafelapfel, auch für Kuchen gut«, der bis Weihnachten lagerfähig ist. Als spätblühende Sorte hat man an ihm besonders seine Freude, wenn andere Sorten der späte Frost erwischt hat.

Ein veredelter Apfelbaum besteht meist aus zwei Teilen: Der Edelsorte, die dem Baum den Namen gibt und der »Unterlage«. Der jungen Pflanze wird das Edelreisig seitlich 10 bis 15cm über den Boden eingesetzt und der eigene Trieb vollständig abgeschnitten. Die Sorte der Unterlage / von Wurzelwerk und Stumpf bestimmt den Wuchs des Baumes. Und da der Pomologen-Verein den extensiven Hochstammanbau fördern will, kommen nur starkwüchsige Unterlagen wie Sämling (aus Samen gezogen), A 2 und M 11 in Frage. Das »M« steht hier für Malling, einen Obstzuchtort in Kent (Großbritannien). Und dort wurde in der 11. Reihe diese Sorte gezogen. Eine M 9 ist schwachwüchsig und nur für Intensivobstplantagen gut, denn der Baum bleibt klein und kippt ohne Pfahl um.

Und daneben hat Michael Ruhnau noch einige völlig unpomologische Argumente, die Hochstämme auch als Einzelbäume im Hausgarten attraktiv zu machen: »Das Schöne am Hochstamm ist der Schattenplatz im Sommer. Man kann die Jahreszeiten an ihm verfolgen. Im Winter läßt er im Gegensatz zu Koniferen das Licht durch. Und ein Hochstamm verträgt auch eine Schaukel oder Hängematte im Gegensatz zum Niederstamm.«

Drei Tips für alle, die mehr wissen wollen. Der Verein zum Mitmachen: Pomologen-Verein e.V., Wilfried Müller, Brünlasberg 52, D-08280 Aue/Sachsen (Informationsfaltblatt mit selbstadressierten und frankiertem Rückumschlag anfordern).

Das Buch zum Bestimmen: Herbert Petzold »Apfelsorten«, Neumann-Verlag 1990, ISBN 3-74020075-8, 32 DM.

Der Termin zum Zuhören und Bestimmen-lassen war am 3.11.96: Apfeltag in Ehrenburg/Schmalförden (bei Twistringen) im Gasthof Kasten, 10 bis 18 Uhr, Ausstellung alter Apfelsorten, Vorträge und Apfelbestimmung (3-5 verschiedene pro Baum mitbringen), nähere Information: Tel. (0 54 42) 30 81●

ÖKOLOGISCHES SAATGUT FÜR DEN GEMÜSEGARTEN

Pflanzenvielfalt statt Genmanipulation

Die konventionelle Saatgut-Züchtung wird weltweit von multinationalen Konzernen gesteuert. Sie findet unter den fragwürdigen Bedingungen und Zielsetzungen des konventionellen Landbaues unter Einsatz von Mineraldünger und Pestiziden statt. Moderne Biotechnologien wie Gentechnik und Meristemkultur werden in zunehmenden Maße verwendet. Die Vermehrung der Samen wird wegen des günstigeren Klimas und niedriger Löhne meist in Südeuropa, Afrika oder Amerika durchgeführt. »Dreschflegel« bietet ökologisches Saatgut für den Gemüsegarten an und will mit seiner Arbeit die Sorten- und Artenvielfalt erhalten und vergrößern.

Von Wolfgang Kreimer, Melle ● Seit Jahrzehnten wird auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung, der Sorten- und Artenerhaltung gearbeitet. Mit viel Idealismus und Engagement haben viele Menschen nach Wegen und Methoden gesucht, den Zielen einer ökologischen Landwirtschaft mit großer Arten- und Sortenvielfalt gerecht zu werden. Vieles ist ausprobiert worden und so ist nach und nach immer mehr Klarheit über sinnvolle und brauchbare Umgehensweisen und Zuchtmethoden entstanden. Es sind verschiedenartige Organisationen entstanden, um nach Wegen zu suchen, die gesetzten Ziele zu erreichen und in eine wirtschaftliche Form zu bringen. Z.B. sind Vermehrungsbetriebe gegründet worden, die, jeder nach seiner Ausrichtung, biologisches Saatgut anbauen. Auch die Vermarktung wurde aufgebaut. Eine dieser Organisationen wird hier vorgestellt. Es ist die Betriebsgemeinschaft »Dreschflegel«.

Dreschflegel ist eine Gruppe von Menschen, die sich mit Anbau, Zucht und Vertrieb von biologischem Saatgut beschäftigt. Der Schwerpunkt liegt beim Gemüse, doch bietet Dreschflegel auch Kräuter, Blumen und alte und seltene Kulturpflanzen an.

Das Anliegen von Dreschflegel, biologisches Saatgut zu vermehren, erwuchs aus der Überlegung, daß die Saat die Grundlage für allen Anbau ist. Viele von der Züchtung vernachlässigte alte Sorten und Arten sind wertvoll. Dreschflegel wendet sich diesen Arten mit seiner züchterischen Arbeit besonders zu und will diese erhalten und verbessern. Arten, die im allgemeinen Handel nicht mehr zu finden sind, wie z.B. Spargelerbse, Gelbe Bete, Guter Heinrich u.v.a. werden als Erhaltung der Vielfalt besonders gepflegt. Die angebotenen Sorten sind für Selbstversorgung und Kleingärten ausgewählt, eignen sich aber auch für den Erwerbsgartenbau mit Direktvermarktung. Zu Dreschflegel gehören zur Zeit sieben Vermehrungsbetriebe, die alle gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Die Zuchtziele der Betriebe orientieren sich an den Anforderungen für den ökologischen Landbau:

- breite Krankheits- und Schädlingstoleranz;
- Anpassung an Klima- und Bodenbedingungen;
- Anpassung an die biologische Wirtschaftsweise;
- Beikrauttoleranz;
- Beständigkeit bei klimatischen Streßsituationen;
- gute Erschließung natürlicher Nährstoffquellen;
- gute und sichere Erträge;
- guter Geschmack;
- ansprechendes Aussehen.

Dies wird u.a. durch strenge Auslese und bewußt geschaffene Extrembedingungen erreicht: mäßige Düngung, Bewässerung nur in besonderen Fällen, wenig Pflanzenschutzmaßnahmen und eine auf die jeweilige Sorte speziell abgestimmte Behandlung. Dreschflegel betreibt keine Hybridenzucht, die den eigenen Nachbau ausschließt, sondern bietet nur freiabblühende Sorten an. Auch andere »moderne« Verfahren wie z.B. Gentechnik und Meristemkultur werden nicht verwendet.

Die Vermehrungsbetriebe sind in Mitgliedsverbänden der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau (AGÖL) organisiert und arbeiten biologisch-dynamisch (DEMETER) bzw. organisch-biologisch (BIOLAND und ANOG). Bei Dreschflegel-Betrieben werden alle Arbeiten bis zur verkaufsfertigen Tüte durchgeführt. Es wird Wert auf bäuerlich-handwerkliche Strukturen und weitgehende Unabhängigkeit der einzelnen Betriebe gelegt. Auf den dreimal im Jahr stattfindenden Treffen werden Anbau, Versuche, Versand und Öffentlichkeitsarbeit besprochen und der persönliche und fachliche Austausch gefördert.●

Der Jahreskatalog und die Preisliste sind gegen Voreinsendung von 3 DM in Briefmarken zu erhalten bei:
Dreschflegel, Föckinghauser Weg 9, D-49324 Melle.

DROGENKALENDER 1997

Liebgewonnene Vorurteile über Drogen abbauen – das ist die Devise dieses Kalenders. Hier werden uns Woche für Woche provozierende Häppchen zum Thema Drogen verabreicht – immer locker – unterhaltsam, wie es sich für einen Taschenkalender gehört.

Ob harte oder weiche Drogen, legale oder illegale: Der Umgang mit ihnen und die gesellschaftliche Einstellung zu ihnen werden durch teils erheiternde, teils zum Nachdenken anregende historische und aktuelle Zitate beleuchtet –garniert mit Fakten, aufgelockert durch viele Cartoons und alte Werbeanzeigen (als z.B. Coca-Cola noch Kokain enthielt).

Daß das ganze weder hochgestochen noch langweilig daher kommt, dafür bürgt allein schon der Name des AG SPAK-Autors Henning Schmidt-Semisch (»Drogen als Genußmittel«, »Die prekäre Grenze der Legalität«), der – zusammen mit dem ebenfalls einschlägig bekannten Sebastian Scheerer – die Zitate und Abbildungen zusammengestellt hat: Er versteht es halt, ein umstrittenes Thema pfiffig und provokant darzustellen. dp

Taschenkalender, A6, 224 Seiten, ISBN 3-930830-01-9, DM 14,80 / ÖS 110,- / SFr 14,80
In jeder Buchhandlung, die was auf sich hält – oder direkt bei:
AG SPAK Bücher, Adlzreiterstr. 23, D-80337 München
☎ (0 89) 77 45 71, Fax 77 40 77

Anzeige

Politische Ökologie

Jetzt lesen!

Ökologie der Informationsgesellschaft

Das Informationszeitalter verspricht weiteres Wohlstandwachstum bei gleichzeitiger Entlastung der Umwelt. Doch wer im Netz surft hinterläßt nicht nur virtuelle Spuren. Entlasten Telearbeit, Teleshopping oder virtuelles Reisen tatsächlich die Umwelt? Verringern elektronische Verkehrsleitsysteme den Fahrzeugstrom? Verschärfen nicht vielmehr Millionen ausgedienter Computer das Müllproblem? Und was ist mit der Gesundheitsgefährdung durch Elektrosmog?

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

YCO

CAR SHARING DEUTSCHLAND GENOSSENSCHAFT E.G., FRANKFURT

Die Idee des Teilens – kooperativ und umweltverantwortlich

Die Car Sharing Deutschland Genossenschaft e.G. mit Hauptsitz in Frankfurt wurde jetzt am 10. November fünf Jahre alt. Gegründet im April 1992 agiert sie seit dem November als eingetragene Genossenschaft. Gewählt wurde diese Rechtsform, weil sie sich mit dem Selbstverwaltungsgedanken verbinden läßt. Das Umweltunternehmen ist eines von 20 Pionierbetrieben, deren Erfahrungen im Vorfeld der Tagung Ökologie und Partizipation als Fallstudie aufgearbeitet werden. Die Tagung – organisiert vom Netz – findet 22./23. November im Ökohaus in Frankfurt statt.

Telefon, Computer und viel Kommunikation gehören zum selbstverständlichen Handwerkszeug der Car Sharing Deutschland e.G.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Car Sharing Idee kommt aus der Schweiz. In Deutschland wurde sie vor allem von verschiedenen Gruppen des VCD publik gemacht. Auch die Gründungsmitgliedern der Car Sharing Genossenschaft griffen diese Idee auf und gründeten vor fünf Jahren die Car Sharing Genossenschaft Deutschland.

Ursprünglich sollte das Unternehmen überregional und vor allem auf dem Lande agieren. Dies stieß allerdings schnell auf Grenzen, weil Autoteilen sich auf dem Lande nur schwer rentabel gestalten läßt. Leichter funktioniert es in der Stadt ab 15 oder 16 Autos. Dennoch stand umweltverantwortliches Handeln von Anfang im Vordergrund. Umgesetzt wird es durch die Verringerung des Autoverkehrs. Car Sharing trägt dazu bei, indem die Mitglieder ein Auto nur nutzen, wenn sie es wirklich brauchen.

An der Gründungsversammlung nahmen 36 Personen teil. Heute weist die Genossenschaft etwa 1.000 Mitglieder auf und 1.200 Nutzer. Die höhere Zahl kommt dadurch zustande, daß bei Familien mehrere Personen durch eine Mitgliedschaft die Einrichtungen der Genossenschaft nutzen können. Als überregional tätige Genossenschaft ist sie derzeit in 25 Orten durch eine Geschäftsstelle aktiv.

Schwierige Ökonomie

Angefangen wurde nur mit Car Sharing. Mittlerweile gibt es aber zunehmend weitere Dienstleistungsangebote, um die Kunden stärker an die Idee zu binden. Ein Beispiel dafür ist die Kooperation mit anderen Verkehrsverbundorganisationen. Die Mitglieder sollen bargeldlos Taxi und Bahn fahren können: Ihnen wird erleichtert, ohne Auto zu leben.

Bisher arbeitet das Unternehmen noch nicht kostendeckend. Der Anfangsverlust wird noch vorgetragen, verringert sich aber. Auch das Verhältnis Kosten und Einnahmen befindet sich noch nicht in der richtigen Relation. Dies liegt unter anderem an der überregionalen Tätigkeit des Unternehmens. Die Kommunikationskosten sind dadurch größer, als wenn nur in einer Stadt gearbeitet wird. Zudem ergibt sich dadurch ein größerer Personalbedarf.

Andere Car Sharing Organisationen vermieden solche Anfangsverluste meist durch ausschließlich ehrenamtliche Arbeit. Dagegen bezahlt die Genossenschaft schon von Beginn an Personalkosten. Vermutlich wird die Kostendeckung nächstes Jahr erreicht. 1995 belief sich der Umsatz auf 600.000 DM mit 750 Mitgliedern und 1.000 Nutzern bei 540.000 DM Eigenkapital. 1996 beträgt der Umsatz voraussichtlich 900.000 DM. Dies hängt allerdings noch vom Erfolg verschiedener geplanter Aktionen ab.

Eigenverantwortliches Arbeiten

Die Organisation gleicht in vielem der eines selbstverwalteten Betriebs, auch wenn nicht laufend Plenen stattfinden. Viele der Fragen, die die gesamte Genossenschaft betreffen, werden zwar letztlich vom Vorstand und vom Aufsichtsrat und damit von fünf Personen gefällt. Sie sind von den Mitgliedern gewählt. Über die eigene Arbeit entscheidet aber jeder Mitarbeitende weitgehend selbst.

Der Vorstand gibt im wesentlichen nur den Rahmen durch Leitlinien vor. Ansonsten ist das Büro in Frankfurt so organisiert, daß jeder in seinen Bereich eigenverantwortlich arbeitet. Dies gilt unter anderem für die EDV, die Buchhaltung und das Finanzwesen. Auch die Arbeitszeit wird von den Mitarbeitenden selbstbestimmt. Bedingung ist nur, daß das Büro immer besetzt bleibt.

Der Umwelt- und Selbstverwaltungsgedanke motiviert viele Mitglieder Car Sharing Deutschland Genossenschaft e.G. ehrenamtlich mitzuhelfen. Ausschließlich professionell läßt sich Car Sharing vermutlich nicht verwirklichen. Derzeit sind regelmäßig neun Mitarbeiter bei der Genossenschaft beschäftigt, davon zwei in Vollzeit und sieben in Teilzeit.

Hohe Gruppenautonomie

Partizipation und Autonomie sind in den einzelnen Geschäftsstellen stark verankert. Die Gruppen vor Ort arbeiten eigenständig. Von Managementseite besteht deshalb das Problem, die Gruppen stärker in die Gesamtgenossenschaft einzubinden. Auch muß der Vorstand darauf achten, wieviel Wachstum durch die ehrenamtliche Arbeit überhaupt geleistet werden kann.

Die meisten Mitarbeiter sind der Umweltidee eng verbunden. Ihnen ist bewußt, was das Car Sharing bewirkt. Zu den ökologischen Leistungen liegen mehrere Studien vor. Neben dem ökologischen Argumentationsstrang – Schadstoff- und Lärmreduzierung, Platzschaffen etc. – werden nach außen gleichzeitig die ökonomischen Leistungen von Car Sharing hervorgehoben: Der einzelne spart Geld.

Umweltverantwortliches Management

Die Büros werden nach Umweltgesichtspunkten wie Energiesparen, geringer Papierverbrauch, Abfallvermeidung und -trennung etc. organisiert. Zum Car Sharing System selbst gibt es Richtlinien des europäischen Verbundes (ECV). Danach müssen beispielsweise die Tarifstrukturen so sein, daß die Langstrecken bezogen auf eineinhalb Personen immer teurer sind als die Bahnkosten. Auf diese Weise wird der Umweltgedanke und die Abgrenzung gegenüber der klassischen Autovermietung gesichert.

Nicht zuletzt trug der Umzug in das Ökohaus in Frankfurt mit zur Aktivierung des Umweltmanagements bei. Die Philosophie und das Umfeld dort sind für das Selbstverständnis der Genossenschaft besonders wichtig. Sie motivieren die Mitarbeiter, entsprechend im eigenen Büro zu handeln.

Die zukünftige Aktivitäten in Richtung ökologische »Produktentwicklung« konzentrieren sich auf den Verbundgedanken. Die Zusammenarbeit mit den Taxibetrieben gehört dazu. Ebenfalls die Weiterentwicklung der Idee von Mobilitätszentralen in den einzelnen Orten. Eine Kooperation mit Fahrradbetrieben erscheint bisher allerdings schwierig. Denkbar wäre aber, über die Mobilitätszentralen einen Fahrradverleih zu organisieren. Auch könnten zukünftig Fahrräder für Autostandorte angeboten werden, die weiter außerhalb liegen.●

SOZIALWIRTSCHAFT IN EUROPA

Forum Ernährung: Ökologie und Partizipation gehören zusammen

Wie können Verbraucher in Unternehmensentscheidungen eingebunden werden? Läßt sich durch zwischenbetriebliche Kooperation der Naturkosthersteller ein wirtschaftlich sinnvolles Pfandsystem aufbauen? Auf welche Weise kann der BNN seine Mitgliedsbetriebe bei der Durchführung eines Öko-Audits unterstützen?

Diese und weitere Beispiele sind Thema beim Forum Ernährung auf der Tagung »Ökologie und Partizipation. Zwei Gesichter zukunftsfähigen Wirtschaftens«. Sie findet am 22. und 23. November 1996 im Ökohaus in Frankfurt statt. Veranstalter ist das Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, ein Verband mit rund 1.700 Betrieben und Projekten als Mitglieder. Für das Forum haben ihre Beteiligung zugesagt Herr Oberpriller von der Erzeuger-VerbraucherGenossenschaft TAGWERK, Herr Brzukalla von der AFA-Arbeitsgemeinschaft für Abfallvermeidung und Herr Wagener vom Bundesverband Naturkost Naturwaren Hersteller.●

Programm und Anmeldung:
Netz, Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎/Fax: (0 69) 28 87 16

Das Ökohaus in Frankfurt ist Sitz der Car Sharing Deutschland e.G. Auch die NETZ-Tagung »Ökologie und Partizipation« findet hier am 22./23. November statt.

BUCHBESPRECHUNG

Kooperation für ökologisches Wirtschaften

Unternehmen sind bei der Umsetzung ökologischer Ziele oft vom Verhalten anderer Firmen abhängig, so die Einschätzung von Andreas Aulinger in einem umfangreichen Buch zum Thema »(Ko-)Operation Ökologie«. Er geht in seiner Schrift der Frage nach, wie sich ökologische Unternehmenspolitik erleichtern oder überhaupt verwirklichen läßt. Seine klare Antwort lautet: durch Zusammenarbeit.

Martina Racki, Red. Genossenschaften ● Viele Veröffentlichungen über betriebliche Kooperation liegen bisher nicht vor. Deshalb ist es um so erfreulicher, daß dieses Thema sogar ökologisch gewendet, in einem Buch aufgegriffen wurde. Geprägt wird die Arbeit von Andreas Aulinger durch einen wissenschaftlichen Stil. Entsprechend nehmen Typologisierungen von Unternehmenskooperationen und theoretische Erörterungen über deren Entstehung einen breiten Raum ein.

Erst der dritte Hauptteil der Monographie ist für Unternehmen von Interesse. Er setzt sich mit dem Management von Kooperationen auseinander. Dazu werden Möglichkeiten einer normativen Vorgehensweise aufgezeigt, beispielsweise über die Einbeziehung externer Anspruchsgruppen bei der Formulierung eines ökologischen Leitbildes. Außerdem wird die Ziel- und Strategiefindung im Rahmen betrieblicher Umweltpolitik vorgestellt. Situationsanalyse, Zielbestimmung, Ermittlung der Leistungsmöglichkeiten und die Festlegung der Vorgehensweise bei der Kooperation gehören dazu.

Aulinger versteckt sein politisches Engagement teilweise hinter einer sehr technokratischen managementbestimmten Herangehensweise. Insofern sieht er in der Kooperation die Chance, »Leistungspotentialdefizite« einzelner Unternehmen auszugleichen. Zu diesem Zweck stellt er eine Art Checkliste vor, die zur Aufdeckung verschiedener Defizite bei der Produktentwicklung, Beschaffung, Produktion, Marketing etc. beitragen kann.

Anschließend geht es um die Auswahl einer geeigneten Strategie, um diese Defizite möglicherweise auszugleichen. Unterschieden werden Autonomie-, Kooperations- und Beteiligungsstrategie. Vor allem fünf Felder der Kooperation gilt es dabei abzuklären:

1) Den Gegenstand der Kooperation: Um welche unternehmensbezogenen Leistungen soll es gehen?
2) Die Anzahl der Kooperationspartner: Will ich mit einem, wenigen oder vielen Partnern kooperieren?
3) Die Richtung der Kooperation: Soll mit gleichen, vor- oder nachgelagerten Unternehmen zusammengearbeitet werden?
4) Das Vorgehen bei der Kooperation: Geht es nur um Informationsaustausch oder Absprachen oder wird ein abgestimmtes oder gemeinsames Wirtschaftshandeln angestrebt?
5) Die Organisation der Kooperation: Wird keine separate Organisation angestrebt oder soll die Zusammenarbeit in ein gemeinsames Unternehmen ausgegliedert oder sogar ein Verband gegründet werden?

Für die jeweilige Strategie müssen anschließend geeignete Partner gefunden werden. Auch hierzu werden Anhaltspunkte in Form eines Anforderungsprofils gegeben: Geschäftsfeld, Standort, Betriebsgröße, Unternehmensphilosophie etc. gehören hierzu. Trotzdem bleiben die Ausführungen von Aulinger zu knapp, so daß die dargestellten Überlegungen für die Umsetzung einer konkreten Kooperation großteils unzureichend bleiben.

Vier Fallbeispiele und deren Abgleich mit den theoretischen Überlegungen im ersten Teil des Buches schließen die Arbeit ab. Die ausführlichere Darstellung solcher praktischen Veranschaulichungen hätte der Veröffentlichung gut getan. So bleibt sie vor allem für Kooperationsverfechter von Interesse, die ihre Ideen durch theoretisch-wissenschaftliche Überlegungen vertiefen wollen.●

Aulinger Andreas: (Ko-)Operation Ökologie: Kooperationen im Rahmen ökologischer Produktpolitik, Marburg 1996.

Wer ein stärker praxisorientiertes Buch zu dem Thema sucht, sollte auf eine Veröffentlichung verschiedener AutorInnen der AG SPAK zurückgreifen. Die Untergliederung des Sammelbands in Theorie, Fallbeispiele und konkrete Hilfen zum Aufbau von Vernetzungen erleichtert Initiativen, eigene Strukturen der Kooperation zu entwikkeln.

Burghard Flieger, Bernd Nicolaisen und Rolf Schwendter (Hg.): »Gemeinsam mehr erreichen. Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte«, München 1995.

»SEHNSUCHT UND WIDERSTAND«

Kulturtheorie und »schwarzer« Feminismus

Sehnsucht und Widerstand« von bell hooks, der amerikanischen »schwarzen« Feministin und Professorin für englische Literatur ist eine Sammlung von Aufsätzen, die 1990 in einem Buch in den USA veröffentlicht wurde. In ihr schneidet die Autorin eine Vielzahl von Themen an, die von »schwarzer« Geschichte und »schwarzem Geschichtsbewußtsein« über Kulturtheorie und das Verhältnis von »schwarzem« und »weißem« Feminismus bis hin zur öffentlichen Aufnahme und Diskussion von populären Filmen schwarzer Regisseure reichen. Zweiter wichtiger Strang ist Medien- und Kulturindustrie und wie diese Rassismus und Sexismus darstellen und welche wichtige Rolle sie bei der Herausbildung von Denkweisen spielen. Alle Aufsätze thematisieren die Konfliktfelder aktueller Diskussionen um und die Realität von Rassismus, Sexismus und Kapitalismus.

bell hooks legt viel Wert auf »Postmoderne«, arbeitet oft mit diesem Begriff, ohne sich näher mit ihm auseinanderzusetzen. Ihn nur in Verbindung mit der wachsenden Bedeutung von Kultur und Medien zu bringen (S. 22), erscheint mir zu kurz gegriffen. Diese fehlende Klarheit ist ein großes Problem, oder aus postmoderner Sicht, die weniger theoretische Sicherheiten kennt, konsequent. hooks wendet sich gegen essentialistische Sichtweisen, die ein wesentlicher Bestandteil von Rassismus und Nationalismus sind, und davon ausgehen, daß Denkformen und Verhaltensweisen einer bestimmten Gruppe der Ausdruck von deren angeblich existierendem »natürlichen Wesen« sind. Gleichzeitig benutzt sie Begriffe wie »Volk« oder »schwarze Gemeinschaft«, die nichts anderes als essentialistische Zuschreibungen sind. Das ganze Buch durchzieht untergründig eine Sehnsucht nach dem »Authentischen«, das vor allem in der Vergangenheit anzutreffen sei und verklärt wird. hooks tritt für eine Verbindung von Identität und Politik ein, für die soziale Liebe unter den »Schwarzen«: »Es besteht ein grundlegender Unterschied zwischen dem Verwerfen der Idee, daß es ein schwarzes »Wesen«, eine schwarze »Essenz« gibt, und der Erkenntnis, wie sich schwarze Identität in der Erfahrung von Exil und Kampf auf besondere Weise gebildet hat« (S. 50).

Ein weiteres Beispiel für konservative Positionen ist Cornel West, ein bekannterer »schwarzer« Intellektueller. Er argumentiert in einem Gespräch mit hooks vehement gegen Drogen, dies nicht etwa mit sozialen oder ökonomischen Argumenten, sondern damit, daß durch Drogenkonsum die Fähigkeit »wertvolle menschliche Beziehungen zu pflegen, geschwächt« (S. 213) werde. Dazu paßt, daß West behauptet, es laufe derzeit in Amerika für »uns als Volk« (!) darauf hinaus »mit Gott und bei Trost (zu) bleiben oder ohne Gott und Selbstmord« (S. 211). So sprechen hooks und West als »zwei progressive Schwarze der Linken« (ebd.), die »an Gott glauben« und davon ausgehen »Dieser Glaube beseelt unsere Botschaft« (ebd.).

Im Verhältnis Ökonomie und Kultur tritt hooks für eine Verbindung ein: Populäre Kultur könnte sehr wohl der zentrale zukünftige Ort des Widerstandskampfes sein, gleichzeitig ruft sie immer wieder die alten Begriffe der Moderne – wie Herrschaft, Ausbeutung, Schmerz – zusätzlich zu den postmodernen Sichtweisen und Wörtern – Sprache, Differenz, »das Andere«, Kultur, ... – ins Gedächtnis. Sie macht den derzeitigen Trend zur Kulturalisierung von Politik mit, wenn auch nicht ganz bis zum Ende. Heute werden Bücher als Steinbrüche gelesen, jedeR zieht sich das heraus, was er oder sie gerne herausliest. bell hooks' Buch lädt dazu gerade ein.●

Bernd Hüttner

bell hooks: Sehnsucht und Widerstand. Kultur, Ethnie, Geschlecht; Orlanda Frauenverlag 1996, 234 S., 36 DM

AUTONOME MEDIEN

20 Jahre radikal

Am 18. Juni 1976 erschien die erste Ausgabe der *radikal*, einer Zeitschrift, die heute eine der wichtigen und weitverbreitetsten der autonomen Linken ist. Dieses Jubiläum und die Notwendigkeit der Repression entgegenzutreten, die seit den Durchsuchungen im Juni 1995 stattfindet, nahmen vier linksradikale Verlage zum Anlaß, einen Sammelband zu 20 Jahren *radikal* und zu »Geschichte und Perspektiven autonomer Medien« (so der Untertitel) herauszugeben. Der historische Abriß zur Geschichte der *radikal* ist in drei große Blöcke unterteilt, die mit die Geschichte eines Teils der radikalen Linken widerspiegeln: Von 1976 bis 1980 ist *radikal* die »Sozialistische Zeitung für Westberlin« (so der damalige Untertitel) und das Organ einer breiten Strömung irgendwo zwischen Alternativbewegung und -projekten, linken Parteien und Bewegungen und den militanten Gruppen. Ab 1980 weitet sich die Häuserkampfbewegung nicht nur in Berlin aus und die *radikal* wird zur »Zeitung für unkontrollierte Bewegung«, so einer der damals oft wechselnden Untertitel. In diese Phase, die bis zum Ende der Häuserbewegung ab 1982 und der Illegalisierung der *radikal* 1984 reicht, fällt auch der Beginn der bundesweiten Verbreitung.

Der dritte und bis heute andauernde Abschnitt ist der der *radikal* als auflagenstarker bundesweiter autonomer Zeitung mit verdeckter Struktur und Redaktion. Diese letzte Phase wird in einem Artikel, der von zwei Männern aus der *radikal* geschrieben wurde, noch einmal in weitere Abschnitte unterteilt: in den Wiederaufbau der Strukturen nach der zweiten großen Repressionswelle 1986, in die Pause 1987 in der kein Heft erschien, in eine stabile Phase 1988/89 und den entstehenden Konflikt um die Inhalte, der sich ab Ende der 80er Jahre abzeichnete. In dieser letzten Phase beginnt auch die vermehrte und gewollte Veröffentlichung von redaktionellen Artikeln. Die inhaltlichen Konflikte der radi-Redaktion und der sie tragenden Struktur werden erstaunlich offen thematisiert: Sollen z.B. hauptsächlich zugeschickte Artikel und, aufgrund der verdeckten Erscheinungsweise, Bekennerschreiben und Anleitungen veröffentlicht werden. Oder soll die Redaktion vor allem selbst Artikel verfassen oder auswählen und damit in gewissem Sinne »zensieren«? Dieser Konflikt ist immer noch ungelöst, es läßt sich aber ein Übergewicht der ersten »Fraktion« erkennen und schlußfolgern. Ein kurzer Artikel thematisiert die Situation von FrauenLesben in der Struktur und die Präsenz von FrauenLesben und ihren Kämpfen in der Zeitung. In diesen »historischen« Beiträgen werden immer wieder Artikel aus der *radikal* dokumentiert.

Die zweite Hälfte des Buches handelt von mit autonomer Medienproduktion und der Repression gegen die *radikal* zusammenhängenden Fragen wie Flucht und Exil, Zensur, verschiedene Begriffe von Öffentlichkeit und enthält ein Interview mit einem der vier Genossen, die am 13. Juni 1995 festgenommen wurden und heute in Freiheit auf ihren Prozeß warten.

Dieser Block enthält auch ein ziemlich nichtssagendes Streitgespräch zwischen verschiedenen Medienschaffenden aus den autonomen Bewegungen. Ferner gibt es hier einen überfliegerhaften Schnelldurchlauf durch »die« autonome Medienlandschaft (»Subversives Blätterrauschen«), ein umfangreiches, wenn auch nicht fehlerfreies oder vollständiges Adressverzeichnis und einen kurzen Artikel zu Frauen-Lesbenzeitungen (ebenfalls mit Adressverzeichnis). Die Verzeichnisse und der Blätterrauschen-Artikel machen deutlich, daß es trotz allen Lamentierens noch eine große thematische und regionale Vielfalt in der autonomen Presselandschaft gibt und sind auch ein Beitrag zur Geschichtsschreibung autonomen Publikationswesens.

Es fällt auf, daß Erfahrungen und Positionen aus dem ehemaligen Reichsbahngebiet im Buch keine Rolle spielen – weder aus der Zeit vor, noch nach dem Anschluß der DDR. Durch das starke Übergewicht von »West«geschichte und -Erfahrungen werden die im Vergleich höchst unterschiedliche Situation von autonomen und subkulturellen Szenen im sog. Westen und »Osten« ausgeblendet und damit leider nicht diskussionsfähig gemacht.

Das Buch gibt die Möglichkeit, sich über die Geschichte und die Zeitung sehr ausführlich und abwechslungsreich zu informieren. Es reizt zum Schmökern und es gibt Einblick in die Bedingungen und Probleme autonomer Medienproduktion und weckt für diese Verständnis. Denn eine Zeitung kritisieren ist weit leichter, als eine bessere zu machen. Auch die radikallinken MedienkonsumentInnen sind eben meist KonsumentInnen und nicht Mitwirkende am medialen Geschehen. Das Buch löst den selbstgesetzten Anspruch zu »Perspektiven« zu berichten, nicht ein. Wie der Graben zwischen derzeitiger Theorie und Praxis überwunden werden soll, ja in welchen Formen – zu denen Medien mit gehören – »autonome« Theorieproduktion – die von vielen Stimmen im Buch gefordert wird -, denn stattfinden soll, dies bleibt weiterhin unklar. Die Wege zwischen ritualisierter Antifa-Politik und akademischen Gender- und Cultural-Studies (wie sie etwa die Zeitschrift »die beute« betreibt) am anderen Pol gilt es also auch weiterhin zu suchen und in tätiger Aneignung zu beschreiten. Das Dilemma, daß Zeitungen, die nahezu alle zugesandten Beiträge veröffentlichen, den Trend zur Langeweile haben und andererseits die Theoriemagazine hohe Anforderungen an die AutorInnen stellen und deswegen gewollt viele vom Schreiben abschrecken, wird die autonome Bewegung noch länger begleiten.

Hier ist die *radikal* mit ihrem Kompromiß ein passabler Ausweg. Sie bringt neue Gedanken ein, beschäftigt sich mit Geschichte *und* versucht ein Abbild der Bewegung zu sein. Die Diskussion um die Konzeption geht aber weiter: in der im Juni erschienenen radi Nr. 154 kündigt die Redaktion einen »längeren Block zur internen Zeitungsdebatte« für die Ausgabe 155 an. Mann und frau darf gespannt sein!●

Bernd Hüttner

20 Jahre radikal; Bezug: Verlag Libertäre Assoziation, Lindenallee 72, 20259 Hamburg oder im Buchhandel; 240 S., 29,80 DM

radikal 154, Juni 1996, 100 S., 6 DM plus Porto (Bestellmodus: Äußeren Umschlag mit: Ravage, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 TN Amsterdam beschriften; inneren Umschlag, der die Bestellung und 10 DM pro Heft enthält, mit Z.K. beschriften und in den äußeren packen)

Spendenkonto für Prozeßkosten:
Rote Hilfe e.V., Konto 719 007 56, bei Berliner Sparkasse, BLZ 100 200 00

STADTBUCH MÜNCHEN

Der Titel ist im Grunde irreführend, denn was stellt man/ frau sich unter einem »Stadtbuch« vor? Doch wohl einen Stadtführer im herkömmlichen Sinn und insofern etwas, was nicht der Rede wert wäre. Das neue »Stadtbuch München« ist aber etwas ganz anderes als diese geschwätzigen Zeitgeist-Reiseführer, die den BildungsbürgerInnen auf Stippvisite in der »Weltstadt mit Herz« die Stichworte für das kulturelle Pflichtprogramm liefern. Das »Stadtbuch« aus dem Andreas-Bohl-Verlag ist eigentlich mehr ein Nachschlagewerk für Leute, die länger oder öfter in München weilen wollen. Solche Menschen brauchen profunde Informationen über alle relevanten Initiativen, Probleme und Möglichkeiten, die die »Bonzenstadt« trotz allem denjenigen bietet, die ihre politischen Tassen noch im Schrank haben und aktiv werden oder bleiben wollen.

Nicht an der Fassade, dem offiziellen Selbstbild der Stadt sind die AutorInnen des 450-Seiten-Buches interessiert, sondern am Untypischen, den Randerscheinungen, den Minderheiten, der Subkultur und jenem amorphen Gebilde, das man »Szene« oder wie auch immer nennen kann. »Vielleicht entspricht dieses Kaleidoskop aus Szene-Splittern am besten der momentanen Situation der Linken (nicht nur in München«), heißt es im Vorwort. Und was sich in dem Handbuch der Landeshauptstadt dann findet, übertrifft sicher die Erwartungen von SkeptikerInnen gegenüber linker Selbstdarstellung.

Zunächst liest man auf den ersten hundert Seiten etwas zur weitgehend vernachlässigten Geschichte der Arbeiterbewegung, der Münchner Räterepublik und des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, der schon sehr früh, um nicht zu sagen von Anfang an, und durch alle sozialen Schichten und weltanschaulichen Richtungen von Menschen und Gruppen getragen wurde, die für den offiziellen Gedenkkanon der Bundesrepublik nicht taugen. Diese Leute, ob nun Kommunisten wie Hans Beimler, Sozialdemokraten wie Franz Faltner oder katholisch geprägte Leute wie Walter Klingenbeck, haben ihre antifaschistische Überzeugung mit dem Leben bezahlt und sind weitgehend vergessen oder verschwiegen. Insofern sind die kundigen Beiträge von Guido Schmidt, Günther Gerstenberg, Friedbert Mühldorfer, Resi Huber und Martin Löwenberg eine spannende Lektüre, die den/die LeserIn zur Vertiefung des eigenen Wissens anregt.

Auf den 250 Seiten »München von A-Z« sind zahllose mehr oder weniger lesenswerte Artikel über wirklich alle nennenswerte Themen versammelt: Von Alleinerziehenden, alten Menschen, Arbeitslosen und Behinderten, Atompolitik, Esoterik, Techno, jüdisches Leben, Schwulen, Lesben, Gesundheit, Jugend über Kriegsdienstverweigerung, Verkehrspolitik, StudentInnen, Medien, Wohnen und Drogen bis hin zu Frauenorten, Kindern, staatlicher Gewalt und Musik. Besonders erwähnenswert sind die Beiträge zum »Abschreckungsprinzip« in der bayerischen »Flüchtlingsbekämpfungspolitik«, zur staatlichen Gewalt und entsprechenden Selbsthilfe. Wichtig für Hilfesuchende und Hilfsbedürftige ist auch die ausführliche Einführung »in die Strukturen des Münchner Sozialreferates«. Hochinteressant auch Chaim Franks Kapitel über jüdisches Leben im München der Nachkriegszeit und jüdische Friedhöfe. Und schließlich seien noch die Beschreibungen der wichtigsten Münchener Stadtteile Haidhausen, Giesing, Neuhausen, Westend und Gärtnerplatzviertel, aber auch der liebevolle Abgesang auf Schwabing und die Studie über das städtische »Schmuddelkind«, die riesige Trabantenstadt Neuperlach hervorgehoben.

Man mag in manchen Punkten nicht mit den einzelnen AutorInnen der knapp gehaltenen Texte übereinstimmen, geeignet für eine Diskussion oder zum Widerspruch anzuregen sind sie allemal. Ein sehr guter Adressenteil macht das ganze zu einem linken sozialen Telefonbuch erster Güte, während das Schlagwortregister wenig bringt. Konzentriertes Lesen wird durch eine Menge Stilblüten (»... schwirren um die nächtlichen TollWood-Feuer wie die Maden um den Speck...«) und vertiable verbale Stolperschwellen («... die ihre Moral geschärft hatte an den Erkenntnissen der Naziverbrechen ihrer Väter...«) aufgelockert, damit das ganze nicht zu bierernst wird. Im Ganzen ist es hier gelungen, ein brauchbares und vielschichtiges historisches, soziales und politisches Kalendarium zusammenzustellen, daß sich jedeR kaufen kann, der/die mehr oder alles oder das Entscheidende über seinen/ihren Aufenthaltsort erfahren will.●

Friedrich C. Burschel

»Stadtbuch München«, Andreas-Bohl-Verlag München, 446 S., 19,80 DM, ISBN 3-980-1594-50

»MULHER DA VIDA«

Wer denkt bei Rio de Janeiro nicht an Hitze, Haut und Körper? Und bei Prostitution in Lateinamerika nicht an Armut und Ausbeutung? Medien hier wie dort malen das Bild der Sexsklavin, die ihren Verhältnissen nicht zu entrinnen vermag – Hurenorganisationen hingegen überzeichnen in Abwehrreaktion dieses Klischees schnell mit dem der selbstbestimmten Prostituierten. Immer noch finden sich kaum realistische Beschreibungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von Huren.

Mit ihrem Buch »Mulher de vida – Frauen des Lebens, Brasiliens Prostituierte im Widerstand gegen Stigmatisierung und Repression« ist es Friederike Strack gelungen, genau ein Stück jener Lücke zu füllen, die zu Schließen notwendig ist, um keinen Platz für die altbekannten Mythen von Verdammung und Idealisierung zu lassen. Ihre sachliche Darstellung stellt dabei nicht die Prostituierten selber in den Mittelpunkt, sondern das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu Prostitution. Auf die Wiedergabe der Positionen von Sexarbeiterinnen legt sie jedoch großen Wert, um ein Gegengewicht zu paternalistischen Strukturen zu schaffen.

Strack versteht Brasilien als ein Beispiel. So erstellt sie im ersten Teil ihres Buches einen umfassenden Überblick über theoretische Erklärungsansätze von Prostitution sowie über die weltweit angewandten politischen Strategien im Umgang damit: von der Kontrolle über das Verbot bis zur Abschaffung der Bordelle. Dabei werden auch historische Tendenzen aufgezeigt, so daß das Buch nicht nur für speziell Brasilien-Interessierte einen hohen Informationswert besitzt.

Bereits die Existenz dieser Theorien und die Tatsache einer gesonderten Stellung von Huren abseits des bestehenden Arbeits- und Strafrechts versteht Friederike Strack als Diskriminierung.

»Die Identität zwischen der Verbrechernatur und der Dirnennatur ist auf anatomischem und psychologischem Gebiete so vollständig wie nur möglich, beide sind identisch mit dem Typus des sittlichen idiotischen Degenerierten, und somit auch aneinandergleich«, heißt es in einer der ersten Untersuchungen über Prostitution aus der Zeit um die Jahrhundertwende, die jedoch bis heute Einfluß ausübt. Neben diesen biologistischen Erklärungsansätzen bestehen die psychoanalytischen, welche Sexarbeiterinnen als frigide und lesbisch sowie als feindselig gegenüber Männern beschreiben; häufig werden Mißbrauchserfahrungen als Ursache vermutet. Und auch bei ökonomischen Ansätzen werden Frauen lediglich als passive Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse stigmatisiert und nicht als Akteurinnen gesehen, die die Geschlechterhierarchie durch ihr Verhalten in Frage stellen.

Ganz im Gegensatz dazu eine Tendenz innerhalb der feministischen Theorie, nach der Prostituierte sich über die männerdominierte Weltordnung bewußt sind und diese sich zu eigen machen, indem sie sich ihre Dienstleistung, den sexuellen Akt, bar auszahlen lassen. So bewahren sie sich ihre Unabhängigkeit, während sich die Ehefrauen gerade durch die Ignoranz gegenüber ihrer Rolle völlig dem patriarchalischen System unterwerfen. Andere Teile der feministischen Bewegung wiederum bekämpfen jede Form von Sexarbeit, weil Sexarbeiterinnen entweder als Verräterinnen oder als Opfer gesehen werden.

Der zweite Teil des Buches berichtet über die alltägliche Diskriminierung in Brasilien, der dritte über Widerstandsformen von Sexarbeiterinnen am Beispiel Rio de Janeiros. Auch hier reicht die Darstellung bis ins vergangene Jahrhundert zurück. Die oft sehr eindrücklichen Beschreibungen machen deutlich, daß dem Buch ein monatelanger Studienaufenthalt in Rio de Janeiro zugrunde liegt. Das Rotlichtviertel »Vila Mimosa« wird der/dem LeserIn im Verlauf des Buches vertraut: Seine Glanzzeiten, die stetigen Veränderungen und die Vertreibung und Folterung von Prostituierten durch die Polizei. Die Huren selber, und hier insbesondere die Aktivistin Gabriela Silva Leite, treten so klar vor Augen, daß die Mythen verblassen. Damit folgt die Autorin den Worten Leites: »Prostitution darf nicht verneint werden, sondern ihr muß Würde verliehen werden« – Würde durch das Recht auf eine unverzerrte Darstellung, im Gegensatz zur Einteilung in »gute und schlechte, arme und reiche oder selbstbewußte und verzweifelte« Prostituierte, wie es Monika Hofmann von der Hurenorganisation Hydra im Vorwort formuliert und fragt: »Woher nimmt die Gesellschaft das Recht und die Arroganz, Huren die Fähigkeit zur freien Entscheidung und Selbstbestimmung abzusprechen?«

Die Autorin stellt nicht nur dar, sondern hinterfragt und kritisiert. An manchen Stellen hätte ich mir allerdings noch mehr Informationen gewünscht, an machen etwas mehr Zurückhaltung bei der Darstellung mit der Kritik.

Leider ist an einigen Stellen zu spüren, daß es sich um eine überarbeitete Forschungsarbeit handelt. Manchmal verliert sich die/der LeserIn in den Informationen, manchmal erscheint die Autorin allzu gründlich und gewissenhaft; so wenn alle achtzehn Stadtviertel Rio de Janeiros namentlich genannt werden, in denen im 19. Jahrhundert Prostitution stattfand. Nun, solche Stellen lassen sich überspringen, und insgesamt läßt sich das knapp 200 Seiten starke Buch zügig lesen. Aufgelockert wird der Text durch eine Reihe von Abbildungen künstlerischer sowie dokumentarischer Art. Ergänzt wird der Text durch die »Welt-Charta für die Rechte der Prostituierten« sowie durch Gesetzestexte – letztere leider ausschließlich auf portugiesisch. Doch wer schon immer mal neunundneunzig verschiedene Bezeichnungen für Prostituierte in Portugiesisch erfahren wollte: Hier findet mensch sie.●

Friederike Habermann

»Mulher de Vida – Frauen des Lebens" ist im FDCL-Verlag in Berlin erschienen und kostet 9,80 Mark. Bestelladresse: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

KORREKTUR DER KORREKTUR

In der Rezension »'Natur', Krise, Politik und postmoderne Aufstände – Den Norden abwickeln« in CONTRASTE vom September ist uns ein Fehler unterlaufen. Zu Beginn des zweiten Absatzes muß es heißen, »wo er die ***hipsten*** Kurse im Fachbereich anbietet«. Der Redaktion war die Bedeutung des Wortes »hip« – nämlich »angesagt, beliebt, schrill« unbekannt, sie nahm deshalb die falsche Korrektur vor. Wir entschuldigen uns beim Autor. dp

JOBS

Ruffini WEINHAUS · CAFE · KONDITOREI · LADEN
wir suchen ab sofort für unseren selbstverwalteten Betrieb eine/n

Vollkorn-Bäcker/in

schreiben Sie uns, oder rufen Sie an:
Café Ruffini, Orffstr. 22-24,
D-80637 München
☎(0 89) 16 04 28

Der Ernährungsbereich der Kommune Niederkaufungen sucht Verstärkung für vollwertige Gemeinschafts- und Außerhaus-Verpflegung aus super ausgestatteter Großraumküche. Wenn Du Interesse am kollektiven Arbeiten und Zusammenleben hast, melde Dich vormittags unter ☎(0 56 05) 80 07 39.

Gemeinsam leben, gemeinsam arbeiten – ein Versuch
Das Kindertagesstätten-Kollektiv der Kommune Niederkaufungen sucht neue MitarbeiterInnen (mit pädagogischer Ausbildung).
Die Kindergruppe ist altersgemischt (1-7 Jahre) und integrativ (3 behinderte Kinder).
KiTa »Die Wühlmäuse«, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 22 (Mo-Fr 8-14 Uhr)
Ansprechpartnerinnen: Barbara Buchholz, Margret Trütken

JOBSUCHE

Schreiner (30) sucht neues, anspruchvolles Arbeitsfeld im süddt. Raum (incl. Pfalz), in ökolog. Schreinerei (Möbel, Innenausbau).
Stefan Ahlbach, Goethestr. 1,
D-40878 Ratingen

WOHNEN

Ei gude wie? Ich, m, 26, mit Stärken u. Schwächen, suche so 'ne richtig bunte, flippige Hippie-Lebensgemeinschaft innerhalb der BRD. Einfach mal schreiben. Roboter zwecklos!
Chiffre: 146-1

KLEINANZEIGEN

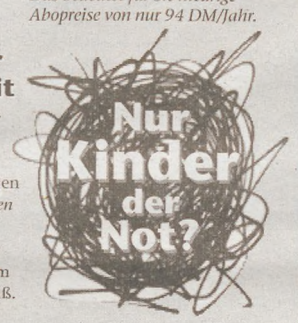
Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, **nicht** mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Seit 20 Jahren kompetent
SOZIAL EXTRA

Mit Format!
Erscheint im günstigen Zeitungsformat mit jeweils 24 Seiten. Das bedeutet für Sie niedrige Abopreise von nur 94 DM/Jahr.

Im November:
Neue Ansätze in der GemeinWesenArbeit
Das Wehklagen ist groß: Der Sozialstaat wird demontiert; die Arbeitslosigkeit nimmt zu; Resignation macht sich breit. Auch in der Sozialen Arbeit? *Wolfgang Krebs, Susanne Elsen und Wolfgang Hinte* als Teilnehmer einer Tagung in Trier gingen jüngst der Frage nach, was Soziale Arbeit im Stadtteil heute und morgen tun muß.



Im Dezember: **„Zuerst kommt das Fressen"**
Wie ein Partyservice aus der konkreten Arbeit mit Flüchtlingen entstand. Wie eine Gruppe von Sozialhilfe-Empfängerinnen Schulen mit Vollwertkost versorgt. Wo Obdachlose mit Bessergestellten essen können. Wo eine Tafel „überschüssige" Nahrungsmittel für Arme sammelt. Warum der Blick auf den Alkoholismus am Wesentlichen vorbeigeht, usw.

Das Insider-T-Shirt zum mitbestellen:
1A-100% Baumwolle, Größe L und XL, hellgrau-meliert, Druck auf der Rückenseite. Qualität! Nur gegen Vorkasse.

Die monatliche Fachzeitschrift für sozial engagierte Menschen. SOZIAL EXTRA

Einzelne **Probehefte** versenden wir einmalig, kostenlos und unverbindlich. Für Interessierte gilt unser Probeabo-Angebot: Die 3 nächsten Ausgaben für DM 25,- Vorkasse. Es verlängert sich automatisch zum Vollabo, wenn es nicht nach Erhalt der 2. Zeitschrift beim Verlag gekündigt wird.
EXTRA-Verlag, Langgasse 24, 65183 Wiesbaden
Tel: 0611-307011, Fax: 379181

AutorInnenkollektiv für Nestbeschmutzung
Schweigepflicht. Eine Reportage.
Der Fall Schneider und andere Versuche nationalsozialistische Kontinuitäten der Wissenschaftsgeschichte aufzudecken
UNRAST
276 S.– 2-farb. engl. Broschur – 24,80 DM
ISBN 3-928300-47-4
2. Auflage erscheint 5. November

Schweigepflicht berichtet von der Enttarnung des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Hans Ernst Schneider, der seine als NS-Wissenschaftler begonnenen Arbeiten als Rektor der TH Aachen unter seiner neuen Identität "Hans Schwerte" weiterführen konnte.
Bei ihrer Recherche stießen die AutorInnen auf noch heute funktionierende Nazistrukturen und reaktionäre Seilschaften quer durch alle Wissenschaftsbereiche, quer durch die Universitäten der Bundesrepublik Deutschland.

UNRAST-Verlag – Postfach 8020 – 48043 Münster
Tel (0251) 666293 — Fax (0251) 666120

grashüpfer
jugendliche Süd-Nord Zeitschrift
EINE WELT NETZWERK

- von Jugendlichen für Jugendliche
- frech, radikal und aktionsgeil
- Leute aus dem Süden schreiben selber

- Berichte über: Indianer, Verschuldung, Aktuelles aus dem Netzwerk. Aktionsmöglichkeiten für Jugendliche, Entwicklungspolitik,...

Das Ding erhaltet ihr bei: Kai Surendorf, Unterstr. 12, 48455 Bad Bentheim (10,- DM Kostenbeitrag wären nett, müssen aber nicht sein!)

SCHNIPSEL

David Hornback

TestAbo.
Ja, ich möchte die Tageszeitung junge Welt 14 Tage kostenlos probelesen.
Die Tageszeitung junge Welt

Vorname .....
Name .....
Straße/Nr. .....
PLZ/Ort .....

Einsenden an: junge Welt, Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin.
Oder per Fax 030/68834-343.

Mailbox: JUNGE_WELT@IPN-B.comlink.apc.org (login: »Gast«).
junge Welt im Internet: http://www.jungewelt.ipn.de/

Mit der Nähmaschine zur Befreiung

Projekte in Kurdistan als Politikersatz ?

Ein Seminar der Informationsstelle Kurdistan e.V.
6.-8. Dez 1996 in Aachen

Die Themen:

Hilfe zur Selbsthilfe
zur Geschichte von Entwicklungskonzepten und Ideen praktischer Solidaritätsarbeit

Hilfsorganisationen und Projektarbeit in Südkurdistan
humanitäre Intervention als Fortsetzung des Golfkriegs mit anderen Mitteln?

Erfahrungen aus der Mittel- und Südamerikasolidarität
vom Wandel politischer Solidaritätsarbeit

Newroz-Delegationen
internationale Öffentlichkeit zum Schutz der Bevölkerung. Erfolg oder Illusion?

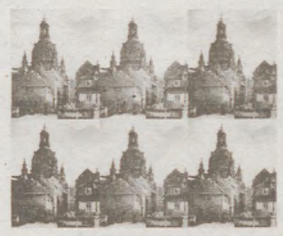
Infos und Anmeldung:
Informationsstelle Kurdistan e.V.
Maxstr. 50, 53111 Bonn
Tel./Fax: 0228/65 61 27

ak – analyse & kritik

manchmal treffen wir auch ins Schwarze

ak – analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
erscheint vierwöchentlich mit 36 Seiten im Zeitungsformat, DM 7,50

Kostenloses Probeexemplar bestellen bei:
ak – analyse & kritik
Rombergstraße 10
20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174
Fax: 040-40170175
e-mail: ak-Redaktion @cl-hh.comlink.de



Erstes Dresdner STADTBUCH
Büro für Freie Kulturarbeit, Coloradio, SAX, igeltour & Projekt AnStiftung
EINE GEMEINSCHAFTSPRODUKTION IM PETER-GROHMANN-VERLAG DRESDEN

1000 Adressen, Tips, Stadtteilgeschichte(n)

Von Alte Menschen über Kultur bis Wohnen

Quer durch Dresden und Umgebung

Das Buch der Projekte, Initiativen & Vereine

Zu bestellen beim
Peter-Grohmann-Verlag
Goethestraße 23
D - 01109 Dresden
Tel.: (0351) 88 55 11
FAX: (0351) 88 55 18

Preis: 12,50 DM
zzgl. Versand
1. Auflage, 1996
ISBN 3 927 340-43-X

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax): **10997 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **27367 Sottrum, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt,** Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar,** 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 69 82, Fax 78 26 und Netzwerkselbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68

Fachredaktionen :
Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Genossenschaften: 79102 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk: 18528 Bergen/Rügen,** Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch,** Peter von Rüden, Armin Torbekke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; **Sozialpolitik: 80337 München,** AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); **Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach,** Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NETZ

Ökologie und Partizipation
Am 22./23. November 1996 werden in Frankfurt die Themen Ökologie und Partizipation zusammengeführt. Fallbeispiele, Prozessdemonstration durch Betriebsberater und Unterstützungsstrukturen werden an den Bereichen Umweltmanagement (einschließlich Öko-Controlling und Öko-Audit), ökologische Produktentwicklung sowie zwischenbetriebliche Kooperation bei Umweltfragen veranschaulicht. Zielgruppe sind kleinere Betriebe aus dem Selbstverwaltungssektor (s. auch Seite 13, CONTRASTE Nr. 144).
Information: netz
Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

Workshop: Tauschen statt Kaufen zwischen Betrieben und Projekten
Im privaten Bereich hat die Idee des Tauschens inzwischen viele AnhängerInnen gefunden. Doch auch für die ökologisch, sozial orientierten und beschäftigungsfördernden Betriebe und Projektzusammenhänge bietet der Tausch viele ökonomische Vorteile (Spielraum für Transaktionen auch ohne »Bares« oder Kredit, keine Zinsbelastungen) und die Möglichkeit zu Kooperation statt Konkurrenz etc. Betriebe, Vereine und sonstige (Projekt)Zusammenhänge sind eingeladen, gemeinsam am Aufbau von Tauschbeziehungen mitzuarbeiten. In Arbeitsgruppen werden die wichtigsten Problembereiche gemeinsam bearbeitet; anschließend sollen möglichst konkrete weitere Arbeitsschritte vereinbart werden.
Termin: 16. bis 17.11.96, Bremen
Information s.o.

GEMEINSCHAFTEN

Gründen wir ein Projekt
Entfremdete und sinnentleerte Arbeit, soziale Vereinzelung, die Kälte der Großstadt. Dieses Seminar ist für Menschen gedacht, die gemeinsam mit anderen nach Lebensalternativen suchen wollen. Auch Gruppen mit schon konkreteren Absichten sind herzlich eingeladen. Patentrezepte *wird es nicht geben, dafür Tips* und Analysen zu Zielen und Kommunikation, Gruppenprozessen, Entscheidungsfindung, Konfliktlösung und nicht zuletzt praktische Hinweise aus eigener dreijähriger Gemeinschaftserfahrung.
Termin: 15. bis 19.11.96
Information & Anmeldung:
Bildungszentrum im LebensGut
D-02627 Pommritz
☎(03 59 39) 3 85

Gemeinschaftssuche /-gründung
Seit sechs Jahren begleiten wir Menschen auf ihrem Weg, herauszufinden, ob Gemeinschaft für sie dran ist – und wenn ja: welche Art Gemeinschaft. Danach suchen wir die passenden Projektbeschreibungen aus unserem Archiv (z. Zt. 1.200 Adressen) raus. Falls eher eine Gemeinschaftsgründung dran ist, beraten wir bei: Zielformulierung, Finanzierung, Rechtsformen, Entscheidungsfindung, Konfliktlösung ...
Preis: Für CONTRASTE-LeserInnen nur 180 DM
Termin: 22.-24.11.96 im Lebensgarten Steyerberg bei Hannover
Info: ÖKODORF-Institut, Goethestr. 21, D-79650 Schopfheim
☎(0 76 22) 6 53 02

S.P.O.N.K.

Anders feiern, Anders denken, Anders leben
Wir wollen gemeinsam Alternativen zum üblichen, meist fremdbestimmten Leben suchen. Dabei sollen uns Beispiele von bereits existierenden selbstverwalteten Betrieben und verschiedenen eigenständigen Projekten helfen. Jeweils ein Betrieb bzw. Projekt wird dabei etwas ausführlicher von einem/r Mitarbeiter/in vorgestellt.
Wir wollen **anstiften zur Eigeninitiative!** Eigenverantwortung, Selbstverwaltung, Selbstbestimmung sind möglich. Informationen, Ansichten und Ideen können in der anschließenden Diskussion und bei den anwesenden Infoständen ausgetauscht werden. Mit einer »Börse der Möglichkeiten« geben wir die Gelegenheit (ohne Umweg über Geld), Dienstleistungen, Connections, Materialien, Produkte... zu tauschen bzw. zu vermitteln; diese Börse soll in Krefeld und Umgebung eine dauernde Einrichtung werden.
Termin: 16.11.96, ab 19 Uhr, S.P.O.N.K., Dießemer Str. 24, Krefeld

N.E.P.A.L.

Nördliche Entwicklungsprojekte anders leben – Zukunftswerkstatt für Eine Welt
Unsere westliche Industrie- und Konsumgesellschaft gilt den Entwicklungsländern als Vorbild ihrer Bestrebungen. Dieser einseitig materiell verstandene Wohlstand für weitere Milliarden von Menschen bedeutet die endgültige Zerstörung der Natur. Es sei denn, es gelänge in der an Überfluß, Überdruß und Sinnleere leidenden ersten Welt andere, materiell bescheidene Lebensmöglichkeiten aufzuzeigen, die dennoch einen größeren menschlichen Reichtum repräsentieren. Wie ist dies denkbar, welche Ansätze dafür gibt es, und wie können diese mehr als bisher an Einfluß gewinnen?
Termin: 13. bis 15.12.96
Information & Anmeldung:
Bildungszentrum im LebensGut
D-02627 Pommritz
☎(03 59 39) 3 85

FRAUEN

GELD & ROSEN

GELD & ROSEN Unternehmensberatung für Frauen – das Programm 1997 ist da – Fortbildung zu Existenzgründung, Management, Buchhaltung – Bahn 35, D-53894 Mechernich.
☎(0 24 43) 46 24, Fax 87 94

NIEDERKAUFUNGEN

Schreibwerkstatt:
Schreiben befreit!
Sprache ist für uns alle elementar. Vielen von uns wurde durch Schule, Literatur und Presse der Spaß und der Mut genommen, sich mit der Sprache der Welt zu nähern, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Wir wollen lernen, (wieder) kreativer und selbstbestimmter mit Sprache umzugehen. Inhaltlich stehen unsere weiblichen Lebensgeschichten im Mittelpunkt.
Termin: 15. bis 17.11.96
Anmeldung & Info:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen

MEDIEN

Image und Öffentlichkeit:
Außendarstellung für Institutionen und Initiativen
Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden möchte, muß Ziele und Persönlichkeit der eigenen Einrichtung mit positivem Image seiner Zielgruppe nahebringen. Corporate Image: Wie sorgen wir für eine einheitliche Darstellung nach außen? Corporate Design: Was gilt für Drucksachen und Kommunikationsmittel, mit denen wir uns nach außen wenden? Wie setzen wir Farben, Logos, Formate ein? Welche Schritte sind nötig, um Corporate Image und Corporate Design in der eigenen Einrichtung umzusetzen? Die Kommunikationsmittel, mit denen wir uns an die Öffentlichkeit wenden, sind ein Schwerpunkt des Seminars.
Termin: 23. bis 24.11.96
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Holzschuherstr. 6, D-90439 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

VEREINE & INITIATIVEN

Interne Arbeitsorganisation:
Jeder Verein, jede Initiative, jeder Verband muß seinen Alltag in den Griff bekommen. Und auf die Organisationsformen kommt es an. Reden wir miteinander? Fühlen sich die MitarbeiterInnen bei der Arbeit wohl? Gibt es regelmäßige Erfolgskontrolle, Besprechungen, Teamsitzungen? Intelligente Organisationsformen und funktionierende Abläufe sichern das Weiterbestehen von Initiativen auch in finanziell turbulenten Zeiten. Was passiert, wenn es mal »nicht klappt«? Wir diskutieren unsere Arbeitsabläufe und entwickeln gemeinsam Ideen zur strukturellen Veränderung.
Termin: 14. bis 15.12.96
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Holzschuherstr. 6, D-90439 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

MITTELAMERIKA

Die Landfrage in Mittelamerika
Die Landbevölkerung in Mittelamerika steht vor neuen aber auch alten Herausforderungen.
In Nicaragua übernahm der Staat für viele die Versorgungsfunktion, er subventionierte Nahrungsmittel und Sozialleistungen, gewährte Produktionskredite. In El Salvador und Guatemala blockierte der Krieg und die Machtverhältnisse bis in die 90er Jahre die Landverteilung und notwendige Agrarreformen. Auch im Rahmen der jeweiligen Friedensprozesse scheint eine umfassende Landumverteilung nicht in Gang zu kommen. Das alte Wirtschafts- und Exportmodell ist ökologisch und ökonomisch in der Krise und durch den Neoliberalismus abgelöst. Die Landbevölkerung steht oftmals vor dem Zwang, sich selbst zu organisieren und eigene Ansätze zu entwickeln, die sich nicht an Organisationsmodellen oder staatlichen Versorgungssystemen orientieren.
Das Seminar soll zunächst einen Problemaufriß der Landfrage in den jeweiligen Ländern Mittelamerikas ermöglichen. Desweiteren wollen wir der Frage nachgehen, welche Vorstellungen von Ökonomie existieren und welche Ansätze von Organisation in den letzten Jahren verfolgt wurden.
Das Seminar soll nicht allein der Informationsvermittlung dienen, sondern v.a. der Klärung von politischen Positionen, um den Infostellen eine Arbeitsgrundlage für die Landrechtsproblematik zu geben. Wir möchten daher ganz besonders Personen und Gruppen aus dem Mittelamerikaspektrum einladen, diese Diskussion zu führen.
Termin: 13.-15.12.96, Wuppertal
Teilnahmebeitrag: 70 DM
Info & Anmeldung:
Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101 320, D-42013 Wuppertal
☎(02 02) 30 00 30, Fax 31 43 46

AG SPAK

»Satt, sauber und totalerfaßt – Medizinierung und Erfassung im Zeitalter der Pflegeversicherung«
Die Kritik an der Pflegeversicherung konzentrierte sich bislang vor allem auf die unzureichenden Leistungen und die restriktiven Bedingungen. Erst allmählich rückt ein mindestens ebenso brisanter Aspekt in das Blickfeld des öffentlichen Interesses: Mit der Pflegeversicherung wird das verfassungsmäßig garantierte Recht auf informationelle Selbstbestimmung für Behinderte faktisch außer Kraft gesetzt. Werden Menschen mit Assistenzbedarf zu BürgerInnen ohne Bürgerrechte?
Termin: 22. - 24. November 1996, Melsungen
Information & Anmeldung:
Jörn Schadendorf, Fibigerstr. 275
D-22419 Hamburg
☎(0 40) 531 12 66

Praktikum in der Dritten Welt – pädagogische Arbeit mit behinderten Menschen
Dieses Seminar richtet sich insbesondere an Studierende der Sonderpädagogik, aber auch Sozialpädagogik und Pädagogik, die sich mit dem Gedanken tragen, in einem Land der sog. 3. Welt ein Praktikum zu machen. Entsprechende Studierende mit Behinderung sind besonders willkommen, da sie ihre authentischen Erfahrungen in die Diskussion einbringen können und insofern bereichernd für die gesamte Gruppe sein können.
Termin: 15. bis 17.11.96, Buchholz
Information & Anmeldung:
AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiter Str. 23, D-80337 München

JUGENDUMWELT

Jugendumweltkongreß:
Auf dezentralen Wegen der Energiewende entgegen
Dezentralisierung und Energierevolution, Kernprobleme der Klimaschutzpolitik sind die Schwerpunkte des diesjährigen Jugendumweltkongresses, der vom 27.12.96 bis zum 2.1.97 in Potsdam stattfindet. Nähere Informationen gibt es über das JUKß Büro, Am Luftschiffhafen 2, D-14471 Potsdam
☎(03 31) 96 41 36, Fax 97 25 80
e-Mail: jukss@jpberlin.berlinet.de

Zukunftswerkstatt: »Lustvoll leben«
Wie gestalte ich selbstbewußt und kreativ den eigenen Lebensstil?
»Ich bin so froh, daß ich kein Öko bin, denn Ökos machen sich das Leben schwer. Ich frag' nicht alle Tag' lang nach dem Ökosinn, das erleichtert mir das Leben sehr ...« (C.C. Zehrer)
Alternativen wollen entwickelt werden. In einer Zukunftswerkstatt werden wir erfinden, wie wir genußvoll ökologisch leben und politische Ansprüche verwirklichen wollen.
Termin: 15. bis 17.11. in Verden/Aller
Kosten: 30-50 DM
(nach Selbsteinschätzung)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Wie mache ich die Ziele und Veranstaltungen meiner Organisation oder meines Projektes bekannt?
Wir geben mit diesem Seminar unser Wissen weiter, das wir bei der Öffentlichkeitsarbeit für viele verschiedene bundesweite und lokale Projekte gesammelt haben.
Mögliche Themen:
Interviewtraining, Nach welchen Kriterien wählen Redaktionen Nachrichten aus?, Nachrichten selbst produzieren lernen, Aufbau und Schreibstil von Presseinformationen, Ziel- und Zielgruppenorientierung, Kampagnenorientierung, Verteileraufbau und -pflege, alternative und effektivere Formen bekannt zu werden ...
Termin: 6. bis 8.12. in Verden/Aller
Kosten: 120-150 DM (nach Selbsteinschätzung); bei Mitarbeit in ökol./ politischen Gruppen können wir den Teilnahmebeitrag bis zu 50% ermäßigen.

Zukunftswerkstatt:
Freie Liebe, Freie FreundInschaft, Freie Sexualität
Diese Zukunftswerkstatt ist nicht: ein verkappter Tantra-Sex-Selbsterfahrungskurs-Workshop; auch nicht: ein wissenschaftliches Seminar; sondern wie alle Zukunftswerkstätten: ein Weg zur Entwicklung von konkreten Utopien – ohne daß vorher feststünde, was schließlich herauskommen soll.
Termin: 19. bis 22.12.96 in Marburg
Kosten: 60-100 DM (nach Selbsteinschätzung); inkl. Übernachtung, Verpflegung und Materialien. Fahrtkosten können evtl. erstattet werden.
Anmeldung & Information:
Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 8 10 46, Fax 8 10 48

SONSTIGES

Das Maß aller Dinge – EcoDesign
Diese Fachtagung am 28. und 29.11.96 in Berlin thematisiert die umfassende Einbeziehung von Umweltschutzkriterien bei der Produktentwicklung. Sie bietet dem interessierten Publikum Informationen über Rahmenbedingungen und Chancen der Einführung umweltverträglich gestalteter Produkte und Dienstleistungen.
Antworten geben Fachleute, die bereits realisierte Projekte und Beispiele präsentieren. Die Frage nach Rolle und Stand der umweltverträglichen Produktionsweise in Politik, Wirtschaft und Verbänden wird diskutiert. Diese Thematik betrifft alle am Herstellungsprozeß beteiligten Fachgebiete aus Forschung, Konstruktion, Design, Produktion und Marketing.
Diesem Personenkreis soll mit der Tagung »Das Maß aller Dinge –EcoDesign« ein ökologisches Bewertungsinstrumentarium sowie Handwerkszeug zur Umsetzung angeboten werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen werden somit wichtige Impulse gegeben.
Information & Anmeldung:
IföR-Institut, Kurfürstenstr. 14
D-10785 Berlin
☎(0 30) 262 80 21, Fax 265 03 66

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

FRÄNKISCHES BILDUNGSWERK

Fortbildung zum »Theater der Unterdrückten« in der Sozialarbeit. Drei Wochenendseminare Dez. '96 bis März '97. Info über Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit, Hessestr. 4, D-90443 Nürnberg
☎(09 11) 28 85 00

BAD BOLL

Auf Holzwegen in die Zukunft
Zur Lebenslinie alltäglicher Produkte und zu den Perspektiven einer zukunftsfähigen Wald- und Holzwirtschaft. Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll in Kooperation mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, LV Baden-Württemberg sowie dem Naturland-*Verband für naturgemäßen Landbau e.V.*
Termin: 4. bis 6.12.96
Information & Anmeldung:
Evangelische Akademie Bad Boll, D-73087 Bad Boll
☎(0 71 64) 79-0, Fax 7 94 40

GESUNDHEIT

Ausstellungen als Medium der Gesundheitsförderung
Im Mittelpunkt dieser Fachtagung stehen die Fragen: Wie wirksam sind Gesundheitsausstellungen? Erreichen sie die Zielgruppen und werden ihre Aussagen verstanden? Mit den Methoden der BesucherInnenforschung wurde in den letzten beiden Jahren eine Reihe von Gesundheitsausstellungen erstmals systematisch evaluiert: »Liebesleben« und »Gut Drauf« der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, »Herz. Das menschliche Herz – der herzliche Mensch« im Dresdener Deutschen Hygiene-Museum sowie »Verflixte Schönheit« der Forschungsgesellschaft »anstiftung«. Die Evalutionsergebnisse werden auf dieser Tagung vorgestellt, verglichen und diskutiert, um die Chancen und Grenzen von Ausstellungen als Medium der Gesundheitsförderung zu überprüfen.
Termin: 21. bis 23.11.96 in Dresden, Deutsches Hygiene-Museum.
Nähere Informationen:
anstiftung, Anja Dauschek, Daiserstr. 15, D-81371 München
☎(0 89) 76 20 68, Fax 747 02 20

ANARCHISMUS

Wege in eine anarchistische Gesellschaft
Unter diesem Motto werden aktuelle libertäre und anarchistische Ansätze präsentiert und zur Diskussion gestellt. Dabei werden die Schwerpunkte libertäre Pädagogik, die Geschlechterfrage, Arbeiterselbstverwaltung, Freie Gewerkschaften und die Sozialen Bewegungen behandelt. Das Seminar findet in Frankfurt vom 25. bis 29. November 1996 statt. Es ist in Hessen, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen als Bildungsurlaub zugelassen.
Nähere Information über Verein für Bildung und Kultur, c/o Dezentral, Wittelsbacherallee 45, D-60316 Frankfurt
☎(0 69) 490 92 03

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg